

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Belegungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgeheilte Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Belegamt-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 25. September 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Nach dem Präsidentenmord.

New York, 13. September.

Zum viertenmal innerhalb weniger als 70 Jahren hat vor einigen Tagen sich die Hand des Mordmörders gegen das Oberhaupt dieser großen Republik erhoben, gegen den vom Volke gewählten höchsten Beamten.

Der Attentäter, der sich, seines für Amerikaner unaussprechbaren Namens halber, Niemann nannte, ist vor etwa 26 Jahren von jüdisch-polnischen Eltern in Detroit im Staate Michigan geboren.

Das Rabel wird Ihnen die Einzelheiten des Attentats schon lange übermittelt haben, so daß ich darauf verzichten kann.

Der Eindruck, den die Nachricht von dem Attentat auf das Land machte, war im ersten Augenblick nicht ein tiefer, wohl aber ein sensationeller. Abgesehen von den Leuten, mit deren Lebensinteressen die Persönlichkeit Mc Kinleys eng verknüpft ist — und dazu gehören vor allen Dingen die Träger der gewaltigen Kapital-Kombinationen — hat das „Volk“ im allgemeinen keinerlei Zeichen einer großen Erregung gegeben. Die Nachricht gelangte vor 5 Uhr nachmittags nach New York und wurde natürlich sofort, abgesehen von den „Extras“, durch die Bulletinbretter der Zeitungen publiziert. Aber zu keiner Zeit stand im Zeitungsquartier mehr als ein paar hundert Menschen vor den Bulletin, noch dazu zu einer Stunde, da die früh schliefenden Bureaus der unteren Stadt ihre Angestellten zu vielen Tausenden bei den Zeitungen vorbei nach Hause entsenden. Nach den eingelassenen Kabel-Depeschen zu urteilen, scheint die That in Europa mehr Eindruck gemacht zu haben, als hier. Heute, eine Woche nach derselben, da es sicher scheint, daß sich der Präsident auf dem Wege zur vollkommenen Genesung befindet, traten wieder die „Bafebell“-Berichte in den Vordergrund.

Die Ursachen dieser Erscheinung sind nicht schwer zu erforschen. Mc Kinley wird — und mit Recht — als der gehorsame Diener des Großkapitalismus betrachtet, und ein solcher kann in den weiten Kreisen des Volkes, so unreif das selbe auch sein und so wenig Verständnis es für die Ursachen seiner Leiden haben möge, nimmermehr populär werden. Für die Majorität des Volkes war Mc Kinley bei der letzten Wahl nur das kleinere von zwei Uebeln.

Aber allerdings sind gewisse Kreise der Bevölkerung geradezu außer sich, sie sind nicht etwa ergriffen, wie das z. B. beim Tode Lincolns in überwältigender Weise bei dem ganzen Volk des Nordens der Fall war, aber sie fühlen sich in ihren „heiligsten“ Interessen bedroht. Was diese Kreise besonders fürchteten, ist die Präsidentschaft Roosevelt's. Und in dieser Beziehung ist die ganze Geschäftswelt einig. Das Mc Kinley in gewissen gegebenen Fällen thun würde, weiß man jetzt so ziemlich sicher, Roosevelt aber, der sich in seiner ganzen politischen Karriere als ein unberechenbarer Feuerfresser und Jingo erwiesen hat, jagt den „Büfines“-Leuten Furcht und Schrecken ein. Es mag erlaubt sein, in dieser Beziehung auf eine im letzten Jahre im „Vorwärts“ veröffentlichte Korrespondenz hinzuweisen, in welcher schon, gelegentlich der Präsidentschaftswahl, diese schlimme Aussicht in Betracht gezogen wurde. Daß die ganze kapitalistische Presse unmittelbar nach dem Attentat in ein wahres Wutgeheul ausbrach, versteht sich von selbst; aber eine merkwürdige Thatsache machte sich geltend: die Presse sowohl wie das Publikum sind sich bewußt, daß zwischen Anarchismus und Socialismus ein grundlegender Unterschied besteht, und sie sprechen es offen aus. Die „New Yorker Times“ zum Beispiel, ein ultra-kapitalistisches Blatt, führen das in einem längeren Artikel aus: „Socialismus und die organisierte Arbeit“ — heißt es da u. a. — brüten so wenig Anarchisten aus, wie Feigen von Disteln kommen. Ihre Unähnlichkeit läßt es nicht zu, daß irgend eine Beziehung zwischen ihnen bestehen sollte. Und Murphy, der Polizeichef von New York, erklärt, daß man nicht etwa Socialisten mit Anarchisten verwechseln solle; unter den ersteren befänden sich „einige der größten Geister“. Man muß Murphy kennen, um dieses „Kompliment“ würdigen zu können.

Alles das wäre vor noch zehn Jahren nicht möglich gewesen. Aber die geduldige, energische Pionierarbeit der Socialisten, besonders bei den Wahlen, hat diesen Umschwung in der öffentlichen Meinung bewirkt.

Der größte Teil der kapitalistischen Presse, die „gelben“ Zeitungen voran, schreiben nun nach Ausnahmefällen gegen die Anarchisten. Der „Herald“ verlangt in einem längeren Artikel das Verhängen der grausamsten Strafen, der Lorin und eines ungenüßlich schrecklichen Todes über jeden, der nur den Versuch macht, das Oberhaupt der Republik zu töten. Andre Blätter unterstützen ihn in dieser Forderung. Weniger alberne und, in ihrem Sinne, zielbewußte kapitalistische Zeitungen fordern den Erlaß von Gesetzen, wonach jede Art von Aufhebung streng bestraft werden soll. Das richtet sich natürlich gegen die Arbeiterorganisationen im Allgemeinen und deren Kampfmethoden. Das Attentat auf Mc Kinley soll in dieser Weise fruktifiziert werden.

Die Polizei, welche sich, so weit die Verhinderung des Attentats in Betracht kommt, so unsterblich blamiert hat, versucht das nun durch eine allgemeine Anarchistenhege und den Versuch, die Existenz einer Verschwörung

nachzuweisen, wieder gut zu machen. Zunächst wurden an allen Ecken und Enden der Union als „Anarchisten“ bekannte Persönlichkeiten verhaftet, welche aber in den meisten Fällen, da ihnen absolut nichts zu beweisen war, wieder entlassen werden mußten.

Nur eine dieser Persönlichkeiten, Emma Goldmann, welche in der Geschichte des Anarchismus auf amerikanischem Boden unzweifelhaft eine große Rolle spielt, wird bis zu diesem Augenblicke festgehalten. In ihr, der „Erzschwölerin“, glaubt die Polizei den Mittelpunkt der Verschwörung gegen das Leben des Präsidenten gefunden zu haben.

Emma Goldmann wurde vor etwa 35 Jahren in Russisch-Polen geboren und kam vor 15 Jahren nach Amerika. Sie fiel in die anarchischen Kreise, welche Roß damals gebildet hatte und wurde bald eine glühende Anhängerin des Anarchismus. Mit Roß verheiratete sie sich bald, weil derselbe — wie sie sagte — stets nur schwache, aber niemals handele. Da Roß in seiner Weise replicierte, peitschte sie ihn eines schönen Abends in einer Versammlung durch. Sie formierte dann bald ihre eigne Anhängerschaft, unter der sich ein besonderes Vorzugsglied, Alexander Bergmann, befand. Dieser Bergmann, von derselben Nationalität, wie die Goldmann, attackierte im Jahre 1892 Fried, den Compagnon Carnegies in dessen Office zu Pittsburg mit der Absicht, ihn zu töten. Er verwundete ihn aber nur leicht und wurde verhaftet. Fried war der Mann, welcher die Arbeiter in den Carnegiewerken und Minen stets auf das schändlichste behandelte. Die Schlacht von Homestead und andre Arbeitermassacres sind auf sein Konto zu schreiben. Die Goldmann, welcher eine gewisse rauhe und entflammende Beredsamkeit eigen ist, wurde im Jahre 1893 wegen „ausführlicher“ Neben auf ein Jahr ins Gefängnis geschickt. Sie studierte später Medizin, verschwand auf kurze Zeit nach Europa und erschien vor etwa einem Jahr wieder hier auf der Bildfläche, ihre rastlosen Bestrebungen zur Befreiung ihres Freundes Bergmann, der zu 22 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wieder aufnehmend. Man hatte lange nichts von ihr gehört, bis ihre jetzt in Chicago erfolgte Verhaftung sie wieder in den Vordergrund der Ereignisse schob.

Ezolgosz soll in einem „Geständnis“, welches er vor den Buffaloer Polizeibehörden angeblich abgelegt, gesagt haben, daß er keine Mitverschworene habe, aber daß infolge eines Vortrages der Goldmann, welchen dieselbe vor einigen Wochen in Cleveland gehalten und dem er beizuhörte, der Gedanke zu der That bei ihm reif geworden sei. Nach allem, was bis jetzt als verbürgt in die Öffentlichkeit gelangte, kann von einer Verschwörung keine Rede sein.

Ezolgosz ist in allen „revolutionären“ Kreisen vollständig unbekannt. Seine Familie — arme Leute — und seine Freunde bezeichnen ihn als einen Sonderling und Träumer, ja als einen Freigling, dessen man sich einer solchen That nicht versehen hätte. Wie dem aber auch sei: falls es nur irgendwie möglich ist, durch Fabrication solcher Zeugnisse die Existenz einer Verschwörung in für die Geschworenen plausibler Weise darzulegen, so wird das geschehen. Dafür haben der Chicagoer Anarchistenprophet des Jahres 1886/87 und sonstige Stüdchen der Polizei, besonders der Chicagoer, in deren Händen sich jetzt die Goldmann befindet, genügend Beweise abgelegt.

Das Verbrechen, (im New Yorker Strafgesetzbuch mit „Angriff mit der Absicht, zu töten“, definiert) dessen Ezolgosz sich schuldig gemacht, ist — falls der Präsident am Leben bleibt — mit einer Strafe von höchstens 10 Jahren Zuchthaus bedroht. Selbstverständlich ist dieselbe den Nachschreibern weitaus nicht genügend. Es wird also Ezolgosz gerade so ergehen wie Bergmann. Der Angriff auf Fried hätte dem letzteren nach dem pennsylvanischen Strafgesetz höchstens 7 Jahre kosten können. Aber das Gericht formulierte nicht eine, sondern eine ganze Anzahl von Anklagen. Bergmann war nämlich ein paarmal in Fried's Office gewesen, ohne ihn anzutreffen. Daraus wurden zwei Klagen wegen unbefugten Eindringens in ein Haus, mit der Absicht zu töten, gemacht; noch andre ähnliche „Punkte“ wurde aufgestellt und in dieser Weise das Urteil von 22 Jahren zusammengebracht. Mit Bezug auf Ezolgosz hat nun schon der Staatsanwalt Penney von Buffalo, welcher den Fall in Händen hat, erklärt, daß der Attentäter mindestens auf sechs verschiedene Anklagen hin verurteilt werden würde; darunter zunächst zwei verschiedene Anklagen auf Angriff, mit der Absicht zu töten, weil Ezolgosz zweimal schoß, was schon zwanzig Jahre Zuchthaus ergeben würde; dazu die Anklage wegen Bedrohung mit thätlichem Angriff gegen jeden der drei Männer, welche Ezolgosz zu Boden warfen und gegen welche er sich natürlich wehrte, und schließlich noch eine Anklage wegen verborgenen Tragens tödlicher Waffen. Danach wird das zu erwartende Gesamt-Strafmaß auf über 30 Jahre steigen.

Die Leser des „Vorwärts“ mögen vielleicht ungläubig die Köpfe schütteln, weil es doch in Kulturländern irgendwie eine Grenze der Auslegung von Gesetzen geben müsse und die oben skizzierte Art der Rechtsprechung diese Grenze weit überschreite. Darauf ist zunächst zu antworten, daß es noch sehr zweifelhaft ist, ob man den Vereinigten Staaten den Titel eines Kulturlandes zusprechen kann, etwa weil die Mittel der Civilisation hier im ausgedehntesten Maße zur Anwendung kommen, dann aber müssen die Leser des „Vorwärts“, um tiefere Vorgänge begreifen zu können, sich ein für allemal ein-

prägen, daß es im Bewußtsein der überwältigenden Mehrheit des amerikanischen Volkes und in dessen Praxis feststehende principielle Grundanschauungen in Sachen des Rechts und der öffentlichen Wohlfahrt überhaupt nicht gibt; daß alles, was geschieht, im Interesse der herrschenden Mächte einfach irgendwie durchgeführt wird und daß das „Gefühlige“ der Sache, wenn nötig, nachher den vollendeten Thatfachen angepaßt wird. Daraus erklären sich auch z. B. die ungläublichsten Gerichtsurteile gegen die Arbeiter, Urteile, deren Aussprechen man in keinem Lande, das sich einer absoluten Regierungsform erfreut, für möglich halten würde. In der ferneren Entwicklung des sich immer mehr zuspitzenden Konflikts zwischen Kapital und Arbeit wird man daher auch hier Dinge erleben, wie sie in der Art der Mittel behufs Niederhaltung der Arbeiter in keinem andern Lande der Welt, Rußland nicht ausgenommen, zur Anwendung kommen werden. Die schmachvolle Fälschung des Rechts aber, wie sie in dem Bergmann'schen Fall zum Ausdruck gekommen und wie sie in dem Ezolgosz'schen Fall bedroht, entpricht durchaus dem Wesen des angelsächsischen „cant“ (Heuchelei), indem man durch Auslegen des „Gesetzes“ erreicht, was man nicht durch Anwendung brutaler Gewalt, wie in den zahlreichen Lynchmorden, zu erzwingen wünscht.

Zum Schluß sei noch die treffende Antwort erwähnt, welche Debs, der vorjährige Präsidentschafts-Kandidat der Socialdemokraten, den ihn bestürmenden Interviewern gab: „Ich sympathisiere mit jedem Manne, der das Opfer eines solchen Attentats ist, weil ich grundsätzlich gegen alles Blutvergießen bin, einerlei unter welchen Umständen es dazu kommen mag. Aber ich empfinde nicht mehr Sympathie für Mc Kinley, als für die unschuldigen, unglücklichen Opfer, welche vor einigen Jahren von der New Yorker Miliz in Buffalo über den Haufen geschossen, oder für die harmlosen Bergarbeiter, welche auf der Chaussee bei Latimer wie wilde Tiere niedergeknallt wurden. Die Schwärerei betreffs Unterdrückung der Anarchie ist vollständig zwecklos. Wo soll die Grenze gezogen werden und wer soll sie ziehen? Was Respekt vor dem Gesetz anbelangt, so sind die irreführenden und vielgehassten Anarchisten unschuldige Lämmer im Vergleich mit den Trufts und Korporationen, welche alle Gesetze mit Füßen treten und durch ihre Herrschaft auf allen Gebieten der Industrie Leiden, Elend und Tod über Tausende und Abertausende bringen. Gerade sie, welche jetzt mit ihren Loyalitätsbezeugungen so großen Lärm machen, sind die wahren Feinde dieses Landes. So lange die Gesellschaft Elend erzeugt, so lange wird das Elend Attentate erzeugen.“

Nachschrift. Soeben kommt die Nachricht aus Buffalo, daß Mc Kinley, dessen Befinden sich unerwarteterweise seit gestern abend verschlimmert hat, gestorben ist. Das Obige wird dennoch zur Erläuterung der Vorgänge vor seinem Tode und zum Verständnis dessen, was jetzt folgen wird, dienen. Der erste, wirklich „kapitalistische“ Präsident der Vereinigten Staaten ist tot. Sein Nachfolger ist nicht weniger kapitalistisch gesinnt, aber er ist ein weniger williges Werkzeug und hat eigne Einfälle. Und deshalb fielen auch schon heute, als die ersten schlimmen Nachrichten aus Buffalo einliefen, die Kurse an der Börse rapid. Ezolgosz aber wird von den ihm drohenden 30 Jahren Zuchthaus durch Befreiung des elektrischen Stuhles erlöst werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. September.

Die Schädigung Berlins.

Mit einem ganz sonderbaren Beweisgrund rückt die liberale „National-Zeitung“ heraus, um der Kommune Berlin klar zu machen, wie sie gezwungen sei, trotz alledem sich um die Günst der Krone zu bemühen. Berlin sei nicht nur eine Gemeinde, wie jede andre, sondern auch Hauptstadt:

„Es ergeben sich aber aus der Doppelstellung Berlins auch mit Notwendigkeit Rücksichten, die in höchster Instanz seitens der Krone verlangt werden. Die augenblicklich streitige Straßenbahn-Verlängerung, von der Behrenstraße durch die Alteme Mauerstraße über die Linden nach der Neustädtischen Kirchstraße, ist ein gutes Beispiel dafür. Eine Unterföhrung, wie der Kaiser sie wünscht, müßte hier, im teuersten Teil von Berlin, auch vermöge der erforderlichen Klappen in den Zufahrtsstraßen, außerordentlich kostspielig werden. Andererseits sind die Linden am meisten in der Gegend des fraglichen Uebergangs die eigentliche Repräsentationsstraße der Reichshauptstadt; es ist nicht zu verkennen, daß hier ein Niveau-Uebergang der Straßenbahn quer über die Linden den beständig flutenden Personen-, Wagen- und Reitverkehr alle paar Minuten in einer Art unterbrechen würde, mit welcher die bestehende Kreuzung der Linden durch die Straßenbahn an der ungleich weniger verkehrsreichen Stelle zwischen Opernplatz und Kastanienwäldchen kaum verglichen werden kann. Der Gegensatz zwischen dem Verkehrsbedürfnis, sowie den wohlbegünstigten finanziellen Rücksichten der Gemeinde Berlin auf der einen, der gleichfalls gebotenen Rücksicht auf die Repräsentation von Reich, Staat und Krone auf der andern Seite, dieser Gegensatz, der in einer Hauptstadt vielfach unvermeidlich ist, kommt hier gewissermaßen vorbildlich zur Erscheinung. Solche Gegensätze müssen ausgeglichen werden; und die Vertreter der Gemeinde Berlin haben im eigenen Interesse der letzteren die Pflicht, ihrerseits dafür zu sorgen, daß die Vorbedingungen für die Ausgleichung immer vorhanden seien. Sehr möglich, daß es auch außerhalb der Socialdemokratie, um entgegen-gesetzten Ende der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungskurve, Elemente giebt, welche auf einen Konflikt hinarbeiten; mit um so

mehr Sachlichkeit und klüger Ueberlegung sollte seitens der städtischen Verwaltung verfahren werden. Der Magistrat in dem Fall Kaufmann ist nun einmal begangen; es kommt jetzt darauf an, nicht neue Fehler hinzuzufügen.

Die gute „National-Zeitung“ hat in ihrem feigen und ungeschickten Cerimonios offenbar nicht bedacht, was sie mit den vorstehenden Sätzen hingeschrieben hat. Sie erklärt ganz offen, die Stadt Berlin müsse deshalb um ein gutes Verhältnis mit der Krone fortgesetzt werden, weil sonst die kommunalen Interessen gefährdet werden könnten.

Kein Anarchist der That könnte ein aufreizendes Argument erfinden; denn hier wird der Krone insinuiert, sie wäre im Stande, aus ihrer antipathischen Stimmung heraus die Interessen der Stadt zu vernichten. Das halten wir denn doch für unmöglich. Die Krone kann wohl im unklaren über die Interessen der Stadt sein, aber sie kann doch nicht die Art der Verwendung ihrer staatsrechtlichen Befugnisse danach einrichten, wie sich die Stadt den Neigungen der Krone gegenüber verhält. Das Bestätigungsrecht der Krone ist doch kein Mittel der Strafe und der Belohnung. Wäre aber auch solche Aufschauung, was wir für undenkbar halten, wirklich vorhanden, so könnte das auf die Entscheidung der Stadt keinen Einfluß haben, wenigstens keinen Einfluß im Sinne der „National-Zeitung“. Die Stadt Berlin ist frei von jeder Verantwortung, wenn ihre die Interessen der Gemeinde fördernden Pläne von der Aufsichtsbehörde durchkreuzt werden sollten; diese trifft die ganze Last der Verantwortung.

Wir sind zwar keine Monarchisten, aber so antimonarchisch denken wir doch nicht wie die liberale „National-Zeitung“, daß die Krone niemals bewußt gegen die Interessen der Stadt Stellung nehmen könnte, bloß um ihren Antipathien Ausdruck zu verleihen. Und die Stadtverwaltung hat jedenfalls gar keinen Grund, die Wahrnehmung der kommunalen Interessen unter der Befürchtung einer solchen persönlichen Politik zu beschränken oder zu ändern.

Die „Nat.-Ztg.“ erkennt an, daß durch die kaiserliche Spernung der Linden für den Straßenbahn-Verkehr die Stadt Berlin benachteiligt werde. Daran folgt lediglich, daß sie sich als Monarchistin bemühen müßte, die Krone von diesen Schädigungen zu überzeugen, die sie bisher offenbar nicht erkannt hat. Das mehr oder minder große „Wohlfühlhalten“ der Stadt kann bei der Entscheidung über diese Frage gar nicht in Betracht kommen; denn die Krone ist kraft der Anerkennung des Bestätigungsrechts moralisch und rechtlich verpflichtet, ohne jede Vorbedingung und Einschränkung die Interessen des ihr staatsrechtlich anvertrauten Gemeinwesens zu vertreten und die Rücksicht auf die Kommune ihren privaten Wünschen und Bedürfnissen voranzustellen. So etwa müßte auch der zahnlose Liberalismus, vor allem aber jeder Monarchist argumentieren. Statt dessen sucht das ebenso liberale wie monarchistische Blatt die Stadt Berlin mit Drohungen einzuschüchtern, die in Wirklichkeit für die Krone schwer beleidigend sind.

Nach der „Freisinnigen Zeitung“ sei auch in der Straßenbahnfrage die Entscheidung des Kaisers getroffen worden entgegen dem Antrag des verantwortlichen Ressortministers. — Das entlastet den Ressortminister nicht im mindesten, der so lange die Verantwortung trägt, als er nicht seine Entlassung nimmt.

Wie das Blatt ferner erinnert, führte die „Presse“ unlängst 11 Fälle an, in denen ganz unerwarteterweise, von oben herab, in die Selbstverwaltung von Berlin eingegriffen wurde. Dabin gehört auch der Befehl, die Arbeiten an dem Entwurf eines Denkmals einzustellen, welches die Stadt Berlin der Feuerweh aus Anlaß ihres Jubiläums zum Andenken an die Dienste Gefallenen, zur Ehre der noch Lebenden auf städtische Kosten auf dem Mariannenplatz errichten wollte. Aus dem Kabinett kam der Befehl zur Einstellung der Arbeiten, weil dem Könige der Denkmalentwurf nicht vorgelegt worden sei. Ebenso verlor ein Verbot der Durchführung einer Straße durch den Tiergarten zwischen der Saganenstraße, Kurfürstentor-Allee und Gartentempel.

Deutsches Reich.

Mit 100 Millionen Defizit

soll der nächste Reichsetat abschließen. Das sind die Folgen der Weltpolitik. Bereits spricht man von neuen Steuern, Anleihen, Erhöhung der Matrifurumlagen der Einzelstaaten.

Zunächst sollte man doch an Verringerung der Ausgaben denken. Die letzte Flottenvorlage beruhte auf der Annahme und Voraussetzung regelmäßiger zunehmender Reicheinnahmen. Mit der jetzigen Entwicklung zum Reichsfinanzbankrott ist die Voraussetzung hinfällig geworden, und damit ergibt sich von selbst, daß für das nächste Jahr der Flottenbau fiktiv werden muß. Wir sind gespannt, ob das Centrum diese Konsequenz seiner eignen Haltung ansahen wird.

Freilich einwilligen hört man nichts von Verminderung der Flottenausgaben, sondern im Gegenteil von Vermehrung.

Der Marine-Etat für 1902 wird nämlich, wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, außer den Forderungen für Schiffe neu bauen auch zwei Titel für Ersatzbauten enthalten, nämlich jene für je einen großen und einen kleinen Kreuzer; diese Forderungen werden sich auch im Etatsjahre 1903 wiederholen. Ferner wird der neue Marine-Etat eine Erlassforderung für das im Dezember v. J. bei Malaga gesunkene Schiffs „Gneisenau“ enthalten, wenn diese auch nicht zum Bau eines noch auf Stapel zu liegenden Schiffes benutzt werden soll, sondern zum Umbau bereits vorhandener älterer Kreuzer für Schulschiffszwecke.

In einer Dinerrede hat der Reichskanzler Graf Bülow dem Bismarcker Kreis die Philosophie der mittleren Linie und der Aufbesserung der verschiedenen kapitalistischen Klassen entwickelt. Er sagte:

In Bismarcker Kreise wären die drei großen Zweige des heimischen Erwerbslebens vertreten: die Landwirtschaft, welche sich vielfach in bedrängter Lage befindet, und der wir helfen müssen und wollen und werden; die Industrie, die jetzt leider eine Zeit der Depression durchläuft, und deren Interessen die erste und gewiss wichtigste Berücksichtigung verdienen; unser weltumspannender Handel, dessen Hauptverkehrsader an dem Bismarcker Kreis vorbeifließt. Darum werde gerade dieser Kreis Verständnis für die wirtschaftliche Politik der Regierung des Kaisers haben, welche jedem das Seine geben wolle, getreu dem alten Hohenzollernischen Wahlspruch: Summa cuique.

Das warme Herz des Grafen Bülow hat zwar eine sehr hohe Temperatur, aber die Arbeiter hat er auch im Kreise Bismarcker nicht zu entdecken vermocht, so daß von seiner Herzenswärme ihnen hätte abgegeben werden können. Das Proletariat, auf dessen Kosten die drei kapitalistischen Konkreten bedient werden sollen, wird denn auch den Wahlspruch sachgemäß überlegen: Jedem das — Unrecht!

Entlarvter Lockspiegel. Unsere Münchener Parteigenossen sind in der Lage gewesen, ein schäbiges Subjekt so fest zu nageln, daß es nicht mehr entkommen konnte.

Seit etwa vier Jahren suchte ein gewisser Johann Prinz, der sich als Tapezierer bezeichnete, sich allenthalben in Partei- und Gewerkschaftskreise heranzubringen. Er war in sozialdemokratischen Versammlungen sozialdemokratisch und war auch gleichzeitig bei den Anarchisten ein eifriger Befürworter der „korrupten“ Sozialdemokratie. Sein Vornehmen war schon längst aufgefallen und der Umstand, daß er, ohne zu arbeiten, stets über Geldmittel verfügte, machte ihn nur noch verdächtiger.

Vor kurzer Zeit bot er sich einem Mitgliede des Freidenkervereins, den er ebenfalls mit seiner Freundschaft beehrte, als Zeuge in einem Prozesse an. Auf den Einwand, daß er ja von den städtischen Vorgängen nichts wissen konnte, da er nicht dabei war, gab er zur Antwort: „**Nein, das macht gar nichts, Ihnen zu gefallen schwöre ich jeden Eid!**“

Dieses staatsretterische Angebot veranlaßte den so freundlich Bedachten, sich mit einem bekannten Sozialdemokraten in Verbindung zu setzen und dann nahm man den Vorfällen in Verhandlung. Das Resultat war das Geständnis: „**Ja, ich bin von der hiesigen Polizei beauftragt, Nachrichten über die Freidenker, Sozialdemokraten und Anarchisten zu bringen und werde dafür gut bezahlt!**“

Kurz entschlossen, begaben sich die beiden Herren nun direkt zur Polizeidirektion und baten um gefällige Aufklärung über den Fall. Der Polizeidirektor wußte gar nichts.

Aber der Herr Polizeidirektor hatte doch die Güte, die ungestörten Fragen an den Vorgesetzten des Ressorts für das „Politische“, einen Assessor, zu weisen.

Dieser Beamte gestand nun nach einigen Umschweifen: Er kenne allerdings den Prinz, der habe sich ihm zu Mitteilungen über die „Anarchisten“ angeboten; er habe ihn auch mehrmals kommen lassen und ihm Geld für wichtige Mitteilungen angeboten. Aber diese Mitteilungen seien unbrauchbar gewesen, er — der Assessor — habe nicht recht gewußt, was er damit machen solle.

Die „Münchener Post“ stellt die Entlarbung noch weiterer solcher Staatsretter in Aussicht. — Falls man nicht nach dieser Enthüllung vorzieht, die Herren Lockspiegel schleunigst in der Verlesung verschwinden zu lassen, um weiteren kompromittierenden Anfragen und Enthüllungen zu entgehen.

Die Wohnungsfrage

füllte den ersten Tag der Verhandlungen der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik aus. Dr. Fuchs, Freiburg i. S., führte in seinem Referat unter anderem das folgende an:

„Seit dem Jahre 1886, ist es nicht mehr nötig, die Erleichterung der Wohnungsfrage zu beweisen, dieselbe wird heute nur noch von einigen wenigen Hausbesitzer-Organisationen bestritten. Um feststellen zu können, wie die Hoffnungen, die gerade Miquel im Jahre 1886 geäußert hat, sich erfüllt haben, müssen wir die wichtigsten Erfahrungen aus allen Ländern zusammenfassen. Es sind wohl manche Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot getroffen worden, zu rechter Wirksamkeit sind sie bisher jedoch noch nicht gelangt. In Deutschland ist die Wohnungsfrage seit dem Jahre 1886 wohl schon Hunderte von Malen auf dem Papier und auf dem Statthalder gelöst worden. Hunderttausende von billigen Arbeiterwohnungen sind gebaut worden — aber nur auf dem Papier. Theoretisch haben wir die Wohnungsfrage in diesem Zeitraum bemeistert, aber praktisch ist trotz vieler Ansätze und hoffnungsvoller Reime doch noch recht wenig geschehen. In einer Wohnungsreform, wie Miquel sie 1886 gefordert hat, sind wir noch nicht gekommen. Die Wohnungsverhältnisse haben sich seit dieser Zeit im allgemeinen nicht verbessert, entweder haben sie sich gleichmäßig erhalten oder noch weiter verschlechtert. Zwischen Hausbesitzer und Mieter schiebt sich der Zimmervermieter ein, der so zur Steigerung der Mietpreise beiträgt. Dies hat auch die wachsende Ausdehnung des Stagenhauses zur Folge, der sogenannten Mietskasernen. Vielfach ist auch die antike Form der Wohnungsnot aufgetreten, daß für zahlungsfähige Arbeiterfamilien überhaupt keine Wohnungen vorhanden waren. Wir können der Hoffnung sein, daß jetzt in Deutschland die Zeit des Handelns gekommen ist. Im Ausland wird zuerst gehandelt, und dann viel weniger gesprochen und geschrieben.“

Die allgemeine Wohnungsnot kann nur durch höhere Gewalt gelöst werden, dagegen der Wohnungsmangel durch das Zusammenwirken der öffentlichen und privaten Tätigkeit. Durch Anordnungen sind allerdings in einer Reihe von Einzelstaaten und Städten Sortierungen geschaffen, doch ist es zu einer reichsgerichtlichen Regelung noch nicht gekommen. Mehr ist in Deutschland Positives zur Abhilfe der speziellen Wohnungsnot erreicht worden. Staat und Gemeinde, Arbeitgeber und Arbeiter wirken zusammen, um dem Wohnungsmangel zu begegnen. Ich kann es aber nicht für richtig halten, wenn der Arbeiter eine dem Arbeitgeber gehörige Wohnung inne hat, denn dadurch wird das Abhängigkeitsgefühl der Arbeiter vermehrt. Er muß gewärtig sein, neben seiner Arbeitsstelle eventuell auch seine Wohnung zu verlieren. Privaten Arbeitgebern soll daher keine staatliche Bauunterstützung zu teil werden, denn diese würde nur dem Arbeitgeber Nutzen bringen. Anders ist es bei Bauunternehmungen öffentlicher Verbände, des Staates und der Gemeinde. Zur Verhinderung der allgemeinen Wohnungsnot ist eine Decentralisation der Bevölkerung notwendig. Nicht etwa, daß durch Vermehrung der Verkehrsmittel eine Rückwirkung eintreten wird, wohl aber ist ein Stillstand zu erwarten.

Das Mietrecht ist gesetzlich geregelt und erweitert worden, auch bietet das Gesetz eine Handhabe gegen den Wohnungsmangel. Der Bodenpekulation kann man entweder durch eine Umsatzsteuer entgegenzutreten, oder durch eine Steuer auf unbesiedeltes Gelände oder eine Veranschlagungssteuer.

Die Umlegung und Enteignung des Landes ist in Baden eingeführt und in Deutschland durch die lex Adides für Frankfurt a. M. vorgelesen.

Es thut uns not, und zwar bitter not, eine Wohnungsreform großen Stils für das Deutsche Reich, ein Reichswohnungs-gesetz, wie Miquel es 1886 begehrt hat. Leider sind die Ansätze für ein solches Gesetz nach den Ausführungen des Grafen Posadowsky geringe. Die Kompetenz des Reiches kann jedoch nicht in Zweifel gezogen werden. Eine Wohnungsinspektion muß geschaffen werden, doch dürfte eine unerlässliche Forderung die Kompetenz des Reiches überreichen, nämlich, daß bei der Ausführung der Inspektion keine Wohnung geschlossen werden darf, für welche kein Erfolg, im Positiv durch eigene Verantwortlichkeit vorhanden ist. Ob eine Reichs-Bauordnung möglich ist, läßt sich nicht übersehen. Eine Einschränkung der Freizügigkeit darf keinesfalls vor sich gehen, höchstens darf die Erlangung eines Unterhaltungs-Wohnstübes erschwert werden. Die Schaffung von staatlichen Baubanken ist wünschenswert, eine Centralstelle für das gesamte Wohnungsamt, ein Reichs-Wohnungsamt ist dringend erforderlich.“

Die zahlreichen Redner, die in der Diskussion zum Wort kamen, stimmten in der Hauptsache mit dem Referenten überein. Dr. Max Hirsch erklärte, die Arbeiter sünden dem Eingreifen der Arbeitgeber durchaus abzuweisen gegenüber. Die Arbeiter müßten selbst Hand anlegen, um sich gesunde Wohnungen zu schaffen. Ob Herr Hirsch im übrigen denselben negativ manchesterlichen Standpunkt einnimmt, wie sein fraktionstollge Eugen Richter, läßt sich aus dem kurzen Bericht nicht ersehen.

Eine Beleidigung der sächsischen Justiz findet sich in dem Berliner Scharfmacherorgan, den „Berliner Neuesten Nachrichten“. In einer Auslassung über die sächsischen Landtags-Wahlen wird der folgende Satz gemacht:

„Zugleich ist bekannt, wie in Sachsen die Gerichte, die Verwaltung, alle öffentlichen Faktoren, besonders scharf, und nicht so von des Gedankens Klasse angegränzt wie anderwärts, gegen die Sozialdemokratie vorgehen.“

Die Berliner Neuesten Nachrichten behaupten also hier von der sächsischen Justiz, daß sie unter dem Vorwand des Rechts Sozialisteneinverleumdung treibt, unbekümmert um des Gedankens Klasse, nämlich der tendenzlosen Rechtsgleichheit. Glaubst du, daß, den Beweis der Wahrheit für seine Behauptung erbringen zu können, da es mit solchem Mut die beleidigende Thatsache behauptet? —

Der enge Zusammenhang zwischen Volkserziehung und Volkserziehung läßt sich, so meinet eine Korrespondenz, erkennen aus der Statistik der preussischen Korrekturen. Anhalten für 1890, wonach die Gesamtzahl der im vorigen Jahre in Wangserziehung untergebrachten Zöglinge 1714 betrug. Von den im Laufe des Jahres neu eingelieferten 888 Zwangszöglingen hatten 18 gar keine Schulbildung, 118 konnten weder fertig lesen noch schreiben noch im Zahlenkreis von 1 bis 100 rechnen. Diese geringen Anfänge der Schulbildung betrafen 190 Zwangszöglinge, also über die Hälfte der eingelieferten. Nur 46 hatten eine bessere Volksschulbildung — volle Volksschulbildung“ sagt die Statistik — während ein Mädchen „höhere Bildung“ hatte. Eingetragene verständlich werden diese Zahlen, wenn man weiter erfährt, daß nur 181 die Schule regelmäßig, 206 dagegen unregelmäßig besucht hatten. Die Schuld an der Verwahrlosung tragen fast immer die Eltern, die, wie die Statistik weiter nachweist, zu einem hohen Prozentsatz selbst verwahrloset waren. Ein erheblicher Teil von ihnen befand sich selber in so schlechten sozialen Verhältnissen, daß der moralische Untergang der Kinder wohl begreiflich erscheint.

Des Kaisers Rock, den unsere Kavalitrierer in Gestalt der graulichen Kavalitriereruniformen in Ostasien tragen müssen, wird von dem „Ostasiatischen Land“ einer sehr herben Kritik unterzogen:

Die Uniformen seien häßlich und schlottrig, alle anderen Truppen seien besser gekleidet, und es sei deprimierend, unsere braven Soldaten in solchem traurigen, gegen die englischen und französischen abfälligen Aufzuge zu sehen. Stoff und Schnitt der den Deutschen gelieferten Uniformen seien geradezu lässlich; kaum zwei Teile sehe man, deren Uniformen dieselbe Farbe haben, von einem grünen Gelb bis zu einem verwässerten häßlichen Braun seien alle Variationen der Kavalifarbe vertreten, die aber keine Kavalifarbe ist. Rock und Beinleid passen nicht zusammen, ja sogar die einzelnen Stücke seien aus verschiedenen Farben zusammengesetzt. Die Leute befänden nur einen Anzug, mit dem sie sich zur Not auf der Straße sehen lassen könnten, aber wenn der vollregnet, so seien sie auf den allzu schlechten Anzug angewiesen. Die Soldaten befänden nur je drei Hemden aus Wolstoff, das sei aber in dem dortigen heißen Klima, wo der Mann am Tage zwei bis drei Hemden durchschwitzte, zu wenig. Wenn ein Soldat in ein Komtoir oder sonst mit Europäern in Verbindung kommt, so löse man in der Regel dann die Frage, daß der Mann einen von Schweiß und Schmutz ausströmenden, so widerlichen Geruch verbreite, daß es schon nicht mehr schön sei.

Das schlecht sitzende und noch schlechter riechende Kavalitiergewand ist kein laßes Symbol unserer Weltpolitik überhaupt. Auch das weltpolitische Kleid, in das das offizielle Deutschland sich geworfen hat, schlottert gar lässlich und lächerlich um seine Glieder. Der ganze China-Kreuzzug beweist das.

Wie Truppen-Epidemien entstehen, beweist ein Artikel der „Deutschen Bau-Industrie“, der die Ruhr-Epidemie im Döberitzer Paradenlager auf ein von dem Kantinenpächter unter dem Namen „Weißbier“ verkauftes Getränk zurückführt, das pro Flasche im Einkaufspreis dem Kantinenpächter nur 4 Pfennige gekostet habe, während die Flasche für 10 Pfennige an die Soldaten verabsolgt worden sei. Wenn man den Profit des „Bier“-Verkaufers mit 2 Pfennigen pro Flasche berechne und die Nebenausgaben für Reinigung der Flaschen, Bruch, Transport usw. abziehe, so bleibe für den Inhalt der Flasche nur ein Herstellungswert von 1 Pf. übrig, woraus sich auf die Qualität dieses „Genusmittels“ schließen lasse. Von diesem Geschäft seien nun täglich etwa 10 000 Flaschen abgesetzt worden — kein Wunder, daß in dem Lager eine Ruhr-Epidemie ausgebrochen sei; obgleich die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ erklärt, daß sich trotz der Heranziehung wissenschaftlicher Autoritäten die Ursache der Ruhr nicht habe feststellen lassen, daß man eine Einschleppung vermute und daß in den Truppenlagern jährlich Darmkatarrhe aufzutreten pflegten, die dem Genus von unreinem Obst zuzuschreiben wären, ist es doch keineswegs ausgeschlossen, daß das famose Weißbier zu der Entstehung der Epidemie sein Teil beigetragen hat. Wir wiederholen deshalb unsere schon neulich aufgeworfene Frage: Sollte es nicht eine der ersten Pflichten der Militärverwaltung sein, durch einen Bruch mit dem gegenwärtigen, auf Herausfindung möglichst hoher Kantinenpächter hinauslaufenden Verwaltungssystem und schärfste Kontrolle der in Kantinen verabfolgten Viktualien dafür zu sorgen, daß den Soldaten für ihre paar Pfennige preiswerte und gesundheitsfördernde Lebensmittel verabsolgt werden? Die Militärverwaltung überwacht ja den geistigen Konsum der Mannschaften mit Argusaugen — läge ihr da nicht erst recht die Pflicht ob, dafür zu sorgen, daß den Mannschaften durch Verweigerung ihrer leiblichen Bedürfnisse wenigstens innerhalb des Kasernements kein Schaden an ihrer Gesundheit erwächte? —

Zwei Jahre Gefängnis für eine Majestätsbeleidigung!

Aus Frankfurt a. O. wird uns berichtet: Vor der hiesigen Strafkammer des Landgerichts fand heute unter Ausschluss der Öffentlichkeit die Verhandlung gegen den Parteigenossen Fischebach aus Reichendorf bei Fürstentum wegen Majestätsbeleidigung statt. Er wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und wegen Fluchtverdachts sofort in Haft genommen.

Mag die Ausherrung unfreier Parteigenossen auch noch so unbedacht gewesen sein — niemand wird es verkennen, wie um eines Wortes willen eine so fürchterliche Strafe verhängt werden kann, wie sie bei schweren Verbrechen kaum höher ist.

Der Bezirkspräsident im Siegerkreis, aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Unre Hurratrioten begnügen sich, seitdem man sie mit dem Auszug nach China in einen chronischen Zaunel nationaler Großverwahrloshung hineingesetzt hat, allem Anscheine nach auch nicht mehr damit, an diesem kriegerischen Vorhauflorbeer zu verteilen, die sie sich kraft ihrer militärischen Stellung im günstigen Falle nachträglich noch verdienen können; man ist bei uns im Lande der „wiedergewonnenen Kräfte“ und der politischen Widersprüche bereits so weit gekommen, daß man einfachen Verwaltungsbearbeiter, deren Beruf ein eminent friedlicher ist oder doch sein soll, im voraus den kriegerischen Siegeslorbeer um die Stirn windet. Was soll der normal denkende deutsche Staatsbürger, dessen Bluttemperatur noch nicht den Fiebergrad hurratriotischer Vergehung erreicht hat, zu dem folgenden Bericht sagen, den die „Meer-Zeitung“ vom 20. d. M. über eine Dienstreise des neu-ernannten Bezirkspräsidenten von Lothringen veröffentlicht? Das Blatt läßt sich darüber schreiben:

Am 19. September. Der Herr Bezirkspräsident, Graf von Zeppelin, ist gestern halb 12 Uhr mittags, von Joux aus, hier eingetroffen und auf dem Bürgermeistertplatz von den Schülern, dem Gemeinderat, Deputationen des Krieges- und des Turnvereins, der Feuerwehr, dem Musikverein „Lira“ und einer Anzahl Beamten feierlich begrüßt worden. Die Straßen waren besetzt und das Bürgermeisterei-Gebäude schon gezieret. Der Bürgermeister hielt eine kurze Ansprache an den hohen Gast und eine Entlassung des Stadtoberhauptes übergab ihm ein hübsches Blumenbouquet mit einigen Widmungsworten. In ein dreifaches, vom Bürgermeister ausgebrachtes Doch stimmten alle Anwesenden ein und die „Lira“ intonierte die Melodie des „Heil Dir im Siegerkranz“ und spielte drei Strophen desselben. Hieraus erfolgte die Vorstellung der einzelnen Herren. Dann wurde ein kleiner Imbiss im Stadthauskafé, der von kundigen Händen schon geschmeckt worden, eingenommen. Das leuzigliche Wesen des neuen Bezirksobers hat den besten Eindruck gemacht. Von hier fuhr der Herr Graf weiter nach Aach.

Dem Grafen Zeppelin, der sich noch in verhältnismäßig jugendlichem Alter befindet, hat seine blühende Verfassung nicht seine Gelegenheit zur Erwerbung des Anspruchs auf einen Siegerkranz gegeben. Sie erschöpfte sich in den bürokratisch-nüchternen

Funktionen auf den Amtsstuben der staatlichen Verwaltung. Wenn bei den reichsständischen Verwaltungsbeamten überhaupt von „Siegen“ gesprochen werden könnte, so nur auf dem Gebiete des Kampfes gegen die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft. Und da ist uns bisher von solchen noch nichts bekannt geworden.

Ausland.

Maffia und Camorra.

Rom, 19. September.

Ich muß noch einmal auf das Thema: *Maffia* und *Camorra* zurückkommen.

In Neapel, wo der Ex-Abgeordnete Alberti, von dem ich schon vor langer Zeit gesprochen habe, von den gegen ihn von dem republikanischen Journal 1899 geschleuderten Anklagen wegen „unangenehmer“ Beweise freigesprochen wurde, wurde er trotz des auf seinem Namen haften gebliebenen Namens nicht nur der Gegenstand enthusiastischer Freundschaftsdemonstrationen seiner Freunde, sondern der Generalstaatsanwalt hat sich sogar demüßigt gesehen, gegen das Urteil Berufung einzulegen, weil, wie der Herr Generalstaatsanwalt bemerkte, das Gericht mit jener Urteils-Ermittlung die Absicht gehabt hätte, den sehr ehrenwerten Herrn Alberti zu schädigen!

Infolge der Auflösung der Stadtverwaltung wurden nach Neapel ein königl. Kommissar und eine Enquete-Kommission entsandt, welche letztere nach langen Untersuchungen weitgehende strafrechtliche Verhältnisse verschiedener Verwaltungspersonen feststellte und sich ansah, dieselben dem Lande durch einen gedruckten Bericht bekannt zu geben.

Die öffentliche Meinung und die Presse von Neapel — die republikanische und sozialistische ausgenommen — haben sich jedoch gegen die drohende Publikation unter Protest erhoben, da dieselbe Neapel — entehren würde und allein von der Antipathie des Nordens gegen den Süden diktiert sei. (Tatsächlich ist der königliche Kommissar, Senator Saredo, Piemontese). Und nicht nur das allein, sondern für die bevorstehenden administrativen Wahlen sieht man kein anderes Heil als in der tren-brüderlichen Vereinigung der konstitutionellen Parteien mit der Partei — der *Camorra*, an deren Spitze die erz-ehrenwerten Casale und Alberti stehen! — Und die bemerkenswertesten Persönlichkeiten Neapels, auch die intelligentesten und anständigsten, konnten, diesbezüglich interviert, eine Sanierung für Neapel nur in Regierungs-Missionen sehen, um Neapel wie mit der Wünschelrute entweder in einer großen Hafen oder in ein großes industrielles Centrum mit hydroelektrischen Anlagen zu verwandeln.

Kurz und gut, entweder die Regierung oder das „Große Volk“ ruft man an, nicht die unermüdete tägliche Arbeit, um jene Bevölkerung zu erziehen, welche, obgleich hoch begabt, durch die Folgen des Spantertums korruptiert und demoralisiert ist.

Wenig die Sozialisten haben ihre Aufgabe begriffen, um die immer wieder ihr zischendes Haupt erhebende Hydra der *Camorra* zu vernichten.

In Vologna ist — wie es scheint zum letztenmal — der Prozeß gegen den Ex-Abgeordneten von Palermo, Pasquale Ballizzolo, das anerkannte Haupt der palermitanischen *Maffia*, wieder aufgenommen worden. Ballizzolo ist bekanntlich angeklagt, der intellektuelle Anstifter zweier Morde gewesen zu sein: des von Francesco Miali, der im Juli 1892 mit 2 Flintenschüssen umgebracht wurde, weil er mit seiner ehrenhaften und energischen Handlungsweise die Bestrebungen des Herrn Ballizzolo auf eine Erdhölle, die dieser demaltete, vereitelt hatte, und des vom Baron Rotarbartolo, ehemaligen Direktors der Bank von Sicilien.

Nach der Anklageanmerkung wurden die Verbrechen von fünf *Maffias* begangen, die jetzt Seite an Seite mit Ballizzolo auf der Anklagebank sitzen, und die von ihm mit allen Mitteln protegiert wurden, obgleich sie vorbestraft und als äußerst gefährliche Individuen bekannt waren.

Der Prozeß, der — *more italico* — länger als vier Monate dauern wird, wird wegen der Ausdehnung und Verwirrenheit der Indizien, wegen der Beweise, der Furcht, welche die Zeugen immer vor der Wendetta der *Maffia* dokumentiert haben, wegen der Alibi-Beweise, der Aussprüche usw. äußerst interessant werden.

Sogar innerhalb des richterlichen Personals selbst liegt eine Spaltung. Das Requisitionsbüro des Generalstaatsanwalts entlastet Ballizzolo und spricht ihn frei, während die Anklagebehörde ihn klar und erdrückend anklagt.

Der Prozeß ist deshalb so wichtig, weil er in Wahrheit ein Prozeß gegen die *Maffia* ist, die einen schweren Stoß erhalten kann, wenn die Angeklagten verurteilt werden und so die anständigen Palermitaner von dem Alp der *Maffia* befreit werden, während andererseits durch den Freispruch dieser Schurkenbund neu gekräftigt werden kann.

Frankreich.

Umgang mit Färsen. Die bürgerliche Presse Frankreichs und teilweise auch Deutschlands bringt voller Entrüstung eine Schilderung der Scene, die sich zwischen dem sozialistischen Maire von Reims in seiner Eigenschaft als Vertreter der durch den Zarenbesuch bereicherten Stadt Reims und dem „hohen“ Besucher abgespielt hat. Der „*Temps*“ schildert dieselbe folgendermaßen:

Nachdem Frau Arnould der Zarin, ohne sie zu grüßen, mit gefuchter Nonchalance ein Bouquet überreicht hatte, sagte der Maire zum Kaiser: „*Ja, ja, le plaisir*“ (Ich werde das Vergnügen haben) — eine Bemerkung, die schon der „Blödsinn“ im Gegenstand zu „*Ja, ja, l'honneur*“ (Ich werde die Ehre haben) als unanständig demüßigt — Ihnen ein Buch zu zeigen, das Sie vielleicht interessieren wird.“ Er überreicht dem Zaren eine slavisch geschnittenen Bibel. Der Zar blättert darin und erwidert: „Das Buch ist interessant“, worauf der Bürgermeister: „Nicht wahr? Man wird Ihnen übrigens eine Abschrift davon zuschicken.“ Und weiter: „Wir können Ihnen außerdem eine alte Urkunde zeigen, die sehr merkwürdig ist und in der ein zeitgenössischer Chronist die Heirat Heinrichs, des Königs von Frankreich, mit Anna von Rußland beschreibt. Diese Verheiratung war die erste franco-russische Alliance.“ Der Zar lächelt, die Zarin weniger, und ersterer antwortet verlegen: „Das war im 11. Jahrhundert“, worauf der Maire erwidert: „Sie haben ganz Recht, im 11. Jahrhundert, wenn Sie mir erlauben, will ich Ihnen aber jetzt ein paar Landesprodukte anbieten, Reimscher Champagner und Reimscher *Wiscuits*.“ „Eingeborne *Wiscuits*“, sagt der Zar lachend „sehr gern!“ Der Zar nimmt darauf ein Glas Champagner — die Zarin dankt — und nun entwickelt sich folgender Dialog zwischen dem Kaiser und dem Herrn Maire. Der Zar: „Auf das Wohl der Stadt Reims, mein Herr Maire.“ Der Maire: „Ich danke Ihnen, Sie sind sehr gütig!“ Seinerseits durch die forcierte Liebendürftigkeit des Zaren in Verlegenheit gesetzt, fügt er dann hinzu: „Sie werden jetzt unsere Authedrale sehen, es ist ein schönes Bauwerk; ich will Sie deshalb nicht länger aufhalten; Ihre Zeit ist kostbar.“ „Schluß!“

Wir verstehen nicht, worüber sich die Wälder entrüsten. Indem der Maire unter Vermittlung schwulstiger Titulaturen mit dem Zaren auf dem Fuße des reinen Menschentums verkehrte, erwies er ihm alle Ehren, die ein Gegner der Massen- und Ständesunterschiede zu vergeben hat. Und schmerzlich hätte sich die Rede des Maires sowohl wie von allen Dingen auch die des Zaren gefreier ausgenommen, wenn die Bemerkungen des Maires reichlich mit der Urrede „*Cure Mosefist*“ oder „*Sire*“ geipstet gewesen wäre.

Rußland.

Toskoj über die russisch-französische Alliance.

Ein italienischer Journalist hat dem großen russischen Schriftsteller folgende drei Fragen vorgelegt: I. Wie denkt das russische Volk über die französisch-russische Alliance? II. Nimmt das russische Volk an dem Enthusiasmus der Franzosen teil? III. Welche Tragweite hat diese Alliance für die Civilisation im allgemeinen? Die erste Frage beantwortete Toskoj dahin, daß das wahre russische Volk von der Existenz dieser Alliance gar nichts weiß, daß,

falls es davon Kenntnis hätte, es ihr nicht günstig gestimmt sein würde. Die zweite Frage verneint er rundweg. Zur dritten wichtigsten Frage äußert er sich wie folgt: „Ich glaube berechtigt zu sein, vorauszusetzen, daß diese Alliance nur den Krieg oder die Kriegsgefahr gegen andere Völker zum Zweck haben kann, und deshalb kann ihr Einfluß nur ein schädlicher sein.“

Die französische Regierung, die Presse und derjenige Teil des französischen Volkes, welche dieser Alliance zustimmen, haben schon und werden in Zukunft immer mehr Kompromisse und Zugeständnisse machen müssen, um sich den Anschein zu geben, oder sie werden dahin gedrängt werden, in eine wirkliche Gemeinsamkeit der Ideen und Gefühle mit der despotischen, der reaktionären und der grausamsten Regierung Europas zu treten. Und das wird für Frankreich eine Demütigung und Erniedrigung bringen, währenddem diese Alliance für Rußland schon ihre verderblichen Folgen gezeigt hat.

Vor dem nahm die russische Regierung noch Rücksicht auf die europäische Meinung und rechnet mit ihr; seit der nichtswürdigen Alliance kümmert sie sich darum nicht mehr, denn sie fühlt sich gestützt durch die Freundschaft eines Volkes, das den Ruf genießt, das civilisierteste der Welt zu sein und so wird die russische Regierung immer mehr und mehr reaktionär, despotisch und grausam.

Aus diesen Gründen kann ich der französisch-russischen Alliance für die beiden Völker sowohl als für die Civilisation im allgemeinen nur einen unheilvollen Einfluß zuerkennen.“

Asien.

Ueberschwemmungen im Yangtse Thal. Die „*Times*“ melden aus Schanghai von gestern: Die aus den Yangtse-Geleiten einlaufenden Nachrichten über das durch die jüngsten Ueberschwemmungen veranlaßte Elend sind schrecklich. Das Wasser ist noch nicht zurückgetreten. Es heißt, daß mehr als zehn Millionen Menschen ohne Obdach sind. Die chinesischen Behörden sind bemüht, eine Hilfsaktion einzuleiten. Die Stadt Schanghai hat eine große Summe durch Zeichnungen aufgebracht. Diese Bemühungen sind aber durchaus unzureichend. Man befürchtet, daß die Not im Winter sehr groß werden wird und fürchtet, daß es infolgedessen zu Unruhen kommen wird.

Amerika.

Die Handelsbeziehungen der Union mit Kuba. Die „*Ref. Jg.*“ meldet aus New York: Roosevelt will schnellstens dem Kongreß die Resolution mit Kuba vorschlagen, wobei einerseits die amerikanischen Maschinen sowie das amerikanische Getreide, andererseits der kubanische Tabak und Zucker berücksichtigt werden. Der Schatzsekretär verlangt im nächsten Etat 150 000 Dollar zur Bewachung der Quarantänen.

Der Boeren-Krieg.

Die Lage in der Kapkolonie

Schildert ein Brief an den „*Daily Express*“ aus Kapstadt wie folgt: Das ganze holländische Element in der Kapkolonie sei in Aufruhr: Kapstadt selbst ist voller Rebellen und bereits seit Wochen in Verteilungszustand gesetzt. Man erwartet jeden Augenblick, daß die Boeren Kapstadt selbst betreten werden. Wilner erwähnt die Andehnung des Krieges über die ganze Kolonie. Die Stadtwachen von Kapstadt mühten ihre Magazingewehre auszulernen, da man ihrer Loyalität nicht traut. Der Feind ist an beiden Küstenlinien und drang bis 40 englische Meilen vor Kapstadt. Der Hafen der Mosselbucht muß von britischen Kriegsschiffen besetzt werden; alle irgend erbehrlichen Truppen wurden von Kapstadt requiriert, um die Bahn südlich von Matjesfontein zu sichern. Die Delegierten, welche dem Herzog von Cornwall in Kapstadt huldigten, wurden 25 englische Meilen von der Mosselbucht auf ihrem Heimwege nach Andisboorn von Scheepers Kommando gefangen genommen.

„*Daily News*“ erzählt vom Haag, Bothas und de Wetts neue Pläne schließen die Annexion der Kapkolonie und Natal ein, worauf ein allgemeiner Aufstand in beiden Kolonien erfolgen werde.

Diese alarmierenden Nachrichten erhalten durch folgende Londoner Telegramme ihre Bestätigung: „Der Kreuzer „*Garracont*“ ist in Simonstown eingetroffen; alle verfügbaren Mannschaften von seiner Besatzung werden in den Verteilungszustand zum Schutze der Mossel-Bai Verwendung finden. Der Kreuzer „*Gibraltar*“ wird in der nächsten Woche erwartet.“

Aus Natal

liegen folgende Meldungen vor:

Ladsmith, Montag, 23. September. Die Bahnlinie ist am Paardekop von den Boeren beschädigt worden. Fünf Wagen sind entgleist, sechs Mann und 80 Pferde umgekommen.

London, 24. September. „*Daily News*“ berichtet, Botha mit seinen gesamten Truppen befinde sich augenblicklich am Bloodriver. Die englischen Truppen der Kolonie Natal, welche bisher in der Reserve untätig verharren, sind gestern nach der Front dirigiert worden.

Das Schiedsgericht — „unzuständig?“

Aus dem Haag wird gemeldet: Mit Bezug auf das von den Boerenvertretern dem ständigen Verwaltungsrat des internationalen Schiedsgerichts unterbreitete Schreiben um Herbeiführung eines Schiedspruchs wird in gut unterrichteten Kreisen als sicher angenommen, daß diese Körperschaft, die eine bloße Verwaltungsbehörde ist, sich werde für unzuständig erklären müssen.

Erlösen der Pest.

Die Pest ist als erloschen anzusehen, denn vom 25. Juli bis heute sind nur 2 Erkrankungen vorgekommen, von denen sich der letzte Fall am 9. d. M. ereignete, sodas nach nun über vierzehntägiger Pause ein neuer Fall kaum zu erwarten ist. Interessant ist, daß das Nachlassen und Aufhören der Seuche einherging mit der Verminderung der Einlieferung der Ratten. Ende Juli wurden die letzten Ratten abgeliefert und seitdem kamen, wie erwähnt, nur 2 Fälle von Erkrankung vor.

Es sind insgesamt 801 Personen erkrankt, davon 208 Weiße, 428 Nischlinge, 170 Kaffern; gestorben sind insgesamt 884 Personen, davon 68 Weiße, 241 Nischlinge, 74 Kaffern. Die Sterblichkeitsrate war demnach für Weiße 33 1/2 Proz., für Nischlinge 56 1/2 Proz., für Kaffern 43 1/2 Proz. der Erkrankungsfälle.

Partei-Nachrichten.

Von der Parteipresse. Die „*Märkische Volksstimme*“, die bisher dreimal wöchentlich erschien, erscheint von jetzt an täglich. Der Beschluß, auf das tägliche Erscheinen des Blattes hinzuwirken, wurde vor ca. zwei Jahren gefaßt und durch unermüdete Tätigkeit ist es den Parteigenossen gelungen, dieses Ziel jetzt zu erreichen. Das Blatt, das bei seiner Gründung vor zehn Jahren auf einer alten Klappigen Presse mit Hand- und Fußbetrieb gedruckt wurde und oft nur 12 Seiten kleinstes Format in der Woche umfaßte, wird nun in beinahe etwas zu großem Format auf einer modernen Rotationsmaschine hergestellt. Mit der Vergrößerung in Format und Erscheinungsweise wird auch eine Erweiterung des Inhalts verbunden sein. Der Preis des Blattes wird von 50 auf 65 Pf. monatlich erhöht bei freier Zustellung.

Wir wünschen dem neuen Schritte nach Vorwärts besten Erfolg. Die **Vorheimer Konsumvereins-Affäre** ist am Montag vor dem vorigen Gericht verhandelt worden. Die bürgerliche Blätter melden, wurde Genosse *Opificius* wegen Verurteilung von 500 M. zum Nachteil des Vorheimer Lebens-Bedarfsvereins

zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wir haben seiner Zeit von den bedauerlichen Vorgängen, um die es sich hier handelt, Mitteilung gemacht; von Verurteilung zum persönlichen Vorteil des Verurteilten kann schwerlich die Rede sein. Morgen dürften ausführliche Berichte vorliegen, nach denen wir dann genauer über den Gang der Verhandlung mitteilen werden.

Der Generalfreist und die französische Partei.

Das Generalkomitee votierte in seiner letzten Sitzung eine Resolution, die als eine Abgabe an die neuerdings von Jaurès begonnene Auseinandersetzung über die Taktik anzufassen ist. In einer langen Artillerie der „*Petite République*“ sucht nämlich Jaurès dem Nachweis zu führen, daß der Sozialismus ausschließlich auf gesetzlichem Wege durch Zustimmung der großen, fast an die Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit zu verwirklichen sei. Dabei hat er insbesondere, entgegen seinen früheren Ansichten, sich gegen den Generalfreist als Mittel der sozialen Revolution ausgesprochen. Daher eben die Resolution des Generalkomitees, die also lautet: „In Erwägung, daß die sozialistische Partei wesentlich eine Revolutionspartei ist; daß sie zwar keine Gelegenheit vorübergehen lassen darf, um der feindlichen Klasse Reformen zu entreißen, die geeignet sind, die Lage des Proletariats zu verbessern und ihm die Wege zu seiner endgültigen Befreiung zu ebnen, aber nicht, ohne sich prellen zu lassen, die Bedeutung dieser Reformen bis zu einem Grade über-treiben darf, um z. B. zu glauben, daß sie hinreichen würden, um die vollständige Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft in eine kommunistische auf gezielte und friedliche Weise zu sichern; daß im Gegenteil seitens der kapitalistischen Gesellschaft in einem gegebenen Augenblick ein wütender Widerstand voranzusetzen ist, den das Proletariat nur durch eine äußerste Anstrengung überwinden können; in Erwägung, daß der Generalfreist, ohne irgend eine andere revolutionäre Taktik zu verwerfen, als das rascheste und sicherste Mittel der Mobilisation der Arbeiterklasse im Dienste eventueller revolutionärer Umstände erscheint, — ermet das Generalkomitee an den dem Generalfreist günstigen Beschluß des Einigungskongresses 1899 und an das entsprechende Votum der Mehrheit der französischen Delegation auf dem Internationalen Kongreß von Paris 1900 und ladet die Arbeiter ein, sich in ihren Gewerkschaften, Industrie- und Berufsverbänden und Genossenschaften in Hinblick auf den Generalfreist zu organisieren, — sei es, daß diese Organisation als unumgänglicher Hebel dienen soll, um durch den Druck auf die kapitalistische Gesellschaft eine Reihe von Reformen zu erzwingen, sei es, daß sie unter günstigen Umständen im Dienste der sozialen Revolution angewendet werden soll.“ — Die Resolution wurde von den anwesenden Mitgliedern des Generalkomitees einstimmig votiert. Jaurès war abwesend. Antragsteller war Ariside Briand, Sekretär des Komitees.

Die Taktik der italienischen Socialdemokratie.

Die Parteileitung nahm in ihrer letzten Sitzung auch Stellung zu der Streitfrage über die Parteitaktik, die innerhalb der letzten Monate in den Sektionen des Parteiverbandes der Gegenstand umfangreicher und heftiger Diskussionen gewesen ist. Es wurde festgestellt, daß das Referendum, welches die Sektionen über diese Frage vorgenommen haben, ein der Haltung der Kammerfraktion günstiges Ergebnis gezeigt hat. Wiewohl das Ergebnis der Abstimmung als ein Vertrauensvotum für die Fraktion acceptiert werden kann, so wird sich dennoch auch in Zukunft die Kammerfraktion bei ihren Abstimmungen für oder wider das Ministerium lediglich vom dem Interesse des Proletariats leiten lassen. Sie wird ihre Haltung von der des Ministeriums, namentlich bezüglich der unproduktiven Ausgaben und der Steuerreform abhängig machen. — Die Parteileitung richtet an die Sektionen im Lande die Aufforderung, in nächster Zeit agitatorisch aufzutreten für die Steuerreform, Einführung von Schiedsgerichten für Landarbeiter und für die Herabsetzung der Steuern- und Löhndarbeit.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der **Vormünder Schaupferren-Prozeß** wurde am Montag vor dem Reichsgericht verhandelt. Bekanntlich war Genosse *Vredendek* als Redacteur der „*Alteuropäer*“-westfälischen Arbeiterzeitung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er bei der Kritik einer Reihe von Versammlungsverboten und Schaupferren, die über Versammlungsorte verhängt wurden, verschiedene Polizeibeamte durch den Vorwurf ungesetzlichen Handelns beleidigt haben soll.

Genosse *Vredendek* legte gegen das Urteil Revision ein, indem er die Wahrnehmung berechtigter Interessen für sich in Anspruch nahm. Das Reichsgericht verwarf die Revision, indem es erklärte, *Vredendek* sei nicht mehr Arbeiter, sondern Redacteur, und habe daher kein persönliches berechtigtes Interesse wahrgenommen, wenn er gegen die angebliche Beschränkung der Versammlungsfreiheit der Arbeiter auftrat.

Er wird also in Zukunft gegen die Beschränkung der Versammlungsfreiheit der Socialdemokraten auftreten müssen, dann wird ihm vielleicht zugegeben werden, daß er als Socialdemokrat persönliche berechnete Interessen wahrnimmt.

Ein **Strohbefehl über 30 M. Geldstrafe** erhielt auch der Kirchener Genosse *Seifert* in Leipzig aus ganz gleichen Gründe wie der gestern erwähnte Genosse *Diedmann*. Auch *Seifert* hat es unterlassen, einem Redner das Wort zu entziehen, der in einer Versammlung im Frühjahr zu einem Anzuge aufforderte.

Parteitag

der deutschen Socialdemokratie.

Lübeck, den 24. September.

Schluß der Dienstags-Sitzung.

(Telegraphischer Vorbericht.)

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird beschlossen, Presse und Vereinsfrage getrennt zu behandeln. Beschränkungen der Redezeit werden abgelehnt.

Niesel Berlin bestreitet, daß Berlin in bestimmter Absicht Anträge fabriziert habe. Der „*Vorwärts*“ mußte sofort Stellung zum Vortrage Bernsteins nehmen. Die Berliner stehen auf dem Boden des kommunistischen Manifestes und des Klassenkampfes. Sie erwarten nichts von der Bourgeoisie. Wir wollen in unserer Agitation gegen sie nicht immer von Vernstein geführt werden.

Grünwald-Erfurt: Wir sind entrüstet, daß Vernstein trotz Hannover seine Kritik verstärkt fortsetzt. Er ist in einen gewerkschaftlichen Verein gegangen, um negative Kritik an der Partei zu üben. Ich habe sofort gegen ihn geschrieben, um hier eine Vernstein-Debatte zu provozieren. Die unteren Agitatoren haben besonders unter den Vernsteinischen Quartreibern zu leiden.

Kaustky: Mit der Indrust eines Achzehnjährigen für die Briefe der Gesebten trägt Vernstein meine Briefe bei sich. (Heiterkeit.) Selbstkritik ist Kritik der Genossen im Gegensatz zur Kritik der Gegner. Wie kann sich Vernstein da über unsre Kritik beklagen! Mit Konfessionen wurden seine ersten Schriften als Anbruch einer neuen Ära begrüßt. Jetzt sagen seine Anhänger: Was wollt Ihr denn. Es ist ja nichts, seid doch ruhig. Klägliches Ende eines Revisionsbestandes! Nach der authentischen Definition Adlers wird Vernstein nicht länger behaupten, daß das österreichische Programm seiner Kritik theoretischen Ausführungen gegen die Vernsteinische Kritik der Verleumdungstheorie. Der Vortrag Bernsteins im Studentenverein vor 6, 8 Jahren harmlos gewesen. Heute erscheint er als Konsequenz seines Auftretens. Bernstein sollte sich so mit voller Macht gegen seine Kritiker außerhalb der Partei wenden. Dann wird er jedes Mißtrauen und jede Zweideutigkeit

zerstreuen. 10 Jahre lang hat Bernstein mit uns gewirkt und gekämpft. Möge er die Traditionen, auf die er sich beruft, wieder erwecken. Gerade gegen die sozialreformatorische Demokratie ist er damals auf das entschiedenste vorgegangen. Möge er diese Agitation wieder aufnehmen und er kann überzeugt sein, daß in jeder Beziehung das alte Verhältnis dann wieder hergestellt wird. (Lebhafte Beifall.)

Dr. David: Es ist unwohr, daß die Freunde Bernsteins beim Erscheinen des Bernsteinischen Buches vom Beginn einer neuen Zeit gesprochen haben. Und es ist unwohr, daß, als die Angriffe gegen Bernstein erfolgten, wir Anhänger Bernsteins gesagt haben, das Buch Bernsteins sei so harmlos, daß es nicht der Mühe wert sei, darüber zu streiten. Das sind zwei Uebertreibungen Kautskys. Redner verteidigt seine Kritik der Verelendungstheorie. Die Auffassung, daß wir vor einer nahen Revolution stehen, wird hier und da noch laut. Siehe Parvus. Bernsteins Vortrag war von gar keiner Bedeutung für die sozialdemokratische Partei. Er hatte mit den übrigen Bernstein-Fragen nicht den leisesten Zusammenhang. Warum sollte Bernstein nicht das Recht haben, im Studentenverein einen derartigen Vortrag zu halten? Der sozialwissenschaftliche Studentenverein ist kein rein gegnerischer Verein, er ist überhaupt kein politischer, sondern ein wissenschaftlicher Verein. Die bürgerliche Presse steht durchaus nicht allgemein auf Bernsteins Seite. Von der konservativen Presse ist Bernstein häufig als der Vertreter der allergefährlichsten Spielart innerhalb der Sozialdemokratie angesprochen worden. Bernsteins Vortrag ist in der „Frankfurter Zeitung“ nicht lobend, sondern mißbilligend kritisiert worden. Redner greift Grundwald an, der nicht mißverständliche, sondern abstrichlich verdrehte und planmäßig scharf machte. Das Scharfmachen hat die Unruhe erzeugt. Die Webel'sche Resolution spricht Bernstein eine Klage für seine Thätigkeit aus. Diese Klage ist ungerecht; denn die Resolution hat kein Wort des Tadels für die Gegenseite. Wie ist in der „Neuen Zeit“ Bernstein angegriffen worden? Ueberhaupt hat die „Neue Zeit“ in letzter Zeit Polemiken geführt, die gar nicht zu rechtfertigen waren. Webel sollte, um auch den Schein zu vermeiden, als wollte er ein Strafgericht über Bernstein herbeiführen, seine Resolution zurückziehen und sich der andern anschließen. Was in der Kritik richtig ist, wird beibehalten, das Falsche absterben. Sie brauchen Bernstein nicht die Gurgel abzuschneiden. Wir müssen Bernstein in seinem Sinne zum Besten der Partei weiter arbeiten lassen. (Bravo.)

Webel: Niemand will die Selbstkritik abschaffen. Das ist einfach selbstverständlich. (Bravo.) Es handelt sich allein um die Partei schädigende Agitation Bernsteins. Redner weist nach, daß Marx und Lassalle immer nur die relative Verelendung im Sinne gehabt haben. Webel spricht scharf sein Bedauern über die Aufnahme der Parvus-Artikel in der „Neuen Zeit“ aus. Es gehört ein ziemlich hoher Grad von Geschmacklosigkeit dazu, unsern Gegnern hervorragende Mitglieder unserer Partei sozusagen im Wadelstium vorzuführen. Sofort nach Erscheinen dieser Artikel habe ich das auch dem Genossen Kautsky gesagt. Er hat mir gesagt, daß er unschuldig sei, da er auf Ferienurlaub gewesen ist. Der „Vorwärts“ mußte zu dem Bernsteinischen Vortrag in den Studentenverein einen Berichterstatter hinschicken; denn er kannte das Thema. Das Schlimme ist gerade die Unklarheit Bernsteins. Auch seine macht ihm diesen Vorwurf. Er sagt, Bernstein macht es einem nicht gerade leicht, das herauszufinden, was er wirklich gemeint hat. Ich meine, eine schlimmere Kritik konnte von einem Freunde an dem Vortrag kaum geübt werden. Es ist überhaupt ein Unglück, daß Bernstein, der sich früher, wo er noch festen Boden unter den Füßen hatte, so deutlich und klar ausdrücken konnte, jetzt, wo er im Sumpfe steht, diese Fähigkeit verloren zu haben scheint. (Sehr richtig!) Es ist mit ihm eine Diskussion fast unmöglich geworden. In so traurigen verschlungenen Gedankengängen bewegt er sich jetzt immer. David will mich zum Karnikel machen. Ich habe in den letzten sechs Monaten kein Wort öffentlich gegen Bernstein geäußert und wenn David gesagt hat, daß ihm die Bernstein-Debatten zum Hals herauswachsen, mir gehen sie schon über den Scheitel. Ich mag sie gar nicht und hoffe, daß wir das letzte Mal Bernstein-Debatten haben. Aber gerade weil wir sie zum letztenmal haben wollen, haben wir diese Resolution eingebracht, in der wir die Erwartung aussprechen, daß Bernstein sich jetzt anderer Arbeit widmen wird. Wir haben das von einem früheren Redacteur des „Socialdemokrat“ für selbstverständlich gehalten, haben uns aber darin leider getäuscht. Bernstein kritisiert nur unser Programm, nicht die Gegner. Statt des einen Vollmar 1894 werden jetzt ein halbes Duzend hervorragender Genossen von der bürgerlichen Presse gelobt. Auer hat Vollmars Schweigen damals treffend charakterisiert. Das gilt auch für die heutige Situation Bernsteins. Seine Zwitterstellung zeigt sich am besten in dem Jubel der bürgerlichen Presse über Willows Geniestreich, Bernstein nach Deutschland zu lassen. Wie Bernstein über hochwichtige aktuelle Fragen denkt, weiß niemand. Ich weiß nicht, wie er zur Militär-, Marine- und Chinapolitik steht. Ich bin kein Gegner der Revision des Programms. Sie kann gar nicht mehr lange aufgeschoben werden. Spätestens auf dem nächsten Parteitag werden wir eine Kommission niederlegen müssen, die sich damit beschäftigt. Wenn Bernstein wirklich glauben sollte, er habe auf den Entwurf des neuen österreichischen Programms Einfluß geübt, so irt er sich. Das ganze Auftreten Bernsteins hätte nicht den Erfolg gehabt, wenn wir uns nicht damals in einer Prosperitätsperiode befunden hätten. Es kann kein Zweifel sein, wie wir uns dem Auftreten Bernsteins gegenüber zu verhalten haben. Niemand weiß besser als ich, der ich mit Bernstein zur Zeit des Sozialistengesetzes in engster persönlicher Fühlung gewesen bin, welche großen Verdienste sich Bernstein um die Partei erworben hat. Aber durch sein Auftreten in den letzten Jahren hat er diese Verdienste leider in erheblichem Grade geschmälert. Gätten wir seine Taktik schon früher befolgt, so wäre heute die sozialdemokratische Partei zu Grunde gerichtet. (Beifall und Widerspruch.) Deshalb bitte ich Sie dringend, nehmen Sie die von uns vorgeschlagene Resolution an. Sie enthält kein Bernstein beleidigendes Urteil, sie konstatiert einfach nackte Thatsachen, wie sie in den letzten Jahren sich zugetragen haben, und spricht die Hoffnung aus, daß Bernstein zu der Ueberzeugung kommen wird, daß er manchen Fehlschritt in der letzten Zeit gethan hat, und daß er wieder auf den alten Weg zurückkommen wird, wo wir ihn mit Freuden als den Unfern im vollen und ganzen Sinne des Wortes begrüßen werden. (Stillemischer Beifall.)

Die Verhandlungen werden hier abgebrochen.

Singer teilt mit, daß genügend unterschätzte Anträge auf **n a m e n t l i c h e** Abstimmung über beide Resolutionen vorliegen und vertagt die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch.

Gewerkchaftliches.

Gewerkchaft und Partei.

Die bürgerliche Presse brachte im Hinblick auf die Statistik der Generalkommission über die Leistungen der Gewerkchaften und die Beiträge, die die Arbeiter für diese Zwecke leisten, den häßlichen Vergleich, daß die geplante Pölkshöhe nicht jenseits Lasten den

Arbeitern auferlege, als sozialdemokratische Steuern, so nannte man die Beiträge für die Gewerkchaften, von den Arbeitern eingezogen würden. So wurde den Buchdruckern vorgerechnet, daß sie jährlich 57 M. Steuern an die Gewerkchaft entrichten — ein Betrag, der zehnmal höher sei, als ein Durchschnittsarbeiter in Preußen an Steuern zahle.

Der „Correspondent“, das Organ des Verbandes deutscher Buchdrucker, wendet sich mit Recht gegen diesen gänzlich perfiden und unzutreffenden Vergleich, bedient sich aber einer Beweisführung, die sich mit einer großen Entschiedenheit mehr gegen jeden Verdacht sozialdemokratischer Tendenz in der Buchdrucker-Organisation wendet, als in der Abwehr jener Scharfmacherattende gipfelt. Dagegen ließe sich schließlich nicht viel einwenden, denn es entspräche der Stellung der Organisation; nur möchten wir der Erklärung, weshalb das Verhältnis sich so gestaltet hat, widersprechen. Der „Correspondent“ schreibt:

„Und wenn nun die Beiträge der Mitglieder in den Gewerkchaften „sozialdemokratische Steuern“ wären, was dann? Und wenn die Gewerkchaften geistig viel unruiger mit der sozialdemokratischen Partei zusammenhängen würden als es tatsächlich der Fall ist, was dann? Wäre dies nicht gerade die naturnotwendige Folge des Verhaltens der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber den Gewerkchaften? Wo ist seit den Tagen, da die deutschen Gewerkchaften ihre segensreiche Thätigkeit aufnahmen, die politische Partei, die auf dem Boden der gegenwärtigen Ordnung der Dinge sich bewegenden Gewerkchaften zur Seite gestanden und den Mut gefunden hätte, diese Bewegung als eine notwendige und berechtigte zu unterstützen? Statt dessen hat man den deutschen Gewerkchaften gar keinen andern Ausweg mehr gelassen, als sich bei Wahrnehmung ihrer Interessen an die sozialdemokratische Partei anzulehnen, und wenn es hierin in Zukunft anders wird, so nicht deshalb, weil eine andre Partei die sozialdemokratische abgelöst hätte, sondern weil die letztere mehr und mehr die Aufgaben der Gewerkchaft verlor und zum Teil ihre Grundzüge verlor. Der Zusammenhang der Gewerkchaften mit der Sozialdemokratie war immer ein ungesunder, aber er wurde den Gewerkchaften aufgedrängt durch die Verfolgungen und Maßregelungen seitens der Regierung und der herrschenden Gesellschaft. Diese Gewalten mögen in ihrer jederzeit eingenommenen Stellung zu den Gewerkchaften die Ursache suchen, warum die Gewerkchaften ihre Interessen im öffentlichen Leben durch die Sozialdemokratie vertreten ließen und warum ein großer Teil der gewerkchaftlich organisierten Arbeiter gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind. Es handelt sich also nicht um „Anschlüsse“ der Sozialdemokratie, die Arbeiter in ihre Netze zu locken“, sondern um einen ganz natürlichen Vorgang, der einzig und allein auf das Konto derer zu setzen ist, die jetzt wiederum in leeren und öden Redensarten gegen die Gewerkchaften vom Leder ziehen und selbstverständlich damit das Gegenteil des Gewollten erzielen.“

Wir begreifen den Schmerz des Herrn Reichhäufer, daß durch die Angriffe der Scharfmacherpresse die „ungefunde“ Anlehnung der Gewerkchaften an die Partei gefördert wird, er scheint immer noch mit sich im unklaren zu sein, wo er die Anlehnung finden könnte, möglich, daß er zur Zeit noch die rechte Schwermut ausführt, um sich der „aufgedrängten“ Freundschaft der Sozialdemokratie zu entziehen. Uns ist übrigens von diesem Aufdrängen der Freundschaft nichts bekannt, denn wir könnten dabei nur andrücken: Gott schütze uns vor unrenn Freunden, vor unrenn Feinden werden wir uns selber schützen! Wenn aber Herr Reichhäufer in tiefer Trauer darüber verfaßt, daß es für die Gewerkchaften keine politische Partei gibt, an die sie sich anlehnen können, wenn er entdeckt, daß die sozialdemokratische Partei ihre Grundzüge verlor, könnte er nicht Trost finden in dem Wiederaufleben seiner Idee, es auf eigene Faust mit gewerkchaftlichen Arbeiterkandidaten bei den Wahlen zu versuchen? Wir kennen kein Gewerkchaftsblatt, das soweit jede Ideenverbindung mit der Partei zurückweist, dabei mit einer Lebhaftigkeit, die die innere Freude über den Streit nicht verbergen kann, den Ausschlag der Hamburger Accordmaurer aus der Partei befürwortet, als es hier von dem Organ der Buchdrucker geschieht.

Auch das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“, das sonst nicht im Geruch der Buchdruckerfeindschaft steht, fällt über das oben wiedergegebene Citat folgendes Urteil:

„Die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkchaften haben den geistigen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie nie als ein ungeundtes Verhältnis, sondern als das natürliche Ergebnis der Einheit der Auffassung von dem gemeinsamen Klassenkampf der Arbeit betrachtet, von dem die Gewerkchaftsbewegung die wirtschaftliche, die Sozialdemokratie die politische Aktion vertritt. Wenn der „Correspondent“ darüber anderer Meinung ist, so kann ihm das niemand verwehren; die Gewerkchaften haben aber ein dringendes Interesse daran, ein Einverständnis mit den in diesem Artikel vertretenen Ansichten abzulehnen.“

Berlin und Umgegend.

Eine Genossenschafts-Barbierstube ist von den Berliner Barbier- und Friseurgehilfen als Folge der Lohnbewegung errichtet worden. Das Geschäft befindet sich Grüner Weg 63, es wird am Donnerstag eröffnet.

Bei dem Nixdorfer Gewerkchaftskartell gingen für die ausständigen Glasarbeiter ferner ein: Bau Roll, Wefelstraße, gesammelt von den Töpfern durch Wurz, 2. und 3. Rate, 11.—, Bau Roll, Wefelstraße, 2,50. Verband der Steinarbeiter, Filiale Nixdorf, durch Pringal 10.—, Tischlerei Ohmann, Berlin, Reichengergstraße 63, durch Laugar, 1. und 2. Rate, 20.—, Kolonie „Maupeustraße“ 1,40. Selbstangefertigte Liste durch Voith 3,65. Centralverband der Maurer, Zahlstelle Nixdorf, durch Wittig 50.—, Töpfer vom Bau Habermann, Köpenicker Landstraße durch Lohf 3,50. Auf Listen gingen ein: Nr. 417: 7,35; 426: 5,00; 419: 3,95; 420: 8,80; 421: 9,10; 422: 7,35; 423: 9,90; 424: 7,35; 424: 3,—; 437: 7,85; 438: 10,10; 440: 7,60; 443: 9,10; 444: 19,70; 447: 6,40; 448: 5,30; 449: 3,55; 450: 1,90; 453: 2,65; 455: 7,00; 456: 12,—; 466: 5,85; 467: 21,16; 468: 16,80.

Weitere Beiträge nimmt entgegen Albert Hendrichs, Nixdorf, Richardstr. 65.

Die Leberarbeiter Berlins (Weißgerber, Färber usw.) haben sich nach mehrwöchentlichem Verhandeln mit den Arbeitgebern dahin verständigt, daß der bisherige Lohnvertrag auf die Dauer eines Jahres, bis zum 1. Oktober 1902, verlängert wird.

Die Liste Nr. 003 866 der streikenden Glasarbeiter ist verloren gegangen. Bitte dieselbe abzugeben bei der Streikkommission in Rummelsburg.

Deutsches Reich.

Christliche Handlanger des Unternehmertums. Bei dem Zimmererstreik, der gegenwärtig in Düsseldorf ausgefochten wird, geben sich Organe des Centrums zu eifrigen Förderern der Unternehmertum und zur planmäßigen Schädigung der Interessen der Arbeiter her. Verschiedene Centrumsblätter in der weiteren Umgegend von Düsseldorf machen bekannt, daß Zimmerleute, welche dem Zimmerer-Verbande nicht angehören, in Düsseldorf — natürlich als Streikbrecher — Beschäftigung finden. Ferner wird mitgeteilt, daß christliche Organisationen ihre Vereinshäuser als Unterschlupf für Streikbrecher hergeben. Ein derartiges Verhalten kennzeichnet treffend die Organe der Centrumpartei, die es ja liebt, sich bei passenden Gelegenheiten ein völkerverfeindliches Wäntelchen umzuhängen und sich als „Volkspartei“ aufzupielen. Hier aber, wo eine Arbeitergruppe nach einer geringen Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse strebt, sind es die „biederen“ Centrumsleute, die den Arbeitern hindernd in den Weg treten. Trotz dieser Wackenshaftigkeit von ultramontaner Seite führen die Zimmerer ihrer Streik mit der festen Hoffnung auf einen allgemeinen Erfolg fort, sie haben erst dieser Tage die Streikunterstützung auf 4 M. pro Tag erhöht. Es arbeiten bereits 250 Zimmerer am Ausstellungsgebäude und 150 an anderen Arbeitsstellen unter den geforderten Bedingungen.

Aus Halle a. S. wird uns geschrieben: Bei der am Montag vollzogenen Gewerbeprüfung im Wahl erhielten die von unsren Genossen aufgestellten Arbeitnehmer 2047 Stimmen. Gegnerische Kandidaten waren nicht aufgestellt. Als Arbeitgeberbeisitzer wurden die von bürgerlicher Seite aufgestellten Kandidaten mit 344 Stimmen gewählt, während auf die Liste unsrer Genossen 207 Stimmen abgegeben wurden.

Unsre Parteigenossen in der Stadtverordneten-Versammlung hatten den Antrag gestellt, daß als Beitrag zur Unterhaltung des Arbeitersekretariats 2000 Mark aus städtischen Mitteln bewilligt würden. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen unsrer Genossen abgelehnt. Bei andren Gelegenheiten zeigte sich die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten nicht so zugänglich. So wurden erst kürzlich zum Empfang des Kaisers 7000 M. aus dem Stadtfiskus bewilligt, —

In Bremerhaven ist eine Zahlstelle des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter errichtet worden.

Zu drei Monaten Gefängnis verurteilte das Landgericht Schwerin einen Arbeiter, der während des Quarantänefreis einen Arbeitswilligen geprügelt hatte. Gegen das auf zwei Monate lautende Urteil des Schöffengerichts hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt.

Aus Anlaß des Maurerstreiks in Halle waren kürzlich vier dortige Maurer der Verleumdung eines Poliers angeklagt, der sich während des Streiks als eifriger Gegner der streikenden Maurer aufgepielt hatte. Zwei der Angeklagten wurden vom Schöffengericht zu 20 bzw. 60 M. Geldstrafe verurteilt, während bezüglich der beiden andren die Verhandlung vertagt wurde.

Eine Versicherungsanstalt sollte nach Ansicht der Magdeburger Amtsanwaltschaft die dortige Zahlstelle des Centralvereins deutscher Schuhmacher sein, weil sie ihren Mitgliedern — ohne daß dieselben einen Rechtsanspruch darauf haben — Kranken-, Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung gewährt. Der Leiter der genannten Zahlstelle war deshalb angeklagt, ohne behördliche Genehmigung eine Versicherungsanstalt errichtet zu haben. Das Schöffengericht sprach ihn jedoch frei, da es den Schuhmacher-Verband nicht als eine Versicherungsanstalt ansehen konnte, und der Eifer des Amtsanwalts gegen die Gewerkchaft hatte somit keinen Erfolg.

Die **Handschuhindustrie** ist gegenwärtig in einer noch nie dargebotenen Weise von einer schweren Krise heimgesucht worden. Seit Beginn dieses Jahres sind infolge von Entlassungen, Ausperrungen und dergleichen fortgesetzt 10 bis 15 Proz. der Berufsangehörigen brotlos gewesen. Darunter befinden sich eine große Anzahl, die bereits über 30 Wochen arbeitslos sind, obgleich von den Arbeitern alles aufgegeben wird, die Arbeit soviel als möglich zu vertieren. Diese Zeit der Krise scheinen nun die auch in diesem Arbeitszweige vorhandenen kleinen Scharfmacher nicht ungenüht vorüber gehen lassen zu sollen. Einer derselben giebt in dem Unternehmer-Jahrbuch „Berliner Verträge“ die ganze Schale seines Hornes auf den ihm so verhassten Verband der Handschuhmacher aus. Es ist selbstverständlich nach der Fabrikantenlogik nur der Verband beziehungsweise dessen maßlose Forderungen die Ursache der Krise. Die Fabrikanten sollen sich wieder ihrer Herrrechte bestimmen, und das Mittel, die Industrie zu heben, die Krisen zu befeitigen? Was kann es nach alledem andres geben, als: „Diesem Verband Krieg bis aufs Messer, der ganze Verband müsse in die Luft fliegen; keinem Verbandsmitglied dürfe mehr Arbeit gegeben werden.“

Der Zweck solcher Machwerke ist nur zu durchsichtig. Die Fabrikanten die am 26. September eine außerordentliche Generalversammlung in Nürnberg abhalten, sollen gegen den Verband scharf gemacht werden. Glücklicherweise bewirken solche Absichten immer das Gegenteil von dem, was sie bewirken sollen. Die Arbeiter bestimmen sich diesen „Herrnrechten“ gegenüber auf ihre Menschenrechte und schließen sich um so fester ihrer Organisation an.

Ausland.

Charleroi. Circa 400 Arbeiter des Kohlenbergwerks Monceau-Fontaine in Roug haben am Dienstag früh die Arbeit eingestellt; sie verlangen eine Lohnerhöhung.

Veranstaltungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für **Schöneberg** hielt am 17. d. Mts. seine Monatsversammlung im Obfischen Lokal ab. Genosse Schuberth hielt einen Vortrag über: „Die preussische Volksschule, wie sie ist und wie sie sein sollte“. Hierauf gaben die Genossen Niebert und Pätzsch den Bericht von der Generalversammlung des Central-Wahlvereins. Zur Aufnahme gelangten 7 Genossen, abgemeldet haben sich 5 Mitglieder.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ezolgosz vorm Gerichtshof.

Buffalo, 24. September. (W. T. U.) Der Gerichtshof erlammte nach halbständiger Beratung dahin, das Ezolgosz des Mordes im ersten Grade schuldig sei.

Königsberg, 24. September. (W. T. U.) Ueber die Verhaftung verdächtiger Personen an der russischen Grenze in der Nähe von Willyponen meldet die „Königsberger Hartungische Zeitung“: Ein Gastwirt aus Maguilchen beherbergte seit einiger Zeit zwei Männer, von denen weder die Personalien noch der Grund ihres Aufenthalts dortselbst bekannt waren. Es war verständlich auf der Post aufgefallen, daß an die Männer oftmals größere Geldsendungen wie auch Briefe unter falscher Adresse eintrafen. Der scheidende Briefträger aus Willyponen, welcher in Maguilchen befehligt, schlug beiden Männern vor, unter seiner Adresse Briefe kommen zu lassen, worauf dieselben eingingen. Der Briefträger schickte sodann einen dieser in einer fremden Sprache abgefaßten Briefe an die Polizeibehörde. Der Inhalt desselben muß doch wohl hinreichend belastend gewesen sein, denn beide Männer wurden am letzten Sonntag verhaftet und geschlossen abgeführt. Die Verdächtigen gaben auf Befragen nur an, in Rußland geboren zu sein und verweigerten jede weitere Auskunft. Am Sonntag sind auch der Gastwirt sowie drei andre Einwohner von Maguilchen verhaftet und abgeführt worden.

Prag, 24. September. (W. T. U.) Das Kohlendepot des Elisabeth-Schachtes in Turnitz, welches über 200 000 Metercentner enthält, steht in Flammen.

Warschau, 24. September. In einem Fabrikraum der Warschauer Wiener Bahn fand eine furchtbare Explosion statt. Einliche umliegenden Gebäude sind stark beschädigt und mehrere Arbeiter lebensgefährlich verletzt worden.

Lemberg, 24. September. (W. T. U.) In Czomierz ist plötzlich abends nach 9 Uhr der Marktplay eingestürzt, wobei eine Verkäuferin in die Tiefe stürzte und lebensgefährlich verletzt wurde. Es wurde konstatiert, daß sich unter dem Marktplay ein unalter Klostergang befunden hat, dessen Mauern nachgegeben haben.

Chicago, 24. September. (W. T. U.) Emma Goldmann wurde aus der Haft entlassen.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Lübeck, den 23. September.

Schluss der Montag-Nachmittags-Sitzung.

(Ausführlicher Bericht.)

Lebedour-Berlin:

Wenn in den Auseinandersetzungen über die Polenfrage an die Leidenschaft appelliert ist, so ist das nicht meine Schuld. Die Frage der Entziehung der Subvention für die „Gozetta Robotnicza“... (Text continues with discussion on Polish matters and organizational issues)

Südekum-Dresden begründet einen Schlussantrag mit der Fülle der sonstigen Tagesordnung des Vortages.

Dengsbach verwahrt sich persönlich gegen den Vorwurf, Morawski in dessen Abwesenheit angegriffen zu haben; er habe ihn für anwesend gehalten.

Singer:

Ehe ich diese Verhandlung weiter gehen lasse, muß ich auf einen Zwischenfall von heute vormittag aufmerksam machen. Während der Rede der Genossin Luxemburg hat der als Berichterstatter amwesende Dr. Gumpelowicz mit lauter Stimme dazwischen gerufen: „Gelogen! Frech gelogen!“... (Text continues with Singer's account of the incident)

Blaunack:

hat das Schlusswort für sein Referat: An sich hätte ich gegen die Resolution Lebedour nichts einzusetzen, denn sie ändert an dem bestehenden Zustand nichts; aber sie ist überflüssig. Ich habe in meinem Referat schon ausdrücklich erklärt, daß die Parteileitung die Pflichten der internationalen Solidarität durchaus achtet, aber den besonderen Fall entsprechend den Verhältnissen behandeln muß... (Text continues with Blaunack's speech)

durch Vernehmung der noch in Breslau lebenden Zeugen den Tatbestand aufzuklären. Ich schrieb nach Breslau und bekam die lakonische Antwort: Ja, das ist so. Ich erwiderte: Die Behauptung haben wir zwei Tage lang gehört, aber wo sind die Beweise? Und die Antwort war: Ja, darüber kann auch ich keine Antwort geben. (Heiterkeit.) Hören und Weitererzählen ist leicht. Aber wenn man einem nichts beweisen kann, thäte man doch besser zu schweigen. (Sehr richtig.) Wie steht es nun mit der Ausschließerei Kasprzak in Rußland?

Was es damals in Rußland eine Organisation, die für den Ausschluß der Verantwortung übernehmen konnte? (Auf: Jawohl!) Es war nur ein Eirkel von Genossen vorhanden, die über unbedeutende Leute abgeurteilt haben. Ich würde auch heute stutzen, wenn von einer ausländischen Organisation ohne Beweismittel das Verlangen gestellt würde, wir sollten einen Genossen ausschließen. Man muß die Dinge doch nachprüfen können. Mögen die Verhältnisse zu einer Organisationsform, wie sie auch sein mag, im Ausland zwingen, die Organisation muß doch in der Lage sein, jederzeit Auskunft und Rechenschaft über eine Handlung zu geben. Das ist im Falle K. nicht geschehen. Als Kasprzak nun in Posen von den dortigen Genossen als Reichstagskandidat aufgestellt wurde, hatten wir mit den polnischen Genossen verabredet, sie sollten, wenn auch der letzte Punkt ihrer Anklage nicht bewiesen werden könne, sich jeder feindseligen Handlung gegen K. enthalten. Trotzdem zeigte uns die polnische Organisation an, sie würde gegen K. losgehen. In loyalster Weise sind die Verhandlungen gepflogen worden; eine Vereinbarung war getroffen. Wenn sie von der anderen Seite gebrochen wird, so müßten wir die Konsequenz den Polen gegenüber ziehen. So sind die Dinge in Wirklichkeit. Wenn es zutrifft, daß seit dem Bruche die Entwicklung der polnischen Partei und Verbreitung ihres Blattes so prächtig vor sich gegangen ist, nun, dann könne es ja auch den Polen nur angenehm sein. Wir sind ja gern bereit, die sich für uns aus der internationalen Solidarität ergebenden Verpflichtungen voll zu erfüllen unter Vorbehalt der Prüfung des Einzelfalles. Der Starke soll Großmut üben. Wir haben aber Rücksicht in der Behandlung der Polen bis zur Erschöpfung geübt. (Sehr wahr!) Es ist Sache der Polen, zu zeigen, ob sie sich in Zukunft dieser Rücksicht würdig erweisen wollen.

Nun zum Antrag 53. Es wäre ja eine herrliche Sache, wenn wir in jedem Wahlkreise einen bezahlten Agitator hätten, dem die Pflicht der Agitation und Organisation obliegt. Aber dabei können wir nicht einzelne Kreise herausgreifen. Außer dem westfälischen Kohlenrevier giebt es eine große Anzahl Distrikte, die viel früher zu arbeiten wären, als dieser Bezirk, wollten wir die ganze Kraft der Partei darauf verwenden. Wir müssen aber auch nach dem Grundsatz verfahren: Was dem einen recht ist, das ist dem andern billig. Weil nicht allen Wahlkreisen gegeben werden kann, was Essen und Duisburg verlangt, muß man sich abfinden mit der Unterstellung einzelner Genossen in den Kreisen, wie sie bisher geübt worden ist. Auch im Duisburger Kreise wird ein Genosse, der in gutem Arbeitsverhältnis steht, für den ausfallenden Arbeitsverdienst entschädigt. Es ist besser, ein solcher Genosse hat eine gut bezahlte Stellung, als daß wir ihn auf das unsichere Einkommen aus einer mit Parteimitteln gegründeten Geschäftshandlung oder aus einem Cigarrengeschäft stellen. Das ist auch für die Stellung und das Ansehen eines solchen Genossen viel angemessener. Wir haben uns mit den Duisburger Genossen auf diesem Boden auch durchaus verständigt. Wir haben uns bereit erklärt, dem betreffenden Genossen keine Ausfälle zu ersparen.

Was den Antrag der Genossinnen betrifft, so wird der Vorstand gern bereit sein, diese Wünsche zu erfüllen und die erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Ueber die anderen Modalitäten werden wir uns verständigen. (Beifall.)

Gerisch und Meister verzichten auf Schlusswort.

Es folgt die Abstimmung.

Der Parteileitung wird Decharge erteilt.

Antrag 49 wird angenommen, Antrag 53 abgelehnt, über die Resolution Lebedour geht der Parteitag zur Tagesordnung über. Damit ist Punkt 1a der Tagesordnung erledigt. Ueber Punkt 1b (Presse, Litteratur, Kolportagewesen) erklärt

Gerisch, nicht in öffentlicher Sitzung referieren zu wollen. Infolgedessen wird sofort in die Beratung der zum Punkt „Presse“ gestellten Anträge geschritten und zwar sollen die Anträge 42, 50 und 103 in geschlossener, die Anträge 87 — 41, 43 — 49 und 51 in öffentlicher Sitzung verhandelt werden.

Singer teilt mit, daß die Diskussion über die Presse, falls sie heute nicht vollendet wird, zunächst zurück gestellt werden muß, da morgen früh mit der geschlossenen Sitzung begonnen werden soll. Damit ist der Parteitag einverstanden.

Von den in öffentlicher Sitzung zur Beratung kommenden Anträgen finden nur die Anträge 38, 40, 45 und 46 die genügende Unterstützung. Sie lauten:

38. Parteigenossen in Rußland: Es wird allmonatlich eine Ausgabe des „Ostpreussischen Landboten“ in litauischer Sprache zur Verbreitung unter der litauisch sprechenden Landbevölkerung Ostpreussens zu einem billigen Abonnementspreise herausgegeben. Das eventuell entstehende Defizit wird aus der Parteikasse gedeckt.

40. Parteigenossen in Rußland: Der Parteitag hat dafür zu sorgen, daß die Wochenchrift „In freien Stunden“ auf eine Höhe gebracht werde, die einer Unterhaltungslitteratur für Arbeiter entspricht.

45. Genosse Lehendeder in Höchst a. M.: 1. Das demnächst erscheinende parlamentarische Handbuch für socialdemokratische Wähler an die Vertrauensleute und an die in der öffentlichen Agitation thätigen Genossen zum Selbstkostenpreis abzugeben.

46. Parteigenossen des S. Berliner Wahlkreises: Der Preis des „Neue Welt-Kalender“ ist auf 30 Pf. herabzusetzen. Braun-Königsberg begründet den Antrag 38: Bei der letzten Raabwahl hat sich wieder gezeigt, daß eine Agitation in der litauischen Gegend ohne litauische Sprache nicht möglich ist. In allen andern Bezirken Ostpreussens haben wir eine feste Abonnenten-zahl für unsere Landarbeiterzeitung, in Litauen kann sie nur schwer Eingang finden, die Leute verstehen sie nicht. Eine Uebersetzung aus dem Deutschen wird nicht zu viel kosten machen.

Gerisch: Ich bitte, den Antrag in der vorliegenden Form abzulehnen, dagegen ihn der neu zu bildenden Parteileitung zur Berücksichtigung zu überweisen. Unsere ostpreussischen Genossen wissen ja, daß der Parteivorstand für sie eine offene Hand hat.

Der Antrag von Gerisch wird angenommen.

Der Antrag 40 wird nicht begründet und gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Den Antrag 45 begründet

Hartmann-Höchst: In der Agitation muß den Vertrauensleuten und sonst thätigen Genossen Material zur Antwort auf die Gegner geliefert werden. Unser Antrag wird der Partei wenig Kosten verursachen. Diesmal beantragen wir ja nicht, wie es früher der Fall war, Gratisbergabe.

Gerisch: Auch hier stelle ich den gleichen Antrag wie zu 38. Die finanziellen Folgen lassen sich noch gar nicht übersehen. Der Antrag 46 wird der Parteileitung zur Berücksichtigung überwiehen.

Den Antrag 48 begründet Böttner-Berlin: Der „Neue Welt-Kalender“ ist ein Agitationsmittel, das in weiteste Kreise gebracht werden muß; mit ihm können wir an eine ganze Masse Indifferenter herankommen. Wir wünschen eine Ermäßigung des Preises auf 30 Pf., um der starken Konkurrenz zu begegnen. Bei der heutigen Tendenz der Druckerei wird es bei diesem Preise wohl möglich sein, ohne Verlust zu arbeiten oder einen kleinen Verdienst zu erzielen.

Berard-Hamburg: Ich erlaube Sie, den Antrag abzulehnen, denn seine Voraussetzungen sind nicht richtig. Bekanntlich hat der „Neue Welt-Kalender“ früher 50 Pf. gekostet und ist dann auf 40 Pf. herabgesetzt worden; dabei erzielt er allerdings noch einen kleinen Ueberschuß, zwischen 5000 bis 6000 M. Bei einem Preise von 30 Pf. ist zu befürchten, daß der „Neue Welt-Kalender“ ebenso ein Schmerzenskind der Partei sein wird, wie seine Schwester, die „Neue Welt“, über die wir ja morgen reden wollen. Der „Neue Welt-Kalender“ wird auch in bürgerlichen Kreisen von Kolportage-Buchhändlern verbreitet, natürlich nur so lange, als sie daran noch verdienen können. Bei der Stärke der Partei müßte die Auflage eine viel höhere sein, sie bleibt aber seit Jahren auf 140 000 stehen. Vor drei Jahren ist uns sogar ein Teil davon liegen geblieben, und dann fällt schon jeder Gewinn dabei fort. In der Partei selbst wird durch die Gratis-Kalender für Konkurrenz gesorgt, die eigentlich nur für die Landagitation bestimmt sein sollten. Aus diesen Gründen erlaube ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag 45 wird abgelehnt. Damit sind die Anträge zum Punkt „Presse“ erledigt.

Grabnauer:

Ich sehe mich genötigt, auf einige Ausführungen, die gestern abend Bebel bezüglich der Parteipresse und besonders des „Vorwärts“ gemacht hat, heute mit einigen Bemerkungen einzugehen. Es ist mir durchaus nicht angenehm, gegen einen Führer und Meister wie Bebel auftreten zu müssen; aber seine Angriffe waren ungerechtfertigt. Er sprach davon, daß im Frühjahr dieses Jahres alle möglichen Angriffe, Verspottungen und Verhöhnungen blutigster Art gegen unsere Partei erhoben seien und daß die Parteipresse, das Centralorgan eingeschlossen, dazu geschwiegen hätte, als wenn sie keine Augen und Ohren hätte. Während er in diesem Falle eine zu große Schweigsamkeit der Parteipresse tadelte, tadelte er auf der anderen Seite einen zu großen Eifer in Bezug auf die Frage der geschlossenen Sitzungen; er meinte, die Parteipresse habe ein Geschrei und Gekader erhoben. Also auf der einen Seite haben wir zu wenig, auf der andern zu viel gethan. Diese Kritik von Bebel ist nicht stichhaltig. Zunächst die Frage der Haltung der Parteipresse gegenüber der Auländigung der geschlossenen Sitzungen. Ich gebe zu, daß rein äußerlich, chronologisch betrachtet, es allerdings die Ausführungen gemäßigter Blätter gewesen sind, die die Parteipresse erst im vollem Maß aufmerksam gemacht haben, um was es sich eigentlich handelt, aber die Schuld daran liegt zum allergeringsten Teil an den Redaktionen der Blätter, sondern an dem Parteivorstand; man darf über den Ausschluß der Oeffentlichkeit denken wie man will, aber das ist sicher, daß es eine einschneidende und bedeutsame Maßregel ist, und da ist es doch eigentümlich, daß diese Maßregel der Parteipresse in einer Notiz von vier Zeilen angeündigt wurde. Es ist leicht zu verstehen, daß solche unbedeutende kleine Notiz nicht sofort gelesen wurde und sofort Anlaß zur Besprechung gab. Sobald man darauf aufmerksam wurde, um was es sich handelte, ist die Parteipresse sofort in die Kritik eingetreten. Der Parteivorstand hätte die Sache in richtiger Weise an die Oeffentlichkeit bringen sollen. Erst gestern haben wir von Singer vernommen, welche Motive dieser Renewung zu Grunde liegen und in welchem Umfange sie vor sich gehen sollte. Vorher haben wir davon so gut wie gar nichts gewußt. Ja, noch mehr; als in der Presse die Opposition anhub, haben wir aus dem Parteisekretariat eine Zuschrift bekommen, in der etwas ganz andres zu lesen war, als was gestern vorgetragen ist und worauf hin Sie Ihren Beschluß gefaßt haben. Da war es gar kein Wunder, daß in der Partei eine Erregung Platz griff und daß wir uns gegen die Renewung wehrten. Ich bitte also den Genossen Bebel, seine Angriffe gerecht zu verteilen und vor allem die Körperlichkeit anzulassen, der er selbst angehört.

Nun die andre, wie mir scheint, auch für Bebel wichtigere Angelegenheit: im Frühjahr seien „blutige Angriffe“ der Gegner erfolgt und wir hätten keine Augen und Ohren dafür gehabt. Das ist ein Vorwurf, wie er schwerer nicht gedacht werden kann. Bebel's Andeutung geht offenbar dahin, daß die Parteipresse gegenüber dem Vortrag von Bernstein im socialwissenschaftlichen Studentenderein eine außerordentliche Reserviertheit beobachtet habe. Das ist nicht richtig; der „Vorwärts“ hat vielmehr zweimal recht klar Stellung zu dem Vortrag genommen. Er hat zunächst die Erklärung abgegeben, daß wir den authentischen Text des Vortrages nicht kennen; Bernstein hat uns selbst, als der Artikel der „Welt am Montag“ erschien, mitgeteilt, daß jener Artikel auf einer vollständig falschen Auffassung seines Vortrages beruhe; wir hatten also überhaupt keine Möglichkeit, materiell darauf einzugehen. Wir sagten uns auch von vornherein, daß wir wenig Verantwortung hätten, jenen Versuchen der bürgerlichen Presse, uns auseinanderzuloben, Rechnung zu tragen. Als dann der Vortrag im Druck vorlag, da erschien im „Vorwärts“ eine Kritik, welche sich in sehr scharfer Weise gegen die Ausführungen von Bernstein wandte. Wir haben also nicht geschwiegen und nicht etwa keine Augen für diese Sache gehabt, wir haben aber kein Bedürfnis gehabt und auch geglaubt, daß die Partei kein Bedürfnis hat, auf den Vortrag ausführlicher und über das von uns imgehaltene Maß einzugehen. Der Vortrag lag auf einem Gebiet weit ab von allen praktischen Fragen, die uns beschäftigen. Es war ein philosophisches Gebiet, viele Leute haben sogar gemeint, es sei eine Haarpalterei über den Begriff Wissenschaft, worauf der ganze Vortrag hinauslaufe. Nun, mag dem sein, wie ihm wolle, jedenfalls kann der „Vorwärts“ nicht das Organ sein, das derartige rein wissenschaftliche Fragen behandelt. Andererseits haben wir erklärt, daß wir keinen Anlaß haben, darauf einzugehen, weil über diese Fragen, soweit sie Einwirkung auf die Politik der Partei haben könnten, schon vor Jahren genügend debattiert und weil in Hannover völlig klare Bahnen geschaffen ist. Fast die ganze Partei hatte wohl die Empfindung, wir hätten genug an dieser Diskussion, die sich als recht nutzlos und fruchtlos erwies habe. Ich zweifle, ob der Parteitag sehr beglückt gewesen wäre, wenn wir den ganzen Sommer wieder derartige Bernstein-Debatten gehabt hätten wie vor Jahren. Bebel sagt, wir seien hier so sehr ruhig, auf der andern Seite aber zu lärmend gewesen. Genosse Bebel, Sie verfallen hier in denselben Fehler, den Sie uns zum Vorwurf machen. Die „Welt am Montag“, die „Mise“ und ähnliche Blätter leben ja davon, in unseren Reihen Wirrnis anstiften zu wollen. Kuer wird da als großer Staatsmann hingestellt, da wird von Mauseurung gesprochen und der Sieg des Opportunismus verstanden, um die sogenannten „Radikalen“ zu reizen. Ja, soll denn unsere Partei sich fortwährend needös aufregen lassen durch die Spaltungsfabeleien einer gegnerischen Presse? Ich glaube, wir haben wohl daran gesehen, daß wir uns nicht verleiten lassen, von neuem diese Fragen ausschließlich zu behandeln. Das eine möchte ich aber noch hinzufügen: Bebel's Auffassung hat mich auch noch aus einem andren Grunde sehr in Erstaunen gesetzt; Bebel war gerade auf unrer Redaktion anwesend, als wir in der Uebersetzung begriffen waren, ob wir den Vortrag anders behandeln sollen als wir es gethan haben. Damals hat Bebel uns durchaus zugegeben, daß unsere sehr ruhige und sehr sähle Zurückhaltung berechtigt sei; er hat seine Auffassung geändert, ich weiß nicht warum.

Zum Schluss noch eine allgemeine Bemerkung. Gerade der „Vorwärts“ befindet sich in einer außerordentlich schwierigen Situation. Wir haben den Anschauungen der Berliner Genossen Rechnung zu tragen als Berliner Partei-Organ, und zugleich den Anschauungen der Partei als Centralorgan. In diesen Schwierigkeiten ist in neuerer Zeit eine neue noch besonders größere getreten, wir haben den unerföhlich schweren Verlust unfres Wilhelm Liebknecht erlebt. Wir haben uns aber bemüht, das Centralorgan zur Ehre der Partei fortzuführen. Daher muß ich es aufs lebhafteste bedauern, daß unser verehrter Bebel, von dem wir in so vielen Fällen wohlmeinenden Rat und Förderung er-

halten. Hier die Öffentlichkeit anruft und eine Kritik über die Parteipresse ausdrückt, die er viel besser in anderer Weise — es steht ihm ja die dauernde Kontrolle über die Haltung der Redaktion zu — geübt hätte, und deshalb bitte ich, daß Bebel uns in Zukunft seine wohlwollende Beratung schenkt, nicht aber Monate verstreichen läßt und dann hier plötzlich Angriffe erhebt, die jeder zureichenden Begründung entbehren. (Bravo!)

Bebel:

Als ich gestern meine Angriffe machte, seien Sie überzeugt, daß ich nicht wollte, ich wollte Gradnauer oder einem anderen „Vorwärts“-Redacteur Gelegenheit geben, zu antworten, damit ich nun ausführlicher antworten kann. Was habe ich betreffs der geschlossenen Sitzung gesagt? Ein großer Teil der Parteipresse hat sich über diese Dinge aufgehalten, erst nachdem die „Frankfurter Zeitung“ den Artikel gebracht hatte. Gradnauer hat das heute zugegeben. Er sagte, chronologisch hätte ich recht gehabt. Nun, mehr wie chronologisch will ich nicht recht haben. An dem Tage, wo der „Vorwärts“ die Notiz aus dem Bureau brachte, konnte der „Vorwärts“ am nächsten Tage bereits antworten und seine Stellung präzisieren, ehe die „Frankfurter Zeitung“ Gelegenheit hatte, ihre Angriffe zu machen.

Wenn man im „Vorwärts“ mit der Erklärung des Vorstandes nicht einverstanden war oder meinetwegen nun erst recht beunruhigt war, so war das persönliche Sache der betreffenden Redacteurs. Dagegen konnten sie polemisieren. Was ich gestern gesagt habe, ist bestätigt worden.

Gradnauer hat dann gemeint, es sei doch sehr viel wünschbarer, daß ich öfter Gelegenheit nehme, meine Meinung den Genossen in der Redaktion zu sagen. Ich frage Gradnauer, ob das nicht wiederholt geschehen ist, gerade in diesem Frühjahr, ob ich nicht wiederholt Gelegenheit gehabt habe, mich über die Haltung des „Vorwärts“ zu beschweren, z. B. auch in der Mitterand-Affaire. (Hört, hört!) Wo die französische Arbeiterpresse in der schärfsten Weise gegen Mitterand Stellung nahm und die ganze Presse sonst davon Notiz nahm, der „Vorwärts“ hat das nicht abgedruckt. (Hört, hört!) Nachdem ich darauf aufmerksam gemacht hatte und schrieb: Das und das schreibt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ und als der „Vorwärts“ trotzdem nichts brachte, da ging ich in die Redaktion und habe eine lange Erörterung gehabt und ging fort mit dem Bewußtsein, es wird doch nichts kommen; man hat sich dann aber eines Besseren besonnen. Dann eine andre Angelegenheit; es betrifft das den Genossen Bernstein; wir werden ja über seinen Vortrag bei einem andren Punkt der Tagesordnung sprechen. Dieser Vortrag hat in der gegnerischen Presse wahren Jubel erregt; in der Parteipresse und auch Nicht-Parteipresse, in den „Socialistischen Monatsheften“ hat noch keine in der letzten Nummer eine so abprechende Kritik gebracht, wie sie abprechender nicht gedacht werden kann. Der Vortrag ist in der bösesten Weise gegen die Partei ausgedeutet worden. (Sehr wahr!) Man kann in der That nichts Schlimmeres sagen, als wenn man es in Zweifel zieht, ob die Partei auf wissenschaftlichem Boden stehe. Da hat man die Partei gehöhnt und gesoppt, herabgezogen, und da war es allerdings die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Parteipresse und in erster Linie des Centralorgans, klipp und klar und so deutlich wie nur irgend möglich, sich darüber auszusprechen. Was hat man mir auf der Redaktion erwidert? Man hat keinen Berichterstatter dort gehabt! (Hört! hört!) Traurig genug! (Bewegung.)

Es handelte sich darum — ich war zufällig da —, ob eine Erklärung des Genossen Bernstein Aufnahme finden sollte; man gab sie mir zu lesen; ich sagte: nehmt sie meinetwegen auf, ihr könnt Euch ja dagegen erklären. Sie ist nicht aufgenommen worden. Der Standpunkt der Partei ist in Hannover festgelegt worden; ich konnte und mußte verlangen, daß das Centralorgan der Partei klipp und klar erklärt: wenn wir auch nicht bei jenem Vortrag gewesen sind, so erklären wir doch, wenn der Vortrag auch nur irgend etwas derartiges enthält, was darüber berichtet worden ist, positiv uns in der entschiedensten Weise gegen Bernstein (Weisfall); das war klar, deutlich, das hieß Stellung nehmen; damit vergab sich das Centralorgan gar nichts. Es ist seit einer geraumen Zeit der traurige Zustand, daß man nicht mehr viel schärfer, gerade, wie es Kämpfern, vor allen Dingen Socialdemokraten geziemend, den Gegnern auf ihre Angriffe dient, sondern sich drückt. (Bewegung.) Der „Vorwärts“ hat ein paar mal in der Polemik mit der „Welt am Montag“ in der schmachlichsten Weise Niederlagen erlitten. Das empörte mich als Parteigenossen, das empört mich als Vorstandsmittglied. Es war allerdings ein philosophischer Vortrag. Ich bin überzeugt, Bernstein hat keine Seite damit gesponnen; aber je unklarer der Vortrag war, desto notwendiger war es, scharf zu erklären: damit haben wir nichts zu thun.

Und nun weiter! Die Haltung der Parteipresse war infolge dieser Haltung des Centralorgans die allgeringste; man hat gar nicht gewußt, wie man sich verhalten sollte. In München, wo man von national-socialen Gegnern attackiert wurde, gestützt auf die Ausführungen Bernsteins, da mußte das Wort fallen, wenn es nicht anders wird, dann gehen wir lieber auseinander, dann lieber eine kleinere Partei! Das war die Folge und Wirkung dieser Haltung des Centralorgans. Und noch schlimmer! Als endlich Wollenbutz — und das habe ich ihm im stillen gedankt — das Wort ergriff in Hamburg, in Warmen-Oberfeld usw., und in einer Resolution von Bernstein in ganz richtiger Weise sagte, daß er nichts anderes zu thun wisse, als beständig an dem Parteiprogramm zu mädeln, daß er nicht einen Abend sich ins Bett legen könnte, ohne sich zu fragen, ob er nicht an einer neuen Stelle die Parteigrundsätze herabziehen könne (Rundgebungen); da hat der „Vorwärts“ wieder geschwiegen, hat die Resolution nicht abgedruckt! Und es ist eine verdammte Pflicht und Schuldigkeit des Centralorgans als solchen, daß es an solchen Vorfällen in der Partei, die von Wichtigkeit sind, nicht ruhig vorübergeht, von solchen Strömungen Notiz nimmt, sie zur Kenntnis der Gesamtpartei und dann der Berliner Genossen bringt. Die Berliner Genossen sind gelächelt worden. Man hat das Verwickelungssystem, die Kompromißschleichen beliebt, und das ist beim „Vorwärts“ in den letzten Jahren sehr oft der Fall — bis mir endlich einmal die Laus über die Leber geflossen ist und ich mich ausgesprochen habe, wie ich darüber in Wahrheit denke. Man komme nur jetzt nicht und bringe unsern großen toten Genossen Liebnecht, weil er nicht mehr da ist, als Entschuldigung her. Es giebt gewisse Dinge, über die man nicht spricht; aber ich meine, die Redaktion des „Vorwärts“ muß verstehen, auch ohne Liebnecht auszukommen, muß wissen, wie sie Stellung zu nehmen hat. Das hat sie leider nach meiner Auffassung in vielen Fällen nicht gethan. (Stürmischer Weisfall.)

Singer:

Ich muß durchaus anerkennen, daß der Vordredner sich in den Grenzen gehalten hat, die durch den Punkt der Tagesordnung gezogen sind, d. h. er hat über die Haltung der Presse im allgemeinen und die des „Vorwärts“ im besonderen gesprochen; er hat aber dabei — und das kommt nach den Darlegungen, die er zu machen hatte, nicht anders sein — auch einen Gegenstand zur Sprache gebracht, den wir an anderer Stelle der Tagesordnung zu verhandeln gedachten, in Verbindung mit dem Vortrag Bernsteins über seine ganzen Ansichten. Nun habe ich als Ihr Vorsitzender das Interesse und die Pflicht, die Zeit des Parteitage möglichst hausälterlich zu verwenden; und in der festen Ueberzeugung, daß die nun folgende Debatte, zu der ich ja schon einige Redner, u. a. Bernstein selbst, mit vollem Recht gemeldet haben, das doch zur Erörterung bringt und in dem Wunsch, einer doppelten Erörterung aus dem Wege zu gehen, schlage ich vor, namentlich die Diskussion, in der wir uns jetzt befinden, mit den Anträgen, die direkt zur Bernsteinfrage gestellt sind, zu verbinden. (Zustimmung.)

Es sind dies die Anträge 92, 91, 92, 93, die sämtlich ausreichend unterstützt werden. Sie haben den folgenden Wortlaut:

92. Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises: Der Parteitag mißbilligt die Art der Agitation, wie dieselbe von Seiten des Genossen Bernstein betrieben wird, da dadurch unsere Ziele vollständig unklar werden.

91. Die Delegierten des Thüringer Parteitage: Der Thüringer Parteitag lehnt die Revisionsbestrebungen des Genossen Eduard Bernstein ohne jede Einschränkung auf das entschiedenste ab.

Der Parteitag erklärt im besonderen, daß die Erklärung der Arbeiterklasse aus der Lohnnechtschaft des Kapitalismus einzig in der Erkenntnis und in den Zielen und auf den Wegen möglich ist, wie sie im wissenschaftlichen Socialismus von Marx und Engels vorgezeichnet und im Erfurter Programm für die deutsche Socialdemokratie festgelegt sind.

Aus diesen Erwägungen heraus beurteilt der Parteitag auf das unabweislichste auch die Art, wie der Genosse Bernstein trotz der vom Parteitag in Hannover angenommenen Resolution des Genossen Bebel fortfährt, den Versuch zu machen, in der Partei Verwirrung und Uneinigkeit zu stabilisieren.

92. Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises (Süd-Ost) sprechen die bestimmteste Erwartung aus, daß der Parteitag zu Berlin die neuesten Bestrebungen des Genossen Bernstein ein, den im Erfurter Programm der Partei festgelegten Grundsätzen die wissenschaftliche Basis zu entziehen, entscheiden und unabweislich gegenüber Stellung nimmt und die Art, wie dieselbe Verwirrung und Uneinigkeit in die Reihen des kämpfenden Proletariats hineinträgt, mißbilligt. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die wirtschaftliche und politische Lage schwere Kämpfe heraufbeschwören, die alle Kräfte der Socialdemokratie zum geeinten Vorgehen gegen die Mächte der Reaktion erfordern, und verlangt von allen Parteigenossen, daß sie sich den nach eingehender Diskussion auf den Parteitag festgelegten Grundsätzen, Revisionsbestrebungen in der Partei selbst und auf den Parteitag antragen, nicht aber in das Lager der Gegner tragen, und so den thätigen Genossen die Agitationsarbeit erschweren und die Partei schädigen.

93. Die Parteigenossen des 2. badischen Reichstags-Wahlkreises erwarten vom diesjährigen Parteitag eine endgültige Entscheidung in der sogenannten „Bernsteinfrage“ und beantragen, die Bernsteinische Politik zu verwerfen.

Quard-Frankfurt:

Ich beabsichtige, nur zu der anfangs durch Bebel aufgestellten Frage zu sprechen. Ich kann Bebel nicht einmal das zugeben, daß seine chronologische Darstellung richtig gewesen sei. Für uns in Frankfurt und eine Reihe anderer Blätter hatte es das Artikels der „Frankfurter Zeitung“ nicht erst bedurft, zu der Frage der geschlossenen Sitzung Stellung zu nehmen. Aber das andre! Bebel hat den „Vorwärts“ und die andre Parteipresse angeklagt, in der Sache des philosophischen Bernsteinschen Vortrages zögernd Stellung genommen zu haben. In der Sache selbst bin ich derselben Meinung wie Bebel; in Hannover ist die Sache erledigt. Aber in Genossentreisen wird die Nervosität Bewels wegen dieses philosophischen Vortrages gar nicht geteilt; die Masse hatte gar nicht Lust, auf diese Sache weiter einzugehen. Es war ganz korrekt, den authentischen Wortlaut, der angekündigt war, abzuwarten. Weitere Anfragen hat es nicht gegeben. Die Anträge kamen ja auch nur aus Berlin, wo Bernstein ist, und aus Thüringen, natürlich, wo ja Grunwald ist. (Geisterleit!) Aber die Sache ist des literarischen Spektakels gar nicht wert, es ist ganz selbstverständlich, daß wir an dem alten Parteiprogramm festhalten.

Adolf Hoffmann-Berlin:

Nach den Ausführungen Bewels, die ich Wort für Wort unterschreibe, hätte ich das Wort nicht zu nehmen brauchen, wenn Gradnauer nicht erklärt hätte, mit Rücksicht darauf, daß der „Vorwärts“ auch ein Lokalblatt sei, hätte die Redaktion auf den Bernstein-Vortrag nicht näher eingehen können. (Gradnauer: Ist mir ja gar nicht eingefallen.) Das war hier der allgemeine Eindruck. (Sehr richtig!) Es ist da doch merkwürdig, daß gerade die Berliner Genossen auf das energischste dagegen protestiert haben, daß der Vortrag Bernstein gewissermaßen totgeschwiegen wurde. Daß die Parteipresse in der Provinz das dringendste Bedürfnis empfunden hat, im Centralorgan einen Bericht zu finden, ist sehr erklärlich angesichts der rüden Art, mit der die Gegner diesen Vortrag ausgedeutet haben. Bernstein wird gewußt haben, was er that, und wo er hinging, und wie er ausgenutzt werden konnte. Der „Vorwärts“ hätte Vorkehrung treffen sollen, sofort einen Bericht zu befragen. Woher wußte denn Quard, daß ein authentischer Bericht erscheinen würde? Zu dem hat man sich vielleicht erst entschlossen, als die Gegner den Vortrag ausnützten. Die Preschkommission hat wiederholt einstimmig erklärt, es sei ein schwerer Fehler gewesen, daß der Bericht nicht sofort gekommen sei. Es handelt sich nicht um die Angriffe der „Welt am Montag“, die einige schon für ein Parteiblatt halten. (Geisterleit.) Es handelt sich für uns darum, energisch dagegen zu protestieren, daß solche Dinge uns vorenthalten werden. Selbst die Anhänger Bernsteins, so weit welche in Berlin vorhanden sind, haben verlangt, daß ein Bericht kommt. Die „Welt am Montag“ hat gemeint, sie treue sich auf den Augenblick, wo Hoffmann Bernstein wissenschaftlich widerlegen werde. Sie hat sich umsonst gefreut. Ich denke gar nicht daran, Bernstein wissenschaftlich zu widerlegen. Vielleicht kann ich es nicht. Jedenfalls will ich es nicht. Ich habe einfach nicht die Zeit, mich auf theoretische Haarspaltereien einzulassen. Ich wünsche, daß endlich Ruhe herrscht und die Beschlässe der Parteitage respektiert werden. (Sehr gut!) Wenn ich so durcheinander wie Luer sprechen wollte, dann würde ich sagen: „Lieber Ode, nur arbeite einmal mit und laß die Quengeleien, die uns nur die Agitation erschweren und uns nicht vorwärts, sondern rückwärts bringen.“ (Bravo!)

Ed. Bernstein:

Werte Genossen! Ich war nicht darauf vorbereitet, daß diese Frage bereits heute zur Beratung kommen würde, und bin deshalb nicht in der Lage, Ihnen all diejenigen Thatsachen authentisch vorzuführen, die zu dieser Frage gehören. Ich denke aber genug vorbringen zu können, um Ihnen zu zeigen, daß alle Anklagen von Bebel absolut ungerechtfertigt sind, und daß die Angriffe von verschiedenen Orten nicht provokiert wurden durch irgend etwas, was ich gethan habe. Wie kommt man zunächst dazu, zu sprechen von den Revisionsbestrebungen Bernsteins seit seiner Rückkehr? Was ist meine Thätigkeit seit meiner Rückkehr nach Deutschland gewesen? Ich lese eben in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit“ einen Aufsatz von Viktor Adler, worin gesagt wird, ich entfalte meine Thätigkeit nicht nach außen, sondern nach innen. (Sehr wahr!) Ich erinnere dem gegenüber daran, daß ich in Berlin und Umgegend, auch in der Provinz, eine ganze Reihe von Vorträgen gehalten habe, die nicht nur nicht beanstandet, sondern im Gegenteil mit dem größten Dank von den Genossen aufgenommen sind, die mich dazu eingeladen haben. Hier sind Zeugen anwesend aus Orten, wo ich gesprochen habe, sie werden das bestätigen. Es kommt also höchstens der Vortrag im socialwissenschaftlichen Studentenverein in Betracht. Dieser Verein steht unter der akademischen Disciplin, er kann nicht ein socialistischer Studentenverein sein, er ist es auch nicht, er will nur ein Verein sein von Studenten, die sich dem Studium der Socialwissenschaft widmen, und er bildet insofern — das darf ich wohl sagen — einen Teil der Elite der Berliner Studentenschaft, derjenigen, die sich vorwärts bilden und sich mit ernstlichen Angelegenheiten beschäftigen wollen, mit Angelegenheiten, mit denen sich zu beschäftigen wie die Jugend auffordern. Bald nach meiner Rückkehr wurde ich aufgefordert, dort im Verein über irgend ein Thema zu sprechen; natürlich konnte das nicht direkt ein socialistisch-propagandistisches Thema sein, es sollte ein wissenschaftliches sein. Ich gestehe, in einer Beziehung habe ich mich getäuscht, ich dachte, es wäre eine kleine Versammlung von 50—100 Studenten im geschlossenen Raum, wo eine wissenschaftliche Frage erörtert wird, die die Öffentlichkeit nichts angeht. Als ich erfuhr, daß es eine öffentliche Versammlung sei, habe ich dem Vorsitzenden

wiederholt erklärt, ich würde eine geschlossene Sitzung vorziehen. Nun ist es eine große Versammlung geworden. Infolge einer Reihe von Umständen konnte ich meinen Vortrag nicht so eingehend ausarbeiten, wie ich gewünscht hätte, ich erkläre aber von vornherein, daß ich absolut keinen Grund sehe, von dem, was ich gesagt habe, etwas zurückzunehmen. Daß er im Aufbau einige Mängel hat, habe ich dem Redacteur der „Socialistischen Monatshefte“ noch an demselben Abend zugegeben, und ich habe ihm auch am nächsten Tage gesagt, daß ich äußerst deprimiert sei, nicht über die Aufnahme des Vortrages, sondern darüber, daß er nicht das geworden, was er werden sollte. Ich bin also weit davon entfernt, den Vortrag als vollkommen hinzustellen, aber von seiner Tendenz, seinem Inhalt, seiner Stellung zu der Frage, wie weit wissenschaftlicher Socialismus möglich sei, habe ich nichts zurückzunehmen. Ich habe auch in dem Vortrag nicht von Revisionsbestrebungen oder deren Notwendigkeit gesprochen, sondern nur die Thatsache erwähnt, daß über eine Reihe von theoretischen Fragen innerhalb der Socialdemokratie, wie die Debatten gezeigt haben, Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich habe lediglich auf diese Thatsache hingewiesen und nicht einmal direkt Stellung zu den Fragen genommen, sondern nur die verschiedenen Standpunkte erörtert und dann gesagt: Während wir auf der Seite der praktischen Bewegung des Socialismus den beständigen Aufstieg vor uns sehen, während die Socialdemokratie fast in allen Ländern Erfolge über Erfolge erringt, die Arbeiterbewegung Positionen über Positionen erobert, immer klarer ihre Forderungen formuliert, scheint auf dem Gebiete der Wissenschaft Verfaßtheit zu herrschen, und darauf habe ich die Frage aufgeworfen, inwieweit wissenschaftlicher Socialismus nötig und in welcher Form er möglich sei. Im zweiten Teil habe ich geschichtlich nachgewiesen, wie der Socialismus sich von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt hat und wie er von Marx und Engels weiter ausgebaut ist. Ich habe direkt gesagt, in seinem Zukunftsprogramm kann der Socialismus nicht ausschließlich wissenschaftlich sein, weil er diktiert wird vom Wollen, vom Klassenkampf. Ihr habt es mir sehr übel genommen, daß ich gesagt habe, daß sogenannte Endziel ist mir gleichgültig, die Bewegung ist mir alles. Gut, Ihr wollt das Endziel vor Augen haben, ich erlerne das an, wenn Ihr ein Ideal haben wollt, aber für mich liegt das Ideal in der praktischen Bewegung selbst, die Schritt für Schritt vorwärts geht. Davon ist in dem Vortrag absolut nichts gesagt und in Zweifel gestellt, es ist nur gesagt worden, weil das Ideal des Socialismus in der Zukunft liegt, kann es nicht völlig wissenschaftlich, muß und darf es zum Teil diktiert sein vom Wollen. Was für ein Grund, darüber in Aufregung zu geraten, wenn der Redacteur der „Welt am Montag“ mißverständlich herausfist, daß ich den Socialismus kritisch aufgelöst habe? Davon ist in dem Vortrag nichts zu finden, wenn man es nicht darin finden will. Warum kein Berichterstatter des „Vorwärts“ zugehen war, weiß ich nicht; in einer Hinsicht wäre es wohl besser gewesen. Jedenfalls stand im „Vorwärts“ die Erklärung, daß der Bericht in der „Welt am Montag“ auf irrigen Voraussetzungen beruhe, und dann hat die Redaktion ja auch noch sehr scharf gegen das sogenannte Auseinanderlösen der „Welt am Montag“ Stellung genommen.

Ich wiederhole: Die Kritiken meines Vortrages, soweit sie sich auf Form und Aufbau beziehen, habe ich ohne weiteres als berechtigt anerkannt und über das, was die Grenzen der Wissenschaft sind, kommen die Ansichten auseinandergehen. Allerdings habe ich am Schluß gesagt: weil der Name wissenschaftlicher Socialismus zu falschen Voraussetzungen verleitet, weil er zu einer dogmatischen Auffassung verleitet, weil er zu der Auffassung verleitet, als sei der Socialismus bereits abgeschlossen, darum würde ich den Namen kritischer Socialismus, wie ihn schon andre vor mir vorgeschlagen haben, vorziehen. Dagegen behält, wie ich hinzufügte, der Name wissenschaftlicher Socialismus dann für mich seine volle Berechtigung, wenn der Begriff „wissenschaftlich“ in ihm eben im kritischen Sinn als Postulat und als Programm aufgefacht wird, als eine Forderung, die der Socialismus an sich selbst stellt und die besagt, daß für sein Wollen die wissenschaftliche Methode und Erkenntnis Richtung gebende Kraft war. In diesem Sinne erkenne ich den Namen vollkommen an, und wird er so anerkannt, so ist keine Ursache vorhanden, sich darüber aufzuregen. Man konnte die „Welt am Montag“ zurückweisen, und dann war die Sache erledigt. Keine einzige praktische Forderung, für die wir kämpfen, war in Zweifel gestellt, es war eine rein methodologische Frage. Ich bestreite aber entschieden, daß die Kritiken, die mein Vortrag in solchen socialistischen Zeitungen gefunden hat, die unbeeinflusst waren, einen so abprechenden Charakter tragen, wie Bebel meint, ich bestreite das entschieden von der Recension des Genossen Heine. Sie werden in der nächsten Nummer der „Socialistischen Monatshefte“ meine Antwort auf diese Kritik und auf die eines russischen Recenten finden. Gerade das, worin mein Vortrag gipfelte, hat Heine überlesen, und Heine hat mir das auch privatim zugestanden. Es wird ja heute, nachdem ich zehn Jahre Redacteur eines Centralorgans und neun Jahre einer der Hauptmitarbeiter eines wissenschaftlichen Organs gewesen bin, verbreitet, ich sei heute nicht nur ein unwissender Mensch, sondern auch ein Mensch, der nicht weiß, was er will, ein ganz konfusser Mensch, der nicht weiß, was die Partei will. Das ist ja schon verbreitet worden. Aber ich sage nochmals: In diesem Vortrag sieht nichts, was einen Genossen in seiner Ueberzeugung von der Notwendigkeit und Berechtigung des Socialismus irgend wie wankend machen könnte. Es ist ausdrücklich hervorgehoben, daß, wenn die Formeln strittig sind, wenn wir über die Tragweite einer Thatsache streiten, doch die socialistische Bewegung darunter nicht leidet. Gerade diejenigen, die mir mit Unrecht vorwerfen, daß ich den Klassenkampf nicht anerkenne, haben doch gewiß keinen Grund, aus einer methodologischen Untersuchung irgend etwas zu beschließen. Stellen Sie doch nicht unserer Bewegung das Zeugnis der Schwäche aus!

Es ist gesagt, daß gerade von Berlin aus, wo Bernstein wohnt, jene Anträge kommen. Allerdings, die Anträge kommen aus Berlin, aber nicht aus jenen Wahlkreisen, wo ich aufgetreten war, sondern da, wo ich noch nicht aufgetreten bin. Meine erste Berliner Versammlung fand im zweiten Wahlkreise statt; da ist keine Resolution gegen das Wirken Bernsteins angenommen, auch nicht im dritten, wo ich gesprochen habe, sondern nur dort, wo ich nicht war. Im sechsten Wahlkreise ist eine Resolution gegen mich beschlossen. Dort hat Ledebour gesprochen, mit dem ich sechs Tage vorher bei Dr. Kronz mehrere Stunden zusammen war. Ich kann es nur bedauern, daß er nicht Gelegenheit genommen hat, mir zu sagen: Hören Sie, nächste Woche denke ich mit Ihnen ins Gericht zu gehen, kommen Sie doch auch hin! Es wäre doch mir recht und billig gewesen, mir die Möglichkeit zu geben, daß, wo ich angeklagt war, mich zu verteidigen. Das ist nicht geschehen, die Resolution ist angenommen in einer Versammlung, die mich nie gehört hat, auf Grund eines Referats, das in meiner Abwesenheit erstattet ist. Ich bin wohl berechtigt, Ledebour daraus einen Vorwurf zu machen; jedenfalls wäre es recht und billig gewesen, mir das mitzutheilen. Anders ist es im 4. Wahlkreise, denn dort hatten die Genossen keine Verpflichtung mir gegenüber gehabt und ich kann es ihnen nicht übel nehmen, wenn sie auf Grund der Berichte der Presse zunächst verurteilt waren und Angriffe gegen mich laut werden ließen. Ich hätte das wahrscheinlich auch gethan. Nachdem mein Vortrag zum Druck vorlag, konnte man ihn verschieden beurteilen, aber zu irgend einer derartigen Erklärung gegen mich lag keine Veranlassung vor. Ich könnte sagen, gut, den einen Vortrag habe ich gehalten, ich werde es jetzt lassen.

Durch die Annahme der Resolutionen würden Sie nicht nur mir sondern sich selbst Unrecht thun. Sie thun mir Unrecht, indem Sie meine Absichten und meine Thätigkeit verdächtigen, wozu kein Anlaß vorliegt. Sie thun sich selbst Unrecht, indem Sie sich einer Schwäche anklagen, zu der Sie kaum Anlaß haben. Was geschieht denn, wenn wir in den wissenschaftlichen Diskussionsorganen der Partei irgend welche theoretischen Fragen erörtern und zu abweichenden Schlüssen gelangen. Sie legen gerade einen Stolz darauf, die Socialdemokratie die wissenschaftlichste Partei zu nennen. Ich habe es selbst in meinem Vortrag sehr energisch betont, daß von allen Parteien die Socialdemokratie die wissenschaftlichste sei. Haben Sie denn solche Furcht oder Weshalb wollen Sie sich das Zeugnis ausstellen, daß Sie solche Erörterungen fürchten? Unsere wirklichen Forderungen

für die wir kämpfen, werden ja dadurch gar nicht berührt. Auch in den früheren Aufsätzen, die ich geschrieben habe, ist nichts davon berührt worden. Es ist das auch eine ganz neue Auffassung, nicht die Auffassung, die früher in der Partei obgevaltet hat. Wir sagen, wir sind eine wissenschaftliche Partei, wir betrachten unser Programm nicht als ein steinernes Dogma, als einen papiernen Papst, wir arbeiten weiter. Nun, was ist denn die Aufgabe derer, die Sie Theoretiker nennen, anderes als weiter zu arbeiten in den wissenschaftlichen Zeitschriften!

Wenn Sie das Programm von Zeit zu Zeit revidieren wollen, so muß doch eine wissenschaftliche Diskussion vorangehen. Das Wort Revision stammt nicht von mir, sondern von unserm leider erkrankten Genossen Schoenlank. Bebel hat selbst konstatiert, daß die Partei im Laufe der Jahre ihre Anschauungen in verschiedenen Punkten geändert hat. Lassen Sie doch die Diskussion ihren Lauf nehmen! Was schert uns die „Welt am Montag“? Würde ich heute in Berlin einen Vortrag halten und sagen 2 mal 2 ist 4, so können Sie womöglich in der „Welt am Montag“ lesen: Vernstein hat den wissenschaftlichen Sozialismus widerlegt, er hat gesagt, 2 mal 2 ist 4 (Heiterkeit). Und in unserm wissenschaftlichen Organ konnten Sie dann lesen, er hat die Partei dadurch beleidigt. (Oho!) Ja, das ist die Weise, in der die Polemik geführt wurde. (Zustimmung und Widerspruch.) Wie können wir da noch debattieren? Entweder müssen wir fortwährend persönlich streiten, oder aber wir müssen alle Diskussionen einstellen und nur noch wiederläuen. Das wollen wir doch nicht, das haben wir auch nie gewollt.

Als bereits der größte Teil meiner Probleme des Sozialismus in der „Neuen Zeit“ erschienen war, namentlich auch der in der Kritik radikalste Artikel „Die sozialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl“, da hatte ich eine Korrespondenz mit Kautsky. In einem Briefe entwickelte Kautsky seine Ansicht dahin, die „Neue Zeit“ müsse Organ des strengen Marxismus bleiben. Als ich mich dagegen wandte und schrieb, sie müsse auch der Kritik Raum geben, da bekam ich folgende Antwort unter dem 30. August 1897 von Kautsky:

„Was nun den strengen Marxismus anbelangt, so hätte ich das Wort öffentlich kaum gebraucht, aber Dir gegenüber durfte ich mir die Abbeugung wohl erlauben. Ich meinte selbstverständlich nicht strenges Festhalten an allen Resultaten, zu denen Marx und Engels gekommen; das wäre das Gegenteil von Marxismus. Ich betraute vielmehr die „Neue Zeit“ vornehmlich als Organ der Kritik und zwar der Selbstkritik, und gerade diese ihre Eigenschaft ist es, die uns so viel Feinde macht.“

Nachher ist mir zum Vorwurf gemacht die Selbstkritik, die ich geübt habe. (Oho!) Ja wohl, das ist mir zum Vorwurf gemacht, und fortwährend reitet alles darauf herum. Auch in den letzten Parvus-Artikeln wird so getan, als ob ich nur fortwährend an den Grundfragen der Partei herumäufele. Zeigen Sie mir doch Artikel, wo ich fortgesetzt herumäufele. Es wird einfach eine Legende geschaffen, wie die andere Legende, daß ich, sobald ich etwas gesagt habe, mich zurückziehe und das Gesagte bestreite. Das ist nicht der Fall. Ich habe an den Stuttgarter Parteitag eine Einsetzung geschickt, in der ich mit klaren Worten oder, wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ sagt, mit musterhafter Präzision meine Anschauungen in kurzen Sätzen entwickelt habe. Ich habe neulich erklärt, daß das, was ich da gesagt habe, noch heute meine Anschauung ist und daß das die Grundlage meines Wirkens bildet. Zum Hannoverischen Parteitag sandte ich einen Brief an Auer über meine Stellung zu den gegen mich erhobenen Anklagen. Ich habe Auer anheimgestellt, davon Gebrauch zu machen. Er hat es nicht für nötig gehalten, den ganzen Brief vorzulesen, sondern nur mitgeteilt, daß ich geschrieben habe, mit einem störenden Satz könnte ich die Resolution gut unterschreiben. Das störende Satz ist natürlich ein sehr bedauerlicher Begriff, es kann zu einem ganzen Salzberg werden. Ich habe unmittelbar nach dem Hannoverischen Parteitag im „Vorwärts“ eine Erklärung veröffentlicht, die Bebel vorher gelesen hatte, in der ich ganz genau sagte, wie ich zu der Resolution stehe. Bald darauf erfolgte gegen mich ein neuer Angriff in der „Neuen Zeit“. Darauf habe ich wieder einen Artikel in der „Neuen Zeit“ geschrieben und präzisiert, warum und wie weit ich die Resolution beibehalten kann. Was ich geschrieben und erklärt habe, dazu siehe ich, ich nehme nichts davon zurück. Wenn Sie eine theoretische Debatte haben wollen, bin ich sehr gern erbötig, meine Anschauungen zu begründen. Aber die theoretischen Debatten sollen hier ein Ende nehmen, also lassen Sie es dabei bewenden; in den Zeitschriften wollen Sie sie ja wohl nicht unterbrochen haben.

Ich habe ferner wiederholt meine Stellung zum Parteiprogramm präzisiert. Sie werden in diesen Tagen den Programm-Entwurf der österreichischen Genossen gelesen und da bei einem Vergleich mit dem Erfurter Programm gefunden haben, daß im österreichischen Entwurf jedenfalls zwei Punkte in einem Sinne geändert sind, der mir beweist, daß den österreichischen Genossen diese theoretischen Sätze des Erfurter Programms nicht mehr richtig erscheinen. (Sehr wahr!) Und das sind gerade die Punkte, in denen auch nach meinen Ausführungen das Erfurter Programm der Kritik zugänglich ist? Fürchten Sie davon eine Gefahr für die Bewegung? Nein! Es ist wiederholt gesagt worden, ich sollte doch ein neues Programm ausarbeiten. Ja, glauben Sie denn, ich sei in den drei Jahren, seit ich nicht mehr die Leitung des Redaktions der „Neuen Zeit“ genieße, so unfähig geworden, daß ich nicht mehr ein mir richtig erscheinendes Programm aufsetzen könnte? Aber ich habe wiederholt erklärt, zur Abfassung eines neuen Programms ist die Zeit dann gekommen, wenn in der Partei allgemein die Ansicht verbreitet ist, wir brauchen ein neues Programm. So lange aber gilt das bestehende Programm als ein Faktum in der Parteientwicklung. Ob da irgend ein theoretischer Satz nicht die korrekte Form hat, darauf kommt es weniger an. Die Hauptsache sind unsere Ziele und praktische Forderungen sind die allgemeinen Grundzüge, die jeder von uns anerkennt. Würde ich sie nicht mehr anerkennen, dann würde das für mich die Ursache sein, meinen Austritt aus der Partei zu erklären. Nichts im Programm ist durch meinen Vortrag in Frage gestellt worden. Ebenso gut könnten Sie sagen, durch Kautsky's Agrarschrift werde der Satz im Programm in Frage gestellt, der vom Verschwinden der Kleinbetriebe auch in der Landwirtschaft spricht. Nun behalten wir das Programm aber doch und behalten es so lange, bis es der Partei zweckmäßig erscheint, das Programm zu ändern. Ich stelle einen solchen Antrag nicht.

Ich wollte Ihnen eigentlich einen Bericht geben über meine Tätigkeit, seit ich wieder zurück bin. Außer diesem Vortrage ist nichts demängelt worden. Nun wird mir vorgeworfen, daß die Studenten eine Ovation bereitet und mich mit Beifall überhäuften hätten. An dieser Versammlung haben eine große Zahl Nicht-Angehörigen teilgenommen, die der Partei angehören. Wenn Sie wissen wollen, wie der Geist der Versammlung war und in welchem Sinne mein Vortrag verstanden wurde, so hören Sie: am entschiedensten war der Beifall, als ich den Versuch eines Freireinigen, aus meinem Vortrag Kapital zu schlagen, zurückwies. Die Genossen Heine und Heinrich Braun, die in der Versammlung waren, werden es mir bestätigen. (Seine: Ist wahr.) Das muß ich hervorheben, weil behauptet worden ist, ich sei mit meinen Vorträgen zu den Gegnern gegangen. Die Versammlung war durchaus nicht danach angehan, die Sache der Socialdemokratie zu schädigen. Ich verahre mich auf das entschiedenste gegen die Auslegung, die Bebel meinem Vortrag gegeben hat. Sie können, ich hoffe, Sie werden es nicht thun, diesen Resolutionen zustimmen. Ich hoffe es nicht meinetwegen. Aber die Partei sollte nicht ein solches Zeichen der Schwäche geben. Es darf nicht von uns gesagt werden, wir fürchten jede Diskussion.

Ich habe gesagt, ich würde den Namen kritischer Sozialismus vorziehen, natürlich im Sinne wissenschaftlicher Kritik. Ich habe schon einmal den Genossen Labriola citiert. Auch er hält den Ausdruck: kritischer Kommunismus für richtiger, als das Wort „wissenschaftlicher Kommunismus“. Auch ein Schriftsteller, der in der „Neuen Zeit“ gegen mich polemisiert hat, sagt: „Der Name wissenschaftlicher Sozialismus soll nicht sagen, daß wir schon im Besitz der letzten Wahrheit sind. Es ist ein Ausdruck der bescheidenen Selbstbeschränkung, daß wir die Wahrheit erforschen wollen.“ Das ist ganz meine Ansicht.

Glauben Sie nicht, daß die Bewegung unter der Kritik Schaden leiden kann. Sie zieht ihre Kraft aus dem Klassenkampf, aus den Zuständen, unter denen die Arbeiter leiden müssen. Wie oft sind wir gezwungen gewesen, einen Satz im Programm zu ändern und wir sind doch gewachsen von Jahr zu Jahr. Ich schlage den Wert der Diskussion nicht gering an. Erinnern Sie sich, welcher Jörn manchen Genossen erfüllte, als Engels den Marx'schen Brief zum Gothaer Programm veröffentlichte. Wie schnell ist das alles überwinden worden, wie wenig hat es uns geschadet, wie ist dadurch für eine fruchtbare Diskussion Thor und Thür geöffnet worden. Lassen Sie sich nicht durch das Geschrei der Gegner verlocken, der Kritik soweit sie von Genossen und in guten Treuen erfolgt, irgendwie Fägel anlegen zu wollen. Denken Sie an das Bild der Reformatoren, in der einen Hand die Bibel, in der andern das Schwert. Wir sprechen von der Bibel der Arbeiterklasse, vom „Kapital“. Gerade Marx hat den Sozialismus durch, aus kritisch aufgefaßt. „Kritik der politischen Ökonomie“ steht auf der ersten Seite des „Kapital“. Halten Sie fest am Grundsatz der freien Kritik. Lassen Sie sich nicht von den Gegnern verblenden. Nehmen Sie nicht eine Resolution an, die mich persönlich momentan in eine unangenehme Lage bringen könnte, die aber vor allem der Partei nicht diejenige Ehre macht, auf welche sie Anspruch hat. (Bravo.)

Singer

stellt das Einverständnis des Parteitag damit fest, daß für diesen einen Punkt die Beschränkung der Redezeit aufgehoben wird.

Heine-Verlin:

Die letzten Ausführungen Vernsteins haben so große und bedeutende Fragen aufgeworfen, daß ich es fast peinlich empfinde, die Versammlung auf den viel kleineren Anfang der heutigen Debatte zurückzuführen. Schon der erste Streit um Vernstein ist meiner Meinung nach mit viel mehr Verdorft geföhrt worden, als unbedingt notwendig war. Der zweite, der im Vergleich zum ersten ein Zwerg ist, zwang nun erst recht nicht zu irgend welcher Erregung. Bebel hat schon gesagt, daß gerade ich gegen den Vernsteinschen Vortrag polemisiert habe. Ich habe mich gegen ihn gewendet, weil ich sachlich nicht mit ihm einverstanden bin. Ich habe ihn so verstanden, daß er meint: die sozialistische Theorie ist keine Wissenschaft und kann es auch nicht sein. Vernstein hat mich berichtigt und auf seinen Schlußfolgerungen hingewiesen, worin er das Postulat der Wissenschaftlichkeit an die Socialdemokratie stellt. Ich muß mich schuldig bekennen: ich habe den verstandenen Halbtag übersehen. Aber das ist ja gerade das Maß, das ein so wesentlicher Gedanke sich an einer Stelle am Schluß verbirgt, wo er so leicht übersehen werden kann, ein Gedanke, der, Vernstein nehme es mir nicht übel, im Widerspruch zu dem übrigen Inhalt steht. (Sehr richtig!) Sie sehen, so sehr ich Vernstein in vielen Punkten recht gebe, so sehr ich ihn schätze, Vernstein und ich bilden keine Versicherung auf Gegenseitigkeit zu Lobeserhebungen, daß wir in den uns zur Verfügung stehenden Blättern einander erzählen, was für vorzügliche Kerle wir wären und wie prächtig wieder unser letztes Buch geraten sei. (Heiterkeit.) Nein, wir bilden keine geschlossene Masse, jeder nimmt sich das unbedingte Recht der Kritik heraus. Die Gerechtigkeit erfordert hinzuzufügen, daß Vernstein unter Wissenschaft etwas versteht, was gemeinsam nicht darunter verstanden wird. Er meint: nur die Forschung, die die unter den gegebenen Verhältnissen mögliche Wahrheit erreicht und lehrt, sei Wissenschaft. Das halte ich für falsch. Denn dann gäbe es zur Zeit eine Wissenschaft überhaupt nicht. Die unzähligen Ideen und Hypothesen, mit denen sie arbeitet, enthalten nur Teilwahrheit. Indem Vernstein das aber sagt und einen anderen Begriff der Wissenschaft zu Grunde legt, als es andre thun, verliert seine ganze These, daß die Partei nicht eine Partei der Wissenschaftlichkeit sei, ihre Bedeutung. (Sehr richtig!) Und wenn behauptet wird, er hat die Grundlage unseres Programms untergraben, so sage ich: Nein! Er erklärt nur, daß unsere Theorie nicht Wissenschaft in dem von ihm unterlegten Sinne sei. Daß aber unsere Theorie Wissenschaft ist in dem andern Sinne, nämlich in dem Streben nach der Wahrheit, das bestreitet er nicht, und in dem Sinne ist auch der Satz von dem „Postulat“ gemeint, der an dem Ende seines Aufsatze steht. Ich bin nun der Meinung, daß Wissenschaft in dem Sinne, wie ich es verstehe, weil sie gutgläubig und mit bestem Wissen und Sorgfalt behätigtetes Streben nach der Wahrheit ist, auch die Kritik verträgt; und was Vernstein vorgelesen hat aus einem Briefe Kautsky's, das trifft durchaus den Kern der Sache, daß der Sozialismus an sich selbst Kritik üben muß, und Kautsky hat ja erklärt, daß das auch heute noch seine Meinung ist. Wenn nun unsere Theorie Wissenschaft in dem Sinne ist, den ich damit verbinde, dann — und das möchte auch ich Hoffmann sagen, dann ist es erst recht notwendig, daß für diese wissenschaftliche Forschung keine Grenze gezogen wird, nach keiner Seite, dann ist es ein großes Unrecht, von Vernstein zu verlangen, er solle seine Unterwählung, wie man es nennt, einzustellen. Man darf einen Forscher nicht mundtot machen; das hat Vernstein vom Standpunkt des höchsten sittlichen wissenschaftlichen Ernstes am Schluß seiner Rede hier so ausgeführt, daß ich verzichtete kam, darauf neu einzugehen.

Vernstein hat nun aber auch die Aufgabe dieser Wissenschaft im Verhältnis zu unser politischer Praxis formuliert; und da hat er nach meiner Meinung ganz richtig gesagt, daß unsere Wissenschaft die Aufgabe habe, unsere Praxis vor falschen Wegen zu warnen und sie auf den richtigen Weg zu führen. Da bin ich ganz seiner Meinung. Es kann nur ganz exakte Beobachtung, nur Forschung mit wissenschaftlichen Methoden zeigen, ob wir auf dem richtigen Weg sind; mir sie kann und lehrt, die Nachmittel der Segner und unsere eigenen richtig einzuschätzen. Aber das ist die Hauptsache, die Vernstein wohl auch hat sagen wollen und die ihm den Anstoß zu dem Artikel gegeben hat: so groß und tief und umfassend die Aufgabe der Wissenschaft in dieser Beziehung ist, der Effekt ist nicht ganz so groß (Sehr richtig!), ihre praktische Wirkung ist viel kleiner. Wir entnehmen der Wissenschaft wohl manches theoretische Mißzeug, aber in Wahrheit lernen wir mehr aus der Praxis. (Lebhafte Zustimmung.) Ich gehöre nicht zu den Verfeinern der Wissenschaft; ich wünsche beileibe nicht, daß die Socialdemokratie den Namen „wissenschaftlicher Sozialismus“ ablege. Wir würden uns damit ein Kennzeichen anstellen, wir würden einen großen Teil des Erbes von Karl Marx aufgeben. Deshalb bin ich auch gegen den von Vernstein vorgeschlagenen Namen „kritischer Sozialismus“, aber überschätzen wollen wir das auch nicht, und ich glaube fast, daß wir dies überschätzen. Ich habe früher auch zu den Gläubigen der Wissenschaft gehört, aber wenn mich jetzt etwas darin bedenklicher macht, dann ist es das, daß zwei so ernste Männer, die es so treu und ehrlich mit der Partei meinen wie Vernstein und Kautsky, die in der Praxis meiner Ueberzeugung nach keinen Streit haben, sich jahrelang in solchen theoretischen Streitigkeiten befinden, durch die die Partei wirklich leiden kann. Das sind die Gefahren der Theorie.

Dann aber der zweite Punkt. Bebel hat Vernstein den Vorwurf gemacht, daß er in dieser Studentenversammlung gesprochen habe. Man hat sogar davon gesprochen, er gehe zu Gegnern und greife die Partei an. Ich kann nur das eine sagen: ich bin in der Versammlung gewesen, habe die Rede gehört und habe — Vernstein hat das ganz richtig behauptet — den Eindruck mitgenommen, daß das eine Propaganda für die Socialdemokratie gewesen ist, natürlich in der Form dem Orte entsprechend. Reiner hat das Gefühl gehabt, daß er die Socialdemokratie hat unterwählen wollen. Dann das, was die national-socialen Blätter gegen uns geschrieben haben! Und da möchte ich gegen diese Art der Polemik, die die National-socialen gegen uns führen, einmal etwas sagen, da ich ja auch zu den Leidtragenden gehöre. (Heiterkeit.) Diese National-socialen kommen mir vor, wie ein von einem Professor aus tausend Kläppchen und Piolen zusammengefügter Homunkulus (Heiterkeit), und darum paßt auch auf sie, was Nephisto von dem Homunkulus sagt: „So klein Du bist, so sehr bist Du Phantast!“ (Sehr gut!) Es ist eine durchaus phantastische Politik, die die National-

sozialen betreiben wollen. Sie haben zwei Angelpunkte. Der eine heißt: den Kaiser gewinnen, und dieser soll dann mit seinen ungläublichen Machtmitteln den gegenwärtigen Staat umstürzen und einen sozialen Staat errichten. Der andere Verhältnis in Deutschland kennt, weiß, daß das eine Phantasterei ist. Aber das zweite ist wichtiger: sie haben es sich in den Kopf gesetzt, die Socialdemokratie zu spalten oder — wie Gradnauer sehr richtig gesagt hat — sie auseinanderzuloben. Mit echter Phantasterei gehen sie folgenbermaßen vor: Es giebt ja in der Partei Leute, die den Vorzug genießen, von irgend jemand einmal mit dem Namen „Opportunist“ behaftet worden zu sein, der die fatale Eigenschaft hat, daß der, dem er einmal um die Ohren geschlagen ist, zeitweilig damit behaftet bleibt (Heiterkeit), ein Name, der, wenn es so weiter gehandelt wird, namentlich wie es Parvus thut, auf dem besten Wege ist, ein Ehrenname in der Partei zu werden. (Sehr wahr!) Nun weiter! Wer einmal nur in der Lage ist, als Opportunist bezeichnet worden zu sein, von dem denken die National-socialen, sie könnten ihn von der Partei abtreiben, wenn sie von ihm bei jeder Gelegenheit erklären: der gehört eigentlich zu uns, oder: das ist ein ganz famosere Kerl: der hat völlig recht usw. (Heiterkeit.) Na, ich gehöre ja auch zu den Genossen, die sich den Jörn eines Gewaltigen zugezogen haben, weil sie nicht der Meinung sind, daß man nächsten durch eine große Revolution, durch politische Massenstreiks die Gewalt bekommt und dann in drei Monaten die socialdemokratische Gesellschaft fix und fertig aufrichtet. Damit kein Falscher sich getroffen fühlt, will ich gleich sagen, daß ich mit dem „Gewaltigen“ Herrn Parvus meine. (Heiterkeit.) Und da haben es die National-socialen auch mit mir so gemacht: In jeder Versammlung, wo ich sprach, ist einer von der Gesellschaft gekommen und hat gesagt: Der Heine gehört eigentlich zu uns. Nun, ich habe mir das erste Mal Herrn v. Gerlach persönlich vorgenommen, der ein guter Bekannter von mir ist und habe gesagt: „Mein lieber Gerlach, was denken Sie sich denn eigentlich dabei? Habt Ihr noch nicht genug Führer und keine Leute dahinter?“ „D.“ sagte er, „wir wissen aber, daß dann ein großer Teil der Arbeiter mitgeht.“ (Heiterkeit.) Sie sehen, er bestreitet es gar nicht. Ich habe gar keine Veranlassung, das zu verschweigen, denn ich habe es nicht von ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit sagen lassen. Einige Monate später sagte Herr Maurerbrocher die Kritik fort; da habe ich ihm vor meinen versammelten Parteigenossen daselbe gesagt und ihm gesagt, für wie kindlich ich das halte, und habe es mir eigentlich verboten, so Zwittertracht in unsere Reihen säen zu wollen. Aber was würden sie erreichen, wenn es ihnen wirklich gelänge, mich aus der Partei heraus zu drängen? Nun, dann hätten sie einen Mann weniger, aber die Partei bliebe doch dieselbe wie früher. (Beifall.) Das ist meine Ansicht, und seitdem hat wenigstens Maurerbrocher, den ich für einen ehrlichen Kerl halte, mit diesen Versuchen aufgehört.

Sehen Sie, Genossen, so muß man es machen. In aller Ruhe muß man den Leuten heimlich und sich nicht aufregen lassen. Jetzt wieder in der letzten Nummer der „Lise“ sind einige Persönlichkeiten gegen meine Freunde und mich: da wird gesagt, wir wählten seit einem oder zwei Jahren im Marxismus herum. Ich habe in meinem Leben nicht im Marxismus herumgewühlt, ich stehe fest auf dem Boden des Marxismus; aber es fällt mir nicht ein und es würde mir auch heut nicht eingefallen sein, ein Wort dazu zu sagen, wenn mich die Ausführungen Bebel's nicht dazu veranlaßt hätten. Singer hat sich in München — und ich bin ganz froh, daß ich Gelegenheit habe, das zu sagen — durch die Angriffe eines solchen national-socialen Schwadroniers ins Wackern gegen mich lassen, daß er den Leuten den Gefallen gethan hat, das Wesen der Spaltung an die Wand zu malen. Ja, das wollten die Leute gerade. (Heiterkeit.) Sie sind den Leuten auf den Leim gegangen. Mir thut es nicht wehe, denn meine Genossen in Berlin wissen ja, wie ich zu diesen Dingen stehe, aber den Leuten hat es Freude gemacht.

Bebel sagt, wir sollten nicht auf die „Frankfurter Zeitung“ hineinfallen. Aber die „Frankf. Ztg.“ ist nun doch einmal ein Weltblatt, während die „Welt am Montag“ ein ganz untergeordnetes Organ ist (Heiterkeit!), das keinen Leserkreis vertritt, sondern nur einen kleinen Kreis von Literaten, die es ja vielleicht ganz gut meinen, aber Phantasten sind. Ich gebe zu: Ruhe ist Temperamentsfrage, und wir alle lieben unsern Bebel wegen seines Temperaments, wegen seines Feuerfeuers, wir wissen, daß die Partei solcher feurigen Seelen bedarf. Aber Bebel wird es mir nicht übel nehmen, daß ich, der ich nun das gerade entgegengesetzte Temperament habe, der Meinung bin, man könne die Sache auch anders behandeln und daß Sie hier, wo es gilt, den Gegnern der Partei die Suppe zu versalzen, viel besser thun, die kindlichen Intrigen zu ignorieren, und deshalb kann ich auch nicht finden, daß der „Vorwärts“ unrecht gethan hat, wenn er auf den Artikel der „Welt am Montag“ über den Vernsteinschen Vortrag nicht sofort angebissen hat.

Und nun noch ein Wort zu der von Vernstein angestellten Frage. Ich sagte ja schon, daß ich der Meinung bin, man habe mit der Vernstein-Theorie schon etwas mehr Zeit verbraucht — ich meine nicht heute, sondern überhaupt in den ganzen letzten Jahren — als unbedingt notwendig wäre. Die neue Frage, die Vernstein jetzt angeregt hat, betrifft ja nicht bloß Theorie, sondern sie behandelt die Theorie der Theorie (Lebhafte Zustimmung), und ich bin wirklich der Ansicht, daß wir eine Diskussion darüber ablehnen könnten. Ich, Parteigenossen, bin, wie die Dinge heute liegen und vermuthlich noch auf lange Jahre hinaus, gegen jede Programmänderung; ich kenne auch keinen Menschen, der eine Aenderung beantragt hat. Ich lege Programmen überhaupt keinen so großen praktischen Wert bei; die Hauptsache ist die praktische Arbeit. Stellt Vernstein, stellt jeden von uns vor praktische Arbeit, vor bestimmte Fragen, dann wird sich zeigen, daß wir alle einig sind. Das ist ja die Natur der Theorie, daß sie die Leute von einander entfernt, und die Natur der praktischen Arbeit, daß sie die Leute zusammenbringt, daß sie das, was auseinander reißt und auseinander drückt, zusammenbringt zum gemeinsamen Handeln; und da wir eine Partei nicht des Redens und theoretischen Denkens, sondern des praktischen Handelns sind, und da uns wirklich Aufgaben genug vorliegen, die ein praktisches Arbeiten erfordern, da mag jeder theoretisieren, soviel er will — das steht ja uns Deutschen im Blute —, aber wir in der Diskussion und in den dem öffentlichen politischen Tageskampf gewidmeten Parteiblättern sollten die Dinge mit etwas mehr Gleichgültigkeit behandeln, sollten etwas mehr auf die praktische Arbeit sehen, dann werden wir alle einig sein. (Stürmischer Beifall.)

Gradnauer:

Der die Thätigkeit, die Vernstein seit seiner Rückkehr aus England in Berlin und weiter hinaus ausgeübt hat, verfolgt, der wird ihm nicht abstreiten können, daß er nicht gesucht hat, in umfassender Weise seine kritischen Vermutungen, seine Urtheile, wie ich es nennen möchte, über programmatifische Fragen in die Partei hinauszutreiben und die Partei, die in diesen Dingen mir gefälligst erscheint, noch weiter unnötig damit zu besetzen. Vernstein hat in Reich und Glied mit andren Genossen in seinem eignen und andren Wahlkreise gewirkt. Seinen Vortrag in der Socialwissenschaftlichen Studentenvereinigung allerdings habe ich von vornherein für eine Thorheit gehalten. Allerdings glaube ich, man kann diesen Fehler, den er in seiner besondern Stellung nicht hätte begehen sollen, verstehen, wenn man daran denkt, daß für ihn die Verhältnisse neu sind; wenn man ferner daran denkt, daß auch ganz andre Genossen bereit gewesen sind, in demselben Studentenverein zu sprechen — ich nenne nur Franz Wehring; was dem einen recht ist, mag dem andern billig sein. Ich verstehe aber auch die Empfindungen, die der Berliner Resolution zu Grunde liegen, die eine Einschränkung der Vernsteinschen Kritik erstrebt. Sofern es an uns liegt, die Kritik irgendwie zu beschränken, so kann man über die Art der Kritik, die der einzelne übt, allerdings sehr verschiedene Meinungen sein, und ich sehe gar nicht an zu erklären, daß mir persönlich diese Kritik Vernsteins von dem Parteiprogramm und Vorkommnissen in der Partei keineswegs eine besonders glückliche und förderliche gewesen zu sein scheint. Sie hat mit Notwendigkeit Gegen-

früher heraufbefördert und ich glaube, daß diese Gegenkritik, die in-
sonderheit von der „Neuen Zeit“ geübt worden ist, klärend gewirkt und
vielleicht richtiggestellt hat, was Bernstein zu bemängeln versuchte. Aber,
Genossen, man kann doch nicht in Bausch und Bogen solche Dinge
behandeln. Manches, was Bernstein angezogen hat, ist heute
beinahe Gemeingut der Partei geworden; ich erinnere nur
an die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtags-
wahlen. Also ich bitte die Genossen, nicht so zu verall-
gemeinern; wir müssen die einzelnen Fragen und An-
regungen prüfen, aber nicht in dieser generalisierenden Weise über
einen Genossen aburteilen, wie es vielfach geschieht. Ich
glaube, die ganze Art, wie diese Diskussionen bei uns gepflogen
worden sind, ist für die Partei schmerzhaft und bedenk-
lich gewesen, als die einzelnen kritischen Versuche
Bernsteins. Die Art und Weise, wie in diesen Kämpfen verfahren
worden ist, ist nicht immer diejenige gewesen, die zum Vorteil und
zum Frieden in der Partei führt. Wir haben erst in der aller-
letzten Zeit solche Polemiken von Paris in der „Neuen Zeit“ ge-
lesen.

Es ist darüber gellagt worden, daß der theoretische Sinn in
unsern Arbeiterkreisen abgenommen habe; gerade Kautsky hat diese
Klage ausgesprochen und ich stimme mit ihm überein. Nichts scheint
mir mehr bedauerlich zu sein, als daß tatsächlich die Lust an der
Theorie, an der wissenschaftlichen Diskussion zurückgegangen ist. Aber
die tiefere Ursache scheint mir darin zu liegen, daß man bei uns
nicht mehr versteht, ruhig und sachlich zu diskutieren (Seht wahr!),
sondern daß unsere Kämpfe im höchsten Maße vergiftet werden durch
persönliche Invektiven und durch Verallgemeinerungen, deren sich
z. B. Webel auch gegen die Parteipresse bedient hat.

Sobiel über diese allgemeinen Dinge. Ich komme zu dem, was
Webel angeführt hat. Meine Ausführungen, sagte er, waren ihm
eine willkommene Gelegenheit, sein Herz auszusprechen und die Galle,
die sich bei ihm schon lange angesammelt hat, los zu werden. Mit
seinem lebendigen Temperament und seiner Leidenschaftlichkeit hat
Webel ein Verdikt über den „Vorwärts“ und die andern Partei-
blätter ausgesprochen, aber der Inhalt, der sachliche Kern dessen,
was er gesagt hat, ist außerordentlich dürftig. Er sprach von der
Behandlung des Falles Millerand. Ich erinnere ihn daran, daß
der „Vorwärts“ einen Korrespondenten in Paris hat, der ihn seit
langen Jahren über die französischen, schwer zu behandelnden
Angelegenheiten in der vorzüglichsten Weise unterrichtet
hat und der auch für die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Sächsische
Arbeiterzeitung“ korrespondiert. Nun ist ein Beschluß einer einzelnen
Departements-Organisation in Frankreich nicht im „Vorwärts“ ver-
öffentlicht worden, der seine Spitze gegen das Ministerium Millerand
richtete, und die Nichtaufnahme dieses einen Beschlusses hat Webel
gesagt, als eine der großen Sünden des „Vorwärts“ anführen zu
sollen. Wie lag denn die Sache? Unser Korrespondent hatte
uns nichts darüber mitgeteilt, die Quelle Webels war die
„Wiener Arbeiterzeitung“. Wir haben in Berlin keine Kontrolle darüber,
ob das, was in der „Wiener Arbeiterzeitung“ über französische Dinge
steht, ohne jede Prüfung von uns übernommen werden kann; wir
haben ferner Bedenken gehabt, ob wir die Resolution aufnehmen
sollten, weil wir der Meinung waren, daß jene Organisation
schon früher zu den antiministeriellen erzählt hatte, und
daß ein Beschluß derselben nichts weniger als von Bedeutung
gewesen wäre. Auf jeden Fall handelt es sich doch nur um eine
Frage sehr geringer Bedeutung. Webel selbst hat bestätigt, daß
wir, nachdem er den Wunsch ausgesprochen hat, die Resolution ver-
öffentlichen zu lassen, dann ist uns zum Vorwurf gemacht worden,
insbesondere auch von Hoffmann, daß wir in jene Versammlung des
Socialwissenschaftlichen Studentenvereins keinen Berichterstatter en-
tsendet haben; das soll wieder so eine Art Vertuschungssystem
gewesen sein. Nein, die Sache liegt anders. Der Social-
wissenschaftliche Studentenverein hat mit uns nichts zu thun. Wir
scheiden niemals einen Berichterstatter in seine Versammlungen,
wie werden nicht im „Vorwärts“ angezeigt. Wir haben es nicht für
nötig gehalten, deshalb, weil nun Bernstein dort sprach, ein großes
Weisen davon zu machen. Ja, wer sich auf jedes Wort
Bernsteins wie auf einen fetten Bißsen stürzt und sucht,
ob sich Bernstein da etwas anhängen läßt! — Wir aber
haben nie auf dem Standpunkt gestanden, Bernstein irgend eine
Ausnahmestellung in der Partei einzuräumen. Darum haben wir
eben so wenig wie wenn ein andres dort gesprochen hätte, zu seinem
Bericht einen Berichterstatter hingeschickt. So lag die Sache; von
irgend einer Schuld kann nicht geredet werden.

Webel hat uns dann den Vorwurf gemacht, wir hätten die
Resolutionen in den Versammlungen Singers in München und Woll-
nubers in Hamburg nicht veröffentlicht. Ich kann augenblicklich nicht sagen,
ob Webel nicht vielleicht hier etwas übersehen hat. Ich weiß positiv,
daß die Singersche Resolution und Rede ausführlich im „Vor-
wärts“ mitgeteilt ist. Nicht genau weiß ich es bezüglich Woll-
nubers. Soweit aber weiß ich, daß unser Redacteur auf
diesem Gebiete durchaus objektiv und gewissenhaft ist und die ganze
Halbung des „Vorwärts“ zeigt, daß wir unbeeinträchtigt von rechts
und links durch sogenannte radikale und sogenannte opportunistische
Strömungen die Berichterstatter besorgen, wie es unsere Pflicht ist.
Was ferner Webel von angeblichen Niederlagen gegenüber der
„Welt am Montag“ sagte, ist ebenso neu wie unverständlich.
Vor allem aber wundert mich, daß Webel über sein Verhalten in unserer
Redaktion bei Besprechung der Behandlung des Bernsteinschen Vortrags
über das wichtigste so leicht hinweggeglitten ist. Dessen erinnere ich mich
mit voller Bestimmtheit, daß damals Webel am Schluß unserer Ver-
sammlungen gegen unsere Haltung mindestens in keiner Weise protestiert
hat, damals hat er die Sache ohne jede Erregtheit behandelt und
er ist in gutem Frieden von uns gegangen.

Und darum möchte ich zuletzt bitten: Man möge keine solchen
allgemeinen Anschuldigungen gegen uns erheben, daß wir nicht
Stellung zu Parteifragen nehmen. Ich nehme für den „Vorwärts“
in Anspruch, daß er zu allen Parteifragen Stellung genommen
hat und daß weiter ihm wird trotz der schwierigen Situation, in
der sich die Redaktion befindet. Man erhebe keine allgemeinen An-
schuldigungen oder man suche sie zu beweisen. Webel hat keinen
Beweis erbracht. Es mag sein, daß Webel in dieser oder jener
Beziehung die Stellungnahme des „Vorwärts“ nicht gefallen
hat; wir können den „Vorwärts“ nicht so redigieren, daß
er stets und immer gerade Webels Anschuldigungen entspricht. Wir
haben die Pflicht, die Gesamtpartei zu vertreten, in der sich verschiedene
Richtungen und Meinungsäußerungen finden, und da haben wir
nicht in so Schroffer, erregter Weise unsere Meinungen zum Ausdruck
zu bringen, sondern ruhig und sachlich, in einer Art und Weise, die
nicht dazu dient, die Partei auseinanderzutreiben, sondern die dazu
führt, sie zu einigen und das feste Band, das uns bisher un-
schlingeln hat, zu erhalten.

Hierauf wird die weitere Debatte verlagert.
Singer (persönlich): Da die Rednerliste sehr lang und ich nicht
weiß, ob meine Wortmeldung es mir ermöglicht, zu Ihnen in der
Frage selbst zu sprechen, bedauere ich mich heute auf eine persön-
liche Bemerkung zu den Ausführungen Heines. Er meinte, ich hätte
mich in München von den Gegnern ins Wodshorn jagen lassen und
hätte von einer Spaltung der Partei gesprochen. Heine kann
natürlich das, was ich in München gesagt habe, nur aus den Ver-
richten kennen. Darin ist aber, soweit ich es verfolgt habe, etwas
nicht enthalten gewesen, was, wenn es Heine gewußt hätte, ihn
wahrscheinlich veranlaßt hätte, seine Bemerkung nicht zu
zu machen. Ich habe nämlich in München unter längerem
Ausführungen über die Bernsteinschen Artikel und Vorträge erklärt,
indem ich diese Bestrebungen beurteilt habe, es sei dafür geortet,
daß die Bernsteinschen Bäume nicht in den Himmel wachsen; wenn
es aber der Fall sein sollte, dann wäre mir lieber — nun kam die
Bemerkung — eine kleinere Partei, die aber aus Leuten bestände,
die energisch das, dem sie sich einmal zugewandt haben, vertreten,
als das ewige Schwanken von einem zum andern.

Heine: Ich gebe zu, daß ich den Vorfall in München nur aus
dem Bericht gekannt habe, aber heute durch Singer mehr erfahren habe
und genauer informiert bin. Aber weshalb gerade ich da hinein-
gezogen bin, habe ich noch nicht erfahren und auch nicht, was meine
Bemerkungen im ganzen, soweit sie die Sache betreffen, ändern könnten.

Dagegen nehme ich keinen Anstand, zu erklären, daß, wenn ich das
gewußt hätte, was Singer jetzt sagte, ich in der Form vielleicht
etwas zurückhaltender gewesen wäre.

Lebedour: In der Versammlung im 6. Wahlkreise, die die
Resolution gegen Bernstein sagte, war ich nicht anwesend, ich machte
eine Agitationsreise durch die Schweiz.

Bernstein: Die Versammlung, die ich im Auge hatte, war
allerdings 14 Tage vorher.

Lebedour: Die war im vierten Wahlkreise, war mir erst kurz
vorher mitgeteilt worden und ich konnte Bernstein gar nicht in einer
Privatgespräch vorher davon unterrichten.

Singer erklärt, daß der Parteitag die Einladung des Lokal-
komitees zu einer Dampferfahrt am Donnerstagnachmittag mit Dank
annimmt.

Morgen abend ist Kommerz.

Singer: Wie werden also, wie bereits in Aussicht genommen,
morgen mit der geschlossenen Sitzung beginnen und dann erst die
heutige Diskussion fortsetzen.

Schluß 7 Uhr.

Bei den schweizerischen Arbeitern in Solothurn.

Solothurn, 22. September.

Gestern vormittag wurde im hübschen neuen städtischen Saal-
bau, einer geräumigen, hohen und freundlichen Halle, die Dele-
giertenversammlung des schweizerischen Grätli-
vereins begonnen. Die Hauptgeschäfte der Vormittags-
sitzung bestanden in der Entgegennahme der Geschäftsberichte und der Rech-
nungen des Grätlivereins, seiner Druckerei und Buchhandlung sowie
des Berichtes des Centralkomitees. Dem Bericht des Hauptvereins
für 1900 entnehmen wir, daß die Mitgliederzahl des Vereins Ende
1900 9850 betrug, die sich auf 321 Sektionen verteilten. Die letzteren
haben einen Kassenbestand von 15 086 Fr. und einen Vermögens-
bestand von 224 516 Fr.; die Bibliotheken zählen 42 834 Bände.
Die Einnahmen des Centralkomitees betragen 12 200 Fr.,
die Ausgaben 10 741 Fr., der Ueberschuß 1459 Fr., der
Hilfsfonds veranschlagt an Unterstützung von Mitgliedern 4120 Fr.,
Kassenbestand bleibt in Höhe von 5508 Fr. Die Grätli-Buchhandlung
in Zürich hatte einen Umsatz von 30 220 Fr., die Grätli-Druckerei
erzielte bei einem Umsatz von 156 886 Fr. einen Ueberschuß von
18 850 Fr. Die Berichte wurden nach kurzen Debatten genehmigt.

Sodann gelangten das Vereinsrecht und die Aus-
weisungen zur Besprechung. Die Sektion Genf beantragte,
unsern Vertretern in der Bundesversammlung den Auftrag zu er-
teilen, den Bundesrat zu interpellieren über
die Verletzungen des in der Bundesverfassung
garantierten Vereinsrechts, wie solche an mehreren
Orten vorgekommen sind, und ferner über das willkürliche Vorgehen
der Walliser Regierung, ihre Truppen in den Sold der Unternehmer
des Simplontunnels zu stellen, endlich dahin zu wirken, daß ein
Gesetz geschaffen wird, wonach keine Ausweisungen ohne richterliches
Verhör ausgeführt werden können. Nachdem der Vertreter der
Sektion Genf den Antrag begründet und Reimann-Biel den Zusatz-
antrag gestellt hatte, anfänglich dieser Debatte eine authentische
Interpretation des betreffenden Artikels der Bundesverfassung herbei-
zuführen, wurde in diesem Sinne beschlossen.

Annahme fand auch der Antrag der Sektion Grenchen, unter-
stützt von der socialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn,
den Bund zu veranlassen, unbemittelten, jedoch sehr begabten und
soliden Schweizerjünglingen an der Hand von Zeugnissen und
Empfehlungen kompetenter Schulbehörden unentgeltliche Vorkurse
zum Besuche mittlerer und höherer Schule zu gewähren, welche Vor-
schüsse dann in angemessenen Jahresraten zurückgezahlt werden
sollten. Der Antrag wurde im Sinne der weiteren Verfolgung dem
Centralkomitee überwiesen.

Sodann wurde das in Bellinzona in italienischer Sprache
erscheinende Parteiblatt „Aurora“ als italienisches Vereinsorgan des
Grätlivereins anerkannt.

In der Nachmittags-sitzung referierte Genosse Färholz-
Solothurn über die Stellungnahme des schweizerischen
Grätlivereins zur Reorganisation der social-
demokratischen Partei der Schweiz. Er gab zunächst
einen längeren interessanten geschichtlichen Uebersicht über die seit
den dreißiger Jahren zuweilen von dem Grätliverein verfolgten
Bestrebungen, die fast stets nach links tendierten. Auch der Ver-
folgungen, die der Grätliverein in den vierziger und fünfziger
Jahren zu erleiden hatte und die mehrfach zur Auflösung von
Sektionen führten, wurde kurz Erwähnung gethan. Sodann erinnerte
er daran, daß schon im Jahre 1877 der Grätliverein und der
damalige Arbeiterbund über die Schaffung einer social-
demokratischen Partei unterhandelten und daß der Plan dann aber
vom Grätliverein in der Urabstimmung verworfen wurde. Dagegen
gab der Grätliverein ein Jahr später fast einstimmig den mit dem
Arbeiterbund gemeinsam aufgestellten Programm seine Zustimmung.
Ebenso wurde im Jahre 1893 mit 4852 gegen 623 Stimmen in der
Urabstimmung die Aufnahme des Bekenntnisses zu den
Grundsätzen der Socialdemokratie in das Statut des Grätli-
vereins beschlossen. Weiter erinnerte er an die seit
Mitte der neunziger Jahre von den Genossen Wullschlegler
und Wettler gemachten Versuche zur Schaffung einer ein-
heitlichen Partei, die nun zu dem heute vorliegenden Statuten-
entwurf geführt haben. Dann wandte sich der Redner gegen die
bürgerliche Presse, die mit Verwägungen die Opposition begründete und
von socialdemokratischem Terrorismus redete, während sie alle
Ursache hätte, den Terrorismus auf ihrer Seite aus der Welt zu
schaffen, mit dem sie alle Andersgestimmten verfolgt und belächelt.
Zu den gegnerischen Einwendungen und Behauptungen übergehend,
wie er das Nutzlose derselben nach und erinnerte er
einen Ausbruch des Demokraten Scherrer-Höflemann im Rationalrat,
daß die Socialdemokratie ein notwendiger Faktor im politischen
Leben der Schweiz wie anderer Länder sei und daß die so viel ver-
lästerte Partei allen andern Parteien die neuen Gedanken und An-
regungen gegeben hat und gibt. Zum Schluß beleuchtete der
Referent den Vorwurf, daß nur einige Personen nach größerem
Einfluß strebten. Nein, nicht darum handelt es sich,
sondern um die Erringung eines gebührenden Einflusses
der schweizerischen Arbeiterkraft. Welchen Einfluß haben
doch die socialdemokratischen Parteien des Auslandes. Eine
elende Phrase sei auch der Vorwurf, daß Fremde und Ausländer
sich in unsere Parteianglegenheiten. Schließlich gab er der
Hoffnung Ausdruck, daß der heutige Tag dem Grätliverein wie der gesamten
schweizerischen Arbeiterkraft zum Wohle gereichen möge. (Stür-
mischer Beifall.)

Nun nahm das Wort der Führer der Opposition, Herr Re-
dacteur Weber von St. Gallen. Er verteidigte seinen von ihm
in der Presse ansiebig dargelegten Standpunkt, daß der
Grätliverein durch die geplante Reorganisation schweren Schaden
erleiden werde und verwahrte sich gegen den Vorwurf der Leise-
reterei. In der Sache selbst bezweifelt er, ob von der eventuellen
Durchführung der Reorganisation die erwarteten guten Folgen
eintreten werden, insbesondere ob der Grätliverein dabei irgend etwas
gewinnen werde. Eine maßgebende Stellung in der neuen Partei
werde er nicht erlangen, denn die Arbeitermengen der großen
Städte mit ihren vielen Tausenden von Mitgliedern werden in der
Leitung derselben das Uebergewicht erlangen. Noch hat
der Grätliverein viele demokratische Mitglieder, die gute
Grätlianer sind, sich aber noch nicht zur socialistischen Anschauung
durchgerungen haben; die Abstoßung dieser Mitglieder würde für
den Grätliverein keinen Gewinn bedeuten. Zum Schluß gab er der
Hoffnung Ausdruck, daß eine Form der Organisation gefunden werden
möge, die es auch den andersgestimmten Elementen möglich mache,
mitzukommen und nicht auf die Seite treten zu müssen. (Beifall.)

Hier, zwischenhinein, widmet der Präsident, Genosse Albisser-
Luzern, dem verstorbenen Genossen Rettler einen kurzen, warm-
empfindenen Nachruf und erhebt sich die Versammlung zur Ehre
des Verstorbenen von den Sitzen.

Sodann nahm das Wort Genosse Dr. Studer-Winterthur.
Er erwähnt, daß die Grätlianer des Kantons Zürich sich in fünf
gut besuchten Kreisversammlungen für die Reorganisation aus-
gesprochen haben und daß sie zweifellos ebenso einmütig in der Ur-
abstimmung dazu stehen werden. Hinsichtlich der St. Gallen Opposi-
tion fährt er fort, daß die dortigen Demokraten noch dieselbe
Entwicklung durchzuführen werden, die ihre Genossen im Kanton
Zürich durchgemacht haben. Wir haben vor den demokratischen
Offizieren alle Hochachtung, aber sie haben keine Truppen hinter
sich und wir können uns von ihnen in der Schaffung einer
starken Partei nicht hindern lassen. Sie muß geschaffen werden,
damit wir eine klare Situation haben und man weiß, was von
jedem zu halten ist. Was wir wollen, das ist nur die konsequente
Weiterführung des Schrittes von 1893. Es handelt sich für uns
heute nicht mehr um „national“ oder „international“, sondern darum,
ob wir zur internationalen Kapitalistenpartei oder zur internationalen
Arbeiterpartei gehören. Er hofft, daß die heutige Versammlung den
gegebenen Weg beschreiten und zur Schaffung einer socialdemokra-
tischen Partei kommen werde. (Stürmischer Beifall.)

Es sprachen dann noch weiter ca. 20 Redner, die meisten dafür,
kaum ein halbes Duzend, Delegierte von Landsektionen, dagegen;
von den ersten Rednern seien erwähnt Albisser-Luzern,
Seidel-Zürich, Moor-Bern, Kehler-Olten, Wull-
schlegler-Basel, Kapin-Louanne und Hof-Genf und aus
dem begeisterten, durchschlagenden Votum des Genossen Wull-
schlegler sei erwähnt der Hinweis auf das erfreuliche Wachstum des
schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der heute 28 000 Mitglieder
zählt. Während andererseits die politische Bewegung dahinter zurück-
geblieben ist, aber auf die gleiche Höhe und zu fortschreitendem Wachstum
gebracht werden muß. Die vorgeschlagene Reorganisation soll uns dahin
bringen, sie soll und wird auch den Grätliverein heben, während er
andernfalls, wenn jene ohne ihn erfolgte, an der geistigen Schwind-
sucht und politischen Einfluchtlosigkeit zu Grunde gehen würde.

Nachdem der Referent Genosse Färholz auf das Schlußwort ver-
zichtet, wurde in der mit Namensaufruf vor-
genommenen Abstimmung mit 142 gegen 6 Stimmen
die Reorganisation beschlossen. Mit Jubel wurde
dieses alle Erwartungen übertreffende Ergebnis aufgenommen und
sodann abends 8 Uhr mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf den
Grätliverein und die neue schweizerische socialdemokratische Partei
die Versammlung geschlossen.

Der noch vor Schluß der Delegiertenversammlung des Grätli-
vereins zusammengetretene Parteitag war schwach besucht und
von kurzer Dauer. Nach Genehmigung der Jahresrechnung wurde
beschlossen, für den Fall der Verwerfung des Reorganisationsplanes
durch den Grätliverein denselben ohne diesen durchzuführen und zu
diesem Zweck einen besonderen Parteitag einzuberufen, was nun
nicht mehr nötig ist.

Am Sonntagvormittag trat in demselben städtischen Saale der
Allgemeine Kongreß der schweizerischen Social-
demokratie zusammen. Vor Eintritt in die Verhand-
lungen beantragte Genosse Adolphi-Kehler-Olten die
Abstimmung eines Begrüßungs-Telegramms an
den Kongreß der deutschen Socialdemokratie
in Lübeck, was ohne Diskussion einstimmig und unter
Beifall beschlossen wurde. Sodann referierte Genosse Ober-
richter Lang-Zürich über die Reorganisation der
socialdemokratischen Partei der Schweiz. Er schilderte
einstimmig die vielen Schwierigkeiten, die der Bemerkung
des seit Jahren gehegten Planes der Schaffung einer ein-
heitlichen socialdemokratischen Partei entgegenstanden. Für
den Grätliverein, der nun an die Spitze der Partei
treten wird und der schon seit jeher politische Aktionen unternommen
allein nicht konnte, handelte es sich darum, ob er Ansehen noch rechts
oder links suchen sollte. Die Antwort haben die Verhältnisse gegeben.
Es wird nun im Grätliverein die notwendige Klarheit geschaffen und
niemand mehr zwei Lagern dienen wollen und können. In die
Verhältnisse der kantonalen Parteien werde sich die Gesamtpartei
nicht mischen. Falls sei die Auffassung, daß man nun mit den
nahelstehenden Parteien nicht mehr Hand in Hand gehen werde.
Das werde nach wie vor geschehen, und mit um so
größerem Erfolg, je selbständiger und stärker die socialdemo-
kratische Partei sei. Aufhören müsse die verwirrende
Kompromißpolitik, die die Arbeiter irre machte. Die von der
Opposition erhobenen Einwände zeigten sich mehr durch ihre ehr-
würdigen Aler als durch Originalität aus. Gute schweizerische Ge-
sinnung finde sich nicht bei unserer Bourgeoisie, sondern bei der
schweizerischen Arbeiterkraft. Jene ist es, welche das ausländische
Beispiel nachahmt und die die politische Polizei geschaffen hat, Polizei-
spiegel züchtet, das militärische Gierigkeit eingeführt hat, die
Ausweisungen und Verfolgungen der Arbeiter, die schwarzen Listen u.
zu schweizerischen Institutionen machte, also lauter Dinge, die für
die Schweiz passen, wie der Chinduhut für den Alpenländer. Er
schloß seine trefflichen Ausführungen mit der Hoffnung auf das Zu-
standekommen einer einheitlichen, starken und in ihren Zielen be-
geisternden socialdemokratischen Partei. (Stürmischer Beifall.)

Die Genossen Kapin, Abokat in Louanne, und Fetti,
Abokat in Bellinzona, sprachen sodann französisch und italienisch in
aufstimmendem Sinne.

Ferner nahm das Wort Genosse Ernst, Regierungs-
präsident des Kantons Zürich, um seinen freudigen
Empfindungen über den heutigen Tag Ausdruck zu geben, der ihm
als ein wahrer Festtag erscheine, als ein Tag von geschichtlicher Be-
deutung. Da die Arbeiterkraft kein Vertrauen mehr zu den alten
Parteien hat, mußte es endlich zur Schaffung einer einheitlichen
socialdemokratischen Partei kommen. Wünschen möchte er eine Er-
weiterung des Rahmens der Parteitage in dem Sinne, daß ihnen
alle Genossen, die danach Verlangen tragen, beizuwohnen könnten. Er
wünschte schließlich der neuen Partei Wägen und Gebeßen und Zu-
sammenschließung aller Guten im Lande. (Stürmischer Beifall.)

In gleicher Weise begrüßte die neue Partei Genossen Thiebold,
Regierungsrat in Genf. Genosse Grenchen erinnerte an
die schon im Jahre 1870 gemachten Versuche, eine schweizerische
socialdemokratische Partei zu schaffen und ferner an die vielen Opfer,
die im Laufe der Jahrzehnte gebracht werden mußten, daß dem
benötigten socialdemokratischen Kongresse ein socialdemokratischer
Regierungspräsident und ein ebensolcher Regierungsrat beizuwohnen
könnten. Die neue Partei soll für die Arbeiterklasse das Ver-
zehrungs sein, mit dem sie sich den Weg zu ihrer Befreiung bahnt.
(Stürmischer Beifall.)

Genosse Wullschlegler meinte, regierungsfähig sei die neue
Partei bereits, wir wollen aber hoffen, daß sie nie
hoffähig werde. Den Vorschlag Ernst acceptierte er in dem
Sinne, daß alle Genossen den Parteitag mit beratender Stimme
beizuwohnen können, aber nur die Delegierten stimmberechtigt seien.

In diesem Sinne wurde denn auch beschlossen. Ferner der
Beitrag an die Partei auf 10 Cts. pro Jahr und Mitglied fest-
gesetzt und schließlich der vorgelegte Statutenentwurf von den
175 Delegierten einstimmig angenommen.

Hierauf referierte Genosse Zaragen-Bern über die
Stellung der Socialdemokratie zu den gegen-
wärtigen Parteien. Er schilderte die wirtschaftliche Entwicklung
mit ihrer Verschärfung der Klassengegensätze und die Parteien-
bildung entsprechend den verschiedenen Interessengruppen, welche
Situation auch unsere Stellung zu den Gegnern bestimmt. Seien
wir eine frische, schlagfertige und gründliche Partei, dann muß
uns auch der Sieg zuzahlen. (Beifall.)

Nachdem noch Begrüßungs-Telegramme von Genossen in Zürich
und Basel verlesen, eine Resolution angenommen worden, in der den
italienischen Genossen die Anerkennung für die unermüdete Tätig-
keit zur Klärung und Organisierung der italienischen Arbeiter aus-
gesprochen wird, endlich bekannt gegeben worden, daß 23 Kantone
vertreten und nur die Kantone Wallis und Valais unvertreten
seien, schloß mittags 1 Uhr Genosse Albisser den Kongreß mit
einer wirkungsvollen, begeistert aufgenommenen Ansprache.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Lübeck, den 24. September 1901.

Zweiter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

In geschlossener Sitzung wird Punkt 1b der Tagesordnung „Presse, Litteratur und Kolportagewesen“ in der von Singer in der Vorversammlung festgestellten Grenze beraten.

Die dazu vorliegenden Anträge 42, 50 und 103 werden aus- reichend unterstützt.

42. Parteigenossen in Breslau: Daß die Parteiblätter nur die „Neue Welt“ als Unterhaltungs-Beilage beizulegen haben. 50. Parteigenossen in Nürnberg-Altdorf: Daß in allen Orten, wo die Kolportage durch Privatunternehmer nicht oder nur mangelhaft betrieben wird, dieselbe in Parteiregie zu übernehmen ist. Die Parteigenossen allüberall sind verpflichtet, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

103. Genosse Bérard. Diejenigen Verlage von Partei- blättern, welche denselben regelmäßig wöchentlich ein Unter- haltungsblatt beilegen, sind verpflichtet, für diesen Zweck die „Neue Welt“ zu den für alle Abnehmer derselben ausnahmslos geltenden Bezugsbedingungen zu beziehen.

Gerisch giebt als Referent einen Ueberblick über den heutigen Stand der Parteipresse im Vergleich zum Jahre 1899; er berichtet über die Abonnentenzahl sowie über die Einnahmen und Ausgaben der Parteiorgane. Der Hauptteil seiner Ausführungen gilt denjenigen Blättern, die mit Unterbilanz arbeiten. Angesichts der wirt- schaftlichen Krise sei besondere Vorsicht in finanzieller Hinsicht geboten, die Maßstäbe und Warnungen der Parteileitung müßten mehr beachtet werden. Ein unvorsichtig gegründetes, schlecht fundiertes Blatt könne der Parteibewegung des betreffenden Ortes unter Umständen höchst verderblich werden. Solche Zustände weiter zu fördern, betrachte die Parteileitung nicht als ihre Aufgabe. Der Referent wendet sich sodann zu der Frage des Vertriebs der Parteilitteratur und bedauert, daß die Verbreitung älterer, grundlegender Partei- schriften von Jahr zu Jahr mehr zu wünschen übrig lasse. Die bis- herige Gestaltung der Kolportage habe nicht die begehren Erwartungen erfüllt. Unsere Parteikolporture versichere es nicht, unter den uns fernstehenden Kreisen unsere Litteratur zu verbreiten. Hossentlich werde bald eine Gebührende eintreten. (Beifall.)

Antrag 42 wird nicht begründet. Den Antrag 50 begründet Rudolph-Nürnberg. Die Partei- litteratur werde völlig ungenügend vertrieben. In dem Worte: „Viele Parteikolporture betrachten es als persönliche Beleidigung, wenn man bei ihnen etwas bestellt“, liege ein Körnchen Wahrheit. Der Antrag sei vielleicht nicht präzise genug gefaßt, er könne aber durch Amendements verbessert werden.

Bérard-Hamburg führt zur Begründung des Antrages 103 aus, daß die „Neue Welt“ von jeher ein Schmerzenskind der Partei gewesen sei. Durch die Schaffung neuer Unterhaltungsblätter an ver- schiedenen Orten erwache ihr eine große Konkurrenz. Man könne natürlich nicht verlangen, daß jedes Parteiblatt eine Unterhaltungs- beilage hat, aber diejenigen Blätter, die eine Unterhaltungsbeilage bringen, müßten im Interesse der Partei verpflichtet werden, die „Neue Welt“ beizulegen.

Die Diskussion wird eröffnet. Windhoff-Düsseldorf verteidigt die Umwandlung des Düssel- dorfer Kopfblattes in ein selbständiges Organ. Auer habe zwar gesprochen, es sei jetzt so weit gekommen, daß jedes Dorf in Deutsch- land ein eigenes Organ haben wolle, aber Auer sei wahrscheinlich so mit Arbeit überhäuft, daß er nicht wisse, daß Düsseldorf ein Dorf von 220 000 Einwohnern, also das größte Dorf Deutschlands sei. (Beifall.) Zum mindesten könnten die Düsseldorfer Genossen die moralische Unterstützung der Parteileitung beanspruchen. Dann sei das Blatt zu halten. Eberle-Barmen bedauert die Düsseldorfer Gründung. Alle Versuche der Eberfelder, sich mit den Düsseldorfern zu verständigen, seien an deren Hartnäckigkeit gescheitert. In der Verlegenheit wollten sie jetzt die Schuld den Eberfeldern aufbürden.

Hengsbach-Köln tritt für den ihm sehr sympathischen An- trag 103 ein und bekämpft den Antrag 42 wegen seiner unklaren Fassung. Die Ausführungen von Gerisch über die Parteikolportage seien sehr berechtigt. Der Antrag 50 müsse deshalb abgelehnt werden. Redner bespricht die Düsseldorfer Angelegenheit, ebenso Grimpe-Eberfeld (der nach dem bisherigen Gang der Debatte nicht recht versteht, weshalb die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden sei.) Redner, der sich auf die Seite der Düsseldorfer stellt, ver- breitet sich über die lokalen Verhältnisse, wird aber von Singer mit der Mahnung unterbrochen, die Diskussion lieber den prinzipiellen Gesichtspunkten zu widmen. Thiele-Halle fordert sachliche Kenntnisse für die Zeitungs- vertaltungen. Rechtzeitige Erhöhung des Abonnementspreises, richtige Bemessung der Inseratenpreise, Abschaffung der Gratis- Annoncen seien die notwendigen Maßnahmen, um den Blättern eine gesunde finanzielle Grundlage zu geben. Den Schriften, über deren geringen Vertrieb Gerisch geklagt habe, sei ein aktueller Wert nicht beizumessen. Solange die wirtschaftliche Krise dauere, müsse der Vorstand jeden Versuch zu neuen Blattgründungen ablehnen. Dem Bestreben auf Gründung besonderer Kopfblätter müsse entgegen- getreten werden.

Dr. David-Mainz wendet sich gegen Antrag 103. Die „Neue Welt“ entspricht nicht den Bedürfnissen einer Sonntagsbeilage für unsere Tagesblätter. Sie wirkt nicht propagandistisch und ist nicht aktuell. Es ist ein Irrtum, durch die „Neue Welt“ Verständnis für die neue Kunst wecken zu wollen. Dazu müßten die Illustrationen farbig sein. (Singer erwidert dem Redner, nicht zu eingehend über Dinge zu sprechen, die der öffentlichen Bepresung über die Presse vorbehalten seien.) Dazu kommen die finanziellen Bedenken. Unsere Blätter müssen sich nach der Dede strecken. Singer: Es ist ein Antrag auf Herstellung der Öffentlichkeit eingegangen. Gätten sich die Redner an unsere Beschluß gehalten, so wäre dieser Antrag überflüssig. Die Genossen wollen doch berücksichtigen, daß wir immer noch in der öffentlichen Verhandlung eine Diskussion über die Presse haben. Alles, was die letzten Redner, namentlich David, ausgesprochen haben, hätte auch öffentlich verhandelt werden können. Die Redner wollen sich doch lieber in dieser Debatte auf die rein finanziellen Erwägungen und auf die Erwägungen über den Vertrieb unserer Litteratur beschränken. Der Antrag auf Herstellung der Öffentlichkeit wird, nachdem Bartels-Lübeck dafür und Wurm-Berlin dagegen gesprochen, abgelehnt.

Lipinski-Leipzig stimmt Gerisch zu. Die Schuld an den Miß- ständen trage die Abhängigkeit der in der Presse thätigen Genossen von den Prekommissionen; auch siehe den Buchhandlungen zu wenig Kapital zu Gebote, sie könnten sich kein großes Lager halten. Um den Abzug von Schriften zu heigern, solle die Parteipresse mehr Ver- sprechungen von guten Büchern bringen und dadurch die Arbeiter auf diese Erzeugnisse hinweisen.

Wurm-Berlin ist der Meinung, daß der Inhalt der Presse auch in der Provinz sich gebessert habe. Wenn trotzdem der Aufschwung hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, so liege das an der ge- schäftlichen Handhabung. Es fehle vielfach an geeigneten Personen zum Vertrieb der Parteilitteratur. Der Bildungshunger sei im Volke vorhanden, er müsse nur erst geweckt werden. (Zu- stimmung.) In den Orten, wo die Genossen für die Presse eine rege Agitation entfalten haben, seien glänzende Erfolge erzielt. Der Umsatz unserer Parteilitteratur, selbst guter Werte, um die uns das Bürgerthum beneidet, sei viel zu gering. Die Uebernahme in Parteiregie, wie es von Nürnberg beabsichtigt wird, würde den Zustand nur noch mehr verschlechtern. Die Parteipresse nehme zu wenig Notiz von der Parteilitteratur, während sie eslenlange rellame- hafte Wochenzettel bürgerlicher Verleger aus heimlichem Geschäfts- interesse aufnehme. (Sehr wahr!) Die „Neue Welt“ allgemein beizulegen, sei finanziell unmöglich. Kleine Blätter können nicht eine so teure Beilage geben, sie stellen sich selbst ihre Beilagen billiger her.

Zum Antrag ist das Amendement eingelaufen, die Wörter „nach Möglichkeit“ einzufügen. Ein erneuter Antrag, die geschlossene Sitzung in eine öffentliche zu verwandeln, den Thiele-Halle begründet und Riesel-Berlin bekämpft, wird mit 93 gegen 115 Stimmen abgelehnt. Auer bekämpft den Antrag 103 auch in der Fassung des Amendements. Wir haben keine Exekution und können einen solchen Beschluß nicht durchführen. Die Parteiblätter, die die „Neue Welt“ jetzt nicht beilegen, würden erklären: Nehmen würden wir sie schon, steht aber, woher Ihr Geld bekommt. Die Verbreitung der „Neuen Welt“ kann nur so gefördert werden, daß ein möglichst gutes und möglichst billiges Blatt geliefert wird. Die Düsseldorfer haben meinen Brief falsch verstanden. Es steht ausdrücklich darin: das Bedürfnis in unsren industriellen Provinzen Rheinland und Westfalen nach einer Reihe guter Blätter erkennen wir in vollem Umfange an. Aber die Bewegung trägt sie noch nicht. Hier müssen wir auf die Entwicklung vertrauen. Redner schließt sich im übrigen den Ausführungen Wurts an.

Cohn-München bedauert die mangelhafte Unterstützung der Parteipresse durch Abonnements seitens der Genossen und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und spricht sich gegen den Antrag 42 aus, der für München eine bedeutende Mehrausgabe bedeute. Bezüglich des Kolportagewesens stimme er Wurm und Auer bei. Mit der Zunahme der Presse seit Aufhebung des Socialistengesetzes sei das Bedürfnis nach der weiteren Parteilitteratur bebauelicher, aber erklärlicherweise im Abnehmen begriffen. Mit der Uebernahme der Kolportage in Parteiregie sei er nicht einverstanden.

Schmidt-Moskau hebt hervor, daß das Eindringen der Partei- litteratur in weitere Kreise der maßgebende Gesichtspunkt sein müsse, nicht aber der finanzielle Erfolg. Stadthagen-Berlin hält es für wesentlich, den Vertrieb unsrer Kolportagewesen zu organisieren, indem wir der Entwicklung nach- gehen, die der Buchhandel nun einmal in Deutschland genommen hat. Vielleicht empfehle es sich, daß mal die Leiter unsrer Partei- Buchhandlungen zusammentreten, um eine Aenderung bezüglich der Kolportage und der Preise der Wochenschriften herbeizuführen. Dr. Quare-Frankfurt a. M. bekämpft den Antrag 103. Der Parteipresse dürfe keine bestimmte Beilage aufgedrängt werden. Der Auerische Standpunkt, der Partei-Agitation halber keine Blätter in auswärtsreichen Bezirken zu unterstützen, sei vom Standpunkt moderner Zeitungsbetrieb aus ein überwindener. Die größeren Blätter sollten unterstützt und ihre Ausdehnung auf größere Bezirke gefördert werden, ohne daß natürlich ein Unübersichtliches geschaffen werden dürfte. Die Vorwärts-Buchhandlung solle die Massen- verbreitung der Parteilitteratur dadurch fördern, daß die socialistischen Vereine dafür engagiert werden. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion, den Hoffmann-Berlin begründet und Thiele bekämpft, wird angenommen. Windhoff und Bérard bedauern, durch den Schluß an einer Erwiderung verhindert zu sein. Das Schlußwort erhält Gerisch: Ich weiß nicht, was die Genossen, die gegen Ausschluß der Öffentlichkeit waren, eigentlich von der geschlossenen Sitzung er- wartet haben. Erwarteten sie etwa eine Reihe sensationeller Enthüllungen von mir? Fingergelächte habe ich Ihnen genug gegeben. Warum hat man die Gelegenheit nicht benützt, um sich einmal über die Forderungen des Vereins Arbeiterpresse oder über die „Neue Zeit“ auszupressen? Lassen Sie in Zukunft solche Gelegenheiten nicht unbeachtet vorbe- gehen!

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung sämtlicher Anträge (42, 50 und 103). Es wird beschlossen, über die geschlossene Sitzung ein kurzes Resümee der Parteipresse und der übrigen Presse zur Verfügung zu stellen, das auch im Protokoll mit veröffentlicht werden soll. Damit ist die Tagesordnung der geschlossenen Sitzung erledigt. Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Begründungen des Parteitagess aus dem Auslande liegen vor von der Parteileitung der ungarischen Socialdemokratie, der Partei- leitung der tschechischen Socialdemokratie, des deutschen Arbeitervereins in Brüssel, des Arbeiter-Bildungsvereins in London und der Redaktion der Zeitung „Itra“, des Organs der russischen revolutionären Socialdemokratie.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattet die Mandatsprüfungs-Kommission Bericht durch

Böhle-Strasbourg: Auf dem Parteitage sind antwosend 203 Dele- gierte mit 217 Mandaten, 25 Reichstags-Abgeordnete, die Mitglieder des Parteivorstandes, die Controleure und Genosse Bérard als Ge- treter der Firma Auer u. Co. in Hamburg, ferner als ausländische Gäste Dr. Adler-Wien, Kelen-London, Branding-Stochholm, Praque-Paris, De Rooke-Amsterdam und Bernerstorfer-Wien. Die Kommission beantragt, sämtliche Mandate, soweit sie im Sinne des Organisa- tionsstatuts als Mandate angesehen werden können, sind gültig zu erklären. Im Auftrag der Mehrheit der Kommission habe ich dem Parteitag einen anonym eingelaufenen Protest gegen das Mandat von Schneider aus Leipzig zu unterbreiten. Der Protest ging ein in Form eines auf eine Postkarte geklebten Zeitungsausschnittes, in welchem Schneider als Streikbrecher erklärt wird. Mit Rücksicht auf die Anonymität beantragen wir Uebergang zur Tagesordnung. Ferner beantragen wir das Mandat des Genossen Winiszkiwicz, des Vertreters des Vorstandes des polnisch-social- demokratischen Vereins, für ungültig zu erklären. Wir können ein solches Mandat nach unserem Organisationsstatut nicht anerkennen. Winiszkiwicz hat erklärt, wenn er diese Gruppe nicht als Delegierter vertreten könne, wolle er als Gast hier bleiben. Darüber stand der Kommission keine Entscheidung zu, das ist lediglich Sache des Bureau's. Wir beantragen, das Mandat für ungültig zu erklären. Ohne Debatte erklärt der Parteitag sämtliche Mandate mit Ausnahme des Mandats von Winiszkiwicz für gültig. Winiszkiwicz-Berlin: Die socialdemokratische Presse, be- sonders die „Sächsische Arbeiterzeitung“, hat sich das ganze Jahr hindurch mit den Angelegenheiten der polnisch-socialdemokratischen Partei beschäftigt (Burus: Ist ihr gar nicht eingefallen!), außerdem handelt der Parteibericht von uns. Außerdem bin ich hergeschickt; um Ihnen die brüderliche internationale Solidarität zu bezeugen und Sie zu beglücken. Leuter-Apolda: Wie weit der Genosse als „Gast“ — in Gänse- füssen hier sein darf, muß doch präzisirt werden. Er ist doch nicht ein Gast wie etwa der Vertreter einer ausländischen Organisation, sondern einer Sonderorganisation im Deutschen Reich, die die Mit- arbeit mit uns ablehnt. Winiszkiwicz: 1896 auf dem internationalen Kongress in London wurde beschlossen, daß jede Nation das Recht der Selbst- bestimmung hat. Nation ist aber nicht nur eine solche, die eine be- sondere Regierung hat, sondern die eine Zunge hat, die eine andre Nation nicht versteht. Wir sind Polen und müssen Polen bleiben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der Vertrauensmann des vierten Reichstagswahlkreises Südost ersticht uns Folgendes bekannt zu geben: Parteiexpedition Südost. In der Verhandlung einiger unserer Abonnenten früh zwischen 8 und 9 Uhr in unserer Expedition, Salskystr. 85, bin ich vollständig un- schuldig. Ich befand mich zur fraglichen Zeit in der Expedition des „Vorwärts“, Dönhofsstr. 3. Ich bitte die Verechtigten um Angabe ihrer Adressen, damit die Angelegenheit untersucht wird. Paul Böhm.

Rixdorf. Morgen, Donnerstag, findet in Gröpler's Salon, Bergstr. 147, eine Volksversammlung statt, in der die Genossin Frau Martha Tieg über „Die willkürliche Milch- und Fleischver- teuerung“, ein neuer Raubzug gegen die Vorkosten“, sprechen wird. Zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, ist notwendig. Die Vertrauensperson.

Schöneberg. Heute, Mittwochabend, bei Döhl, Weiningerstr. 8, öffentliche kommunalwählerische Versammlung. Vortrag Dr. Freudenbergs: „Die bevorstehenden Stadtverordneten- wahlen“. Aufstellung der Kandidaten. (Siehe Inserat.)

lokales.

Die Milchvertreter in Ritten. Die in der Milchcentrale vereinigten märkischen „Milch- bauern“ wenden sich jetzt in einem Aufzuge, den sie im Annoncen- teil der gelesesten Zeitungen (auch des „Vorwärts“) veröffentlichen, an die Berliner Hausfrauen und bitten sie, die Milchcentrale nicht zu boykottieren, wenn diese durch die ablehnende Haltung der Milchhändler gezwungen werde, ihre Milch in eigenen Läden direkt zum Verkauf zu stellen. Sie versichern,

das man in den Verkaufslökalen der Milchzentrale „das Beste und Billigste“ erhalten werde.

Was die Milchzentrale unter „bester“ Milch versteht, das läßt sich ermessen an dem bereits in der Sonntagsnummer von uns mitgeteilten Umstand, daß Herr Ring, der Führer der märkischen „Milchbauern“ und Vorsitzende der Milchzentrale, beim Berliner Polizeipräsidium beantragt haben soll, die polizeilichen Anforderungen an den Fettgehalt der Milch herabzusetzen. An anderer Stelle hat der Herr versichert, die Milchzentrale wolle möglichst bessere Milch mit einem höheren Fettgehalt liefern! Auch der Plan, die sogen. Sammelmilch nach entsprechender Präparierung als „Kindermilch“ in den Verkehr zu bringen, hat in überraschender Weise gezeigt, wie man sich bei der Milchzentrale eine „hygienisch einwandfreie“ Milch denkt.

Zu dem Versprechen, „billigste“ Milch zu liefern, erinnern wir daran, daß Herr Ring im Juli vorigen Jahres, als er noch um die Gunst der Milchhändler buhlte, diesen gesagt hat, die Preis-erhöhung solle nicht von den Milchhändlern getragen werden; keine Stadt habe die Milch so billig wie Berlin, mithin könne die Preis-erhöhung von den Konsumenten bezahlt werden. Heute verbreitet Herr Ring die auch in der erwähnten Annonce wiedergegebene Behauptung, die wahren Milch-vertreter seien die Milchhändler. Um das praktisch zu erweisen, wird die Centrale wahrscheinlich versuchen, hauptsächlich billiger an die Hausfrauen zu verkaufen, als es die Milchhändler jetzt thun. Aber wenn es der Milchzentrale gelingen sollte, auf diese Weise in Berlin festen Fuß zu fassen, dann dürfte sie hinterher den Berliner Hausfrauen für ihre Dummheit durch eine um so kräftigere Preis-erhöhung danken. Wie sagte doch Herr Ring in einem vertraulichen Ukular an die Genossenschafts-molkereien noch vor wenigen Wochen? „Gewinnen die märkischen Landwirte, geehrt in der Milchzentrale, den diesjährigen Kampf um den Preis, so ist für weitere Kämpfe auf dem Gebiet unendlich viel getan.“ Möge die Berliner Bevölkerung dafür sorgen, daß die agrarischen Milchvertreter gleich im ersten Ansturm unterliegen, dann wird ihnen die Lust zu weiteren Kämpfen vergehen.

Der „Milchbauern“-Schnitzling Herr Ring ist, wie man sieht, ein Meister in der Kunst, „auf zwei Dodelsäcken zugleich zu blicken“. Den Konsumenten verspricht er die Lieferung besserer Milch; den Landwirten will er die Möglichkeit schaffen, schlechtere Milch nach Berlin liefern zu dürfen. Den Konsumenten versichert er, die Milchhändler könnten die Milch viel billiger liefern; den Milchhändlern erzählt er, der Konsument könne die Milch ganz gut noch teurer bezahlen. „Billig und gut“ lautet das Feldgeschrei, mit dem er seine „Milchbauern“ in den Kampf gegen die Berliner Milchhändler treibt, aber „teurer und schlechter“ scheint die Parole zu sein, die im geheimen ausgegeben ist. Ganz dasselbe Doppelspiel wird übrigens auch mit der Futternot getrieben. Den Konsumenten wird gesagt, daß „der trockene Sommer 1901 eine Futternot entstehen ließ, wie sie schlimmer seit 24 Jahren nicht gewesen ist“, wobei natürlich verschwiegen wird, daß der höhere Preis von den Milchvertretern schon im vorigen Jahre gefordert wurde, wo noch niemand die Futternot ahnen konnte. In einem Aufreiß an die Milchbauern aber wurde noch ganz kürzlich dem Herrgott im Himmel gedankt, daß er es mit den märkischen Bauern gut gemeint und die Futternot ins Land geschickt habe, durch die die Ausfuhr ihrer Pläne erleichtert werde, weil nun von einem Milchüberfluß in diesem Herbst und im nächsten Jahre nicht die Rede sein könne.

Die Milchvertreter empfehlen, ihre Sache sei nicht nur gut, sondern stehe auch gut. Wir meinen, es muß recht schlecht um eine Sache stehen, für die mit solchen Mitteln gekämpft wird.

Wilhelm II. Zu dem Streit wegen der Durchquerung der Straße unter den Linden bringt das „Berliner Tageblatt“ folgende Mitteilung: „Wie uns mitgeteilt wird, sind nicht nur die kommunalen Kreise überrascht worden, als plötzlich die Mitteilung einging, daß der Kaiser einer zweiten Ueberführung der Linden durch die Straßenbahn im Zuge der Reußdammstraße keine Genehmigung verleihe. Auch der Minister des Innern und der Polizeipräsident sind durch die kaiserliche Antwort, die übrigens, wie wir mitteilen können, wörtlich lautete: „Nein, wird unterirdisch gemacht!“ in eine peinliche Situation geraten. Sowohl der Minister wie der Polizeipräsident hatten der Stadt die weitgehendsten Konzessionen bezüglich einer zweiten Durchquerung der Linden zugesagt und an der Bereitwilligkeit des Kaisers nicht einen Augenblick gezweifelt und dies mit um so größerer Berechtigung, als der Kaiser eigentlich der erste war, der auf die zweite Ueberführung der Linden im Zuge der Reußdammstraße hingewiesen hatte. Als nämlich vor einigen Jahren die Stadt Berlin die Absicht hatte, mit einem Kostenaufwand von etwa fünf Millionen Mark die Charlottenstraße zu verbreitern zu lassen und im Zuge derselben eine zweite Ueberführung der Linden durch die Straßenbahn herzustellen, da beschloß der Kaiser dieses Geheiß abzulehnen. Die Begründung lautete damals, daß er nicht wünsche, das alte Palais Kaiser Wilhelm I. von zwei Straßenbahnlinien eingerahmt zu sehen. Das Palais seines Großvaters würde vielleicht später wieder bewohnt werden. Der Kaiser wies damals selbst auf den Ausweg hin, eine zweite Ueberführung der Linden im Zuge der Reußdammstraße zu bewerkstelligen, ohne sich über die spezielle Anlage der Bahn, ob unterirdisch oder oberirdisch, auszusprechen. Die Stadt Berlin hatte seiner Zeit keine Veranlassung, diesem Projekt näher zu treten; denn die in Betracht kommenden Linien Leipziger- und Mittelstraße-Pankow waren damals noch nicht im Besitz der Kommune. Jetzt ist, nachdem die Stadt die kaiserliche Anregung aufgenommen hat, der Monarch von seinem eigenen Plan wieder abgekommen.“

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 26. September d. J., nachmittags 3 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Berichterstattung über die Einsprüche gegen die Gemeinde-Wählerlisten, — Berichterstattung über die Vorlagen, betreffend: die Festsetzung einer neuen Fluchtlinie für die Südostseite der Alten Jakobstraße zwischen der Sebastian- und Dresdenerstraße — und den Verkauf von Grundstücks-Parzellen an der Oberspree im Gemeindebezirk Stralau zu Gasaufstalts-Zwecken, — die Jahresabschlüsse der Verwaltung der Markthallen, des Hafens am Urban und des Abwasserwerks, sowie der Stadt-Hauptkasse für das Etatsjahr 1900, — die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden, — die Regulierung der Straßen auf der der Stadtgemeinde Berlin gehörigen, sogenannten Stralauer Spitze, die Räumung des Stein-Depotplatzes auf dem Brunnenplatz und Errichtung eines Ersatzdepots auf dem städtischen Grundstücke an der Ecke der See- und des Nord-Ufer. Außerdem findet in dieser Sitzung, und zwar um 6 Uhr, die Wahl eines unbefohlenen Stadtrats statt.

Ein Berliner Hauswirt. Aus welchen Motiven zuweilen Ermittlungsprozeße angehängt werden, lehrt der Verlauf eines derartigen Rechtsstreits, welchen der Wirt des Hauses Mörderstr. 66 gegen seinen mehrjährigen Mieter M. angestrengt hat. Der Beklagte hatte sich im zweiten Jahre seiner Mietzeit einen jungen Hund zugelegt, an dem auch der Wirt monatlang seine Freude zu erkennen gab. Im Mietkontrakte ist aber die Bestimmung enthalten, daß Hunde ohne schriftliche Genehmigung des Vermieters nicht gehalten werden dürfen. Nach dem Vorkommen einer geringfügigen Differenz zwischen Wirt und Mieter forderte ersterer den letzteren

brieflich auf, seinen Hund binnen drei Tagen abzuschaffen, widrigenfalls er sein Ermittlungsrecht geltend mache. Am dritten Tage ersuchte M., der bis dahin für das ihm lieb gewordene Tier noch kein passendes Unterkommen gefunden hatte, den Vermieter, ihm noch einen vierten Tag zur Unterbringung des Hundes zu bewilligen. Die Antwort darauf war Anstrengung der Ermittlungsstelle. Die 45. Abteilung des Amtsgerichts I erkannte auf Abweisung der Klage und begründete dieses Urteil wie folgt: Es ist nach richterlichem Ermessen eine Frist von 3 Tagen viel zu kurz bemessen, als daß der Beklagte einen Hund, den er aufgezogen, der ihm lieb und teuer war, und den er nicht jedermann anvertrauen wollte, hätte anderweitig unterbringen können. Wollte Kläger die hilfsweise erteilte Erlaubnis widerrufen, so hätte er dem Beklagten unter Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse mindestens eine Frist von 14 Tagen gewähren müssen. Gegen dieses Urteil hat der Wirt Berufung eingelegt und damit bei der 20. Zivilkammer des Landgerichts I die beantragte Ermittlung seines Mieters M. erzielt. Dem Berufungsgericht ist eine Frist von 3 Tagen zur Abschaffung des Hundes nicht zu kurz erschienen. Bei einigem guten Willen hätte der Mieter, wenigstens provisorisch, den Hund anderswo unterbringen können. Da er dies unterlassen, treffe ihn ein schuldhafter Verstoß gegen den Mietvertrag, und der Räumungsanspruch war begründet. Als es nun zur Räumung der Wohnung kommen sollte, erklärte sich der Wirt nicht abgeneigt, das Mietverhältnis zu verlängern, wenn M. sich zur Zahlung einer um 150 M. höheren jährlichen Miete verstehen wolle. Nachdem der Mieter nun erkannt hat, worauf es dem Kläger angekommen zu sein scheint, hielt er es für das Richtige, aus diesem Hause auszugehen.

Erschossen hat sich gestern der Bureauvorsteher J., der im Hause Markgrafenstr. 6 ein Zimmer bewohnte. Der Selbstmörder starb auf dem Transport ins Krankenhaus.

Gestern mittag um 2 1/4 Uhr wurde die gesamte Berliner Feuerwehr unter Leitung des Branddirektors Gierberg nach dem Rathaus gerufen. Wie sich dann herausstellte, handelte es sich nur um blinden Lärm, hervorgerufen durch niedergedrückten Rauch.

Ein Fahrrad gestohlen wurde gestern abend vom Hofe des Hauses Beuthstraße 2 in der Zeit zwischen 1/2—3/4 Uhr. Das Rad trägt die Nummer 2978, Marke Krautbahn. Personen, die über den Verbleib Auskunft geben können, wollen diese an Postle, Liebenwalderstraße 31, gelangen lassen.

Frau Martha Bouquet, die Wirtin des Lokals Schillingstraße 28, teilt uns zu der gestern gebrachten Meldung mit, daß diese einer Nichtigstellung bedürfe. Es seien sechs Mann ins Lokal gekommen, hätten Bier bestellt und dann insächtige Redenarten gehalten. Als ihnen dies verboten worden sei, hätten sie auf die Wirtin eingeschlagen. Schließlich seien sie aus dem Lokal entfernt worden und hätten dann auf der Straße unter einander Streit angefangen. Auf der Straße habe die Messerschere begonnen, an der die Wirtin (ein Wirt existiert nicht) natürlich nicht beteiligt gewesen sei.

Einem Bauernfänger fiel dieser Tage ein kranker Mann in die Hände, der hierhergekommen war, um eine Heilanstalt aufzusuchen. Auf dem Schliesischen Bahnhof wandte sich der Leidende arglos an einen Mann, den er dort stehen sah, mit der Frage, was für ein Krankenhaus er wohl am besten beziehe. Der Gefragte empfahl ihm eine Anstalt und erbot sich in der vorzuvorkommendsten Weise, ihn dorthin zu begleiten, da er selbst gerade im Krankenhaus zu thun habe. Unterwegs ließ sich der Mann von dem Kranken 14 M. geben und wollte ihm dafür die Aufnahmeformalitäten besorgen und die ersten Gebühren bezahlen. Lange Zeit wartete der Kranke am verabredeten Ort, während der freundliche Mann im Krankenhaus alles für ihn bezahlen wollte. Endlich erfuhr er, daß er sich einem Bauernfänger anvertraut hatte, und nahm die Hilfe der Kriminalpolizei in Anspruch.

Frau Agnes Wallner, die Witwe Franz Wallners, der das nach ihm benannte Theater gründete, ist gestern im 77. Lebensjahre hier gestorben. Agnes Wallner war eine hervorragende Schauspielerin.

Aus den Nachbarorten.

In Wilmersdorf beschloß die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung, die Pandalienbesetzung der fünf Gemeindevorteiler und des einen Schöffens anzuerkennen; der Gemeindevorstand wurde beauftragt, die Erfordernisse in kürzester Zeit stattdessen zu lassen. Somit ist unsere Parteigenossen an Orte Gelegenheit gegeben, auch einen der Ihrigen ins Dorparlament zu bringen. Die Vertretung wählte den Ingenieur Ramrath, gegen den sich die Opposition gestellt hatte, einstimmig zum Schöffen. Dann wurde beschlossen, die Kaiser-Allee von der Gungelstraße bis zur Berlinerstraße zu regulieren, ebenso die Wabelsbergerstraße. Ferner sah man den Beschluß, die Realschule zu einem Reform-Gymnasium umzugestalten und ihr nach Bedarf eine sechsklassige lateinlose Realschule anzugliedern. Es wurde schließlich in Aussicht gestellt, daß die Hauptstraßen von Wilmersdorf elektrische Beleuchtung erhalten sollen.

Johannisthal. Nachdem die Gemeindevertretung seiner Zeit beschlossen hatte, den Posten eines Gemeindevorstehers nicht mehr ehrenamtlich zu vergeben, ist jetzt der bisherige kommissarische Gemeindevorsteher Rober mit 8 von 10 Stimmen auf die Dauer von sechs Jahren gewählt worden. Das Gehalt beträgt die ersten drei Jahre pro Jahr 2100 M. und in den nächsten drei Jahren 2400 M. An Altersentschädigung wurden 600 M. pro Jahr oder eventuelle Amtswohnung gewährt.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich gestern mit dem Antrage des Magistrats, entsprechend einem Wunsch der hiesigen Lehrerschaft die Haftpflichtversicherungskosten für Lehiere zu übernehmen, da nach den §§ 831-846 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die ausführenden Lehrer für den Eintritt schadenbringender Unfälle im Verufe oder bei Schülerausflügen haftbar zu machen sind. Im Hinblick darauf, daß eventuell die Freudigkeit im Verufe leiden könnte, wenn durch einen Unfall der ihrer Aufsicht unterstellten Kinder ihre Haftpflicht eintreten würde, wurde beschlossen, die Kosten für die Versicherung auf 5 Jahre bei der Versicherungs-gesellschaft „Wilhelma“ in Magdeburg zu übernehmen. Ueber die Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste zu den Stadtverordnetenwahlen, die erst einem Ausschusse zur Vorbereitung unterliegen, entspann sich eine längere Diskussion. Trotzdem in einem Falle Stadtv. Genosse Masch lebhaft dafür eintrat, daß die Wahlfähigkeit auszusprechen sei, wenn bis zum Tage der Wahl die Voraussetzungen für dieselbe erfüllt seien, wurden die betr. Anträge zurückgewiesen. Im Ganzen wurden unter Abänderung einiger Magistratsanträge von den 36 Reklamationen 29 als begründet und sieben als unbegründet erachtet.

In geheimer Sitzung handelte es sich um eine Erhöhung der dem Fuhrunternehmer Knauer zu zahlenden Entschädigung von 2000 Mark, die seitens des Magistrats früher bereits bestimmt worden war, trotzdem von unsren Vertretern auf die ausdrücklichen Bestimmungen des mit dem Rentieren geschlossenen Vertrages verwiesen wurde. Die Versammlung stimmt der Erhöhung zu. Weßhalb gerade diese Sache stets hinter verschlossenen Thüren verhandelt wird, dürfte manchem nicht ganz einleuchten. Jedenfalls hat die Öffentlichkeit ein großes Interesse daran, zu erfahren, warum diesem Unternehmer noch eine Prämie auf den mit der Stadt abgeschlossenen Vertrag zugestimmt werden soll.

In dem Vertriebsunfall auf dem Bau des Krankenhauses in Westend wird uns gemeldet, daß der Verunglückte der Arbeiter Gierberg ist. Der herabfallende Stein traf den Arbeiter nicht, dieser fiel vielmehr infolge des Aufdrucks mit dem Kopf gegen einen Fuß des Bindendockes, wo er bewußtlos liegen blieb. Die Wiederbelebungsbemühungen hatten Erfolg und Gierberg wurde, wie heute mitgeteilt wird, 20 Minuten nach erfolgter Anrufung mit einem Wagen

der Rettungs-Gesellschaft ins Krankenhaus gebracht. Dort liegt er an einer Gehirnerschütterung danieder.

Aus Industrie und Handel.

Pensionsfonds für Angestellte. Die Bilanzen der Banken, auch industrieller Unternehmungen, weisen fast regelmäßig nicht unbedeutende Beträge für den Beamten-Pensionsfonds auf. Ist schon der Anspruch an diesen Fonds für den Angestellten mit großen Schwierigkeiten verknüpft, so gefallen sich die Dinge noch trostloser, wenn, wie es bei dem Zusammenbruche solcher Gründungen immer geschieht, die Angestellten mit einem Schlage außer Beschäftigung gesetzt werden und damit auch der erhoffte Anspruch an den Pensionsfond verloren geht. Der Fonds selbst ist wohl in den meisten Fällen mit verschwunden. Ein Rechtsanspruch der Angestellten an den Pensionsfonds besteht nicht und damit ist das Dienstverhältnis erledigt. Die bange Sorge, wo neue Stellung finden, tritt für den Angestellten als eine schwer zu lösende Frage heran, denn der Arbeitsmarkt ist überfüllt.

Besser sorgen die Direktoren dafür, daß ihnen keine großen Unannehmlichkeiten aus der künftigen Stellung erwachen. Ganz abgesehen, daß sie es verstehen, ein hübsches Vermögen zusammenzuarbeiten, das auf einmal der Frau gehört, um unliebhabene Regrehanprüche abzuwehren, wissen die Herren auch aus der Kontursverwaltung noch ansehnliche Beträge für sich herauszuschinden, es sei denn, sie wären so unvorsichtig gewesen, mit dem Strohgeschub in Konflikt zu kommen. Ueberraschen muß es aber, daß die Herren sich auch ihre Pension auf alle Fälle sichern. Von der vertracktenommerischen Hypothekendank bezieht jetzt der Direktor Reiner eine Pension von jährlich 6000 M. aus dem mit 477 900 M. aufgeführten Pensionsfonds. Eine anständige Arbeitslosenversicherung für Vordirektoren. Die Angestellten wären schon mit geringeren Beiträgen zufrieden gewesen.

Rückgang der Bauhätigkeit in Berlin. Wie groß der Rückgang der Bauhätigkeit in Berlin ist, kann aus folgenden Zahlen ersehen werden: 1890/91 betrug die Zunahme an Grundstücken und Versicherungswert bei der städtischen Feuerlokalität 442 Grundstücke im Werte von 143 Millionen Mark, im folgenden Jahre nur noch 388 Grundstücke mit 138 Millionen Mark Wert und im Jahre 1899/1900 nur noch 153 Grundstücke mit 90 Millionen Mark Wert, d. h. 297 Grundstücke im Werte von 55 Millionen weniger als vor zehn Jahren. Der Unterschied würde noch weit bedeutender sein, wenn nicht in den letzten Jahren die großen Baarenhäuser im Centrum und einige große Geschäfts- und Fabrikgebäude in der Mitter- und den angrenzenden Straßen gebaut worden wären. In diesem Jahre ist bis jetzt die Bauhätigkeit noch geringer als im vorigen, was auf den Zusammenbruch der Hypothekendarlehen zurückzuführen ist.

Preisermäßigung für Zucker. Das Syndikat der Zuckerraffinerien, dessen Herrschaft wir eine fortgesetzte Steigerung der Preise zu verdanken haben, sieht sich gezwungen, eine Ermäßigung der Preise eintreten zu lassen. Der Rückgang ist allerdings nur sehr gering, er beträgt für Melis I 1/4 Pf. pro Pfund. Die Maßnahme sieht mit dem Fallen des Rohzuckerpreises, der in Magdeburg im September vorigen Jahres 11,05 M. pro Centner und gegenwärtig 7,37 M. notierte, zusammen. Das Syndikat erleidet mithin aus der Preisherabsetzung keinen Schaden, sondern es heimst im Gegenseitig vom Vorjahre noch einen erhöhten Gewinn ein. Der Preisrückgang auf dem Rohzuckermarkt ist durch die Ueberfüllung des Marktes hervorgerufen, zudem verspricht die künftige Campagne, die jetzt beginnt, eine sehr ertragsreiche zu werden. Ohne die Syndikatsbildung könnten die Konsumenten nach der Lage des Marktes heute auf bedeutend niedere Preise für Zucker rechnen.

Die Lannhütte, das größte in Schlesien bestehende Hüttenwerk, dem auch ein ausgebeuteter Stollenbergwerkbetrieb angegliedert ist, weist in ihrer Bilanz für das Jahr 1900/1901 einen Brutto-gewinn von 8 730 841 M. auf, gegen das Vorjahr ein Minus von 975 808 M. Zur Verteilung gelangen 14 Proz. Dividende gegen 16 Proz. im Vorjahre.

Vertrachte Banken. Aus Pforzheim wird die Zahlungs-einstellung des Bankhauses R. Bloch gemeldet. Die Firma ist das zweitälteste Geschäft am Platz und stand in enger Beziehung zu der Stuttgarter Bank von J. Schweizer, die gleichfalls liquidiert hat.

Geriichts-Beitrag.

Die Singpielhalle als Nervenheilstätte. Die ein altes solides Geschäft innerhalb weniger Jahre zu Grunde gerichtet werden kann, lehrt eine Verhandlung, die gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Ingenieur Walter Knoll war beschuldigt des Vergehens gegen die Konturs-Ordnung, des Abwärtsnehmens Aufwandes und des Betruges. Der Vater des Angeklagten, Ingenieur Leopold Knoll, gründete im Jahre 1889 auf dem Grundstück Linienstr. 155 eine Metallgießerei und Armaturen-fabrik. Er beschäftigte durchweg 25 Arbeiter. Das Geschäft nahm einen normalen guten Fortgang. Im Jahre 1896 verstarb der Inhaber, sein noch jugendlicher Sohn, der Angeklagte, dessen technische Ausbildung noch nicht abgeschlossen war und der von einem kaufmännischen Betriebe noch weniger verstand, wurde Leiter des Geschäftes. Er begann sofort große Annahmungen und Vergroßerungen vorzunehmen, engagierte mehrere Reisende und verdoppelte die Arbeiterzahl. Der Umsatz wurde auch vergrößert, der Verdienst hielt damit aber nicht gleichen Schritt. Wie der Väterrevisor Doerk begutachtete, wurde im Jahre 1898 bereits mit einer Interbilanz gearbeitet. Am 17. November 1900 wurde der Konturs eröfnet, soweit bis jetzt voraussehen, dürften die Gläubiger etwa 25 Proz. erhalten. Es zeigte sich, daß eine so mangelhafte Buchführung geführt worden war, daß sie eine Vermögensübersicht nicht gewährte. Der Angeklagte, welcher unverheiratet war und zum Hausstande seiner Mutter gehörte, hatte noch im letzten Jahre für seine persönlichen Bedürfnisse gegen 10 000 M. verbraucht. Die Anlage erblickt hierin den übermäßigen Aufwand. Der Angeklagte gab an, daß er seit den letzten Jahren hochgradig nervös sei. Um während der Nacht schlafen zu können, habe er sich die notwendige Bett-schwere verschaffen müssen und deshalb die Gepflogenheit gehabt, des Abends die Singpielhallen zu besuchen. Wichtig sei es auch, daß er mit einer Sängerin ein Verhältnis unterhalten habe, welches ihm bedeutende Unkosten verursacht habe. Der Vorsitzende machte den Angeklagten darauf aufmerksam, daß er wenig zweckmäßige Mittel angewendet habe, um seine Nerven zu beruhigen. Während des letzten Jahres hatte der Angeklagte seiner Geldverlegenheit dadurch abzuhelfen versucht, daß er mit anderen Firmen Wechselaccepte austauschte. Es wurden für etwa 100 000 M. solcher Wechsel im Umlauf gesetzt, wovon gegen 10 000 M. nicht eingelöst wurden. Als die betreffenden Banken bemerkten, daß es keine Geschäftswechsel waren, wie ausdrücklich zur Bedingung gemacht war, sondern Gefälligkeitswechsel, hielten sie sich für betrogen und erstateten Anzeige wegen Betruges. Knoll versicherte, daß er von Wechsel-sachen keine Ahnung habe, jede betrügerische Absicht hätte ihm ferngelegen und er habe geglaubt, die 10 000 M. Wechsel würden ebenso eingelöst, wie es seitens der übrigen Wechsel zum Gesamtbetrag von 90 000 Mark geschehen sei. Der Staatsanwalt hielt diese Angaben des Angeklagten nicht widerlegbar; er ließ deshalb die Anklage wegen Betruges fallen und beantragte wegen des Kontursvergehens zwei Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, beantragte wegen der Unerfahrenheit des Angeklagten ein niedrigeres Strafmaß. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis.

Drei Monat unschuldig in Ost. Einen durchaus sympathischen Eindruck machte die Frau, die gestern als die Witwe Anna Jauernick geb. Schulz vor den Geschworenen stand, um sich auf

die schwere Anklage der vorsätzlichen Brandstiftung zu verantworten. Sie hat in letzter Zeit viel Trübsal durchmachen müssen. Schon zu Lebzeiten ihres Mannes hat sie emsig arbeiten müssen, um sich und ihre drei Kinder durchbringen zu können. Dann wurde die schwächliche Frau krank und ist viele Monate unfähig gewesen, etwas zu verdienen. Als sie wieder genesen war, traf sie ein schwerer Schlag: ihr Mann wurde geisteskrank und starb bald im Irrenhause. Noch kurz vor seinem Tode hatte sie eine im Hause Rostockerstraße 17 vier Treppen hoch belegene Wohnung, bestehend aus Stube und Küche, gemietet und war am 1. April dort hingezo-gen. Von der Armen-direktion erhielt sie 18 M. Erziehungs-gelder für die Kinder, die Stube vermietete sie an einen Verwandten und so blieben ihr denn zum Lebensunterhalt ganze 30 M. monatlich übrig. Sie verstand es, damit auszukommen und hat ihre Miete pünktlich bezahlt. Bald nach dem Tode ihres Mannes hatte sie bei der „Helvetia“ ihr gesamtes Mobiliar versichert und die Versicherungssumme war auf 2275 M. angegeben worden. Am Sonntag, 23. Juni, war sie weggegangen, um Wäsche zu besorgen und hatte ihre Kinder längere Zeit allein zu Hause gelassen. Gegen mittag kehrte sie nach Hause zurück, stellte den Hunger der Kinder durch Butterbrote und verweltete noch über zwei Stunden zu Hause. Dann verließ sie mit den Kindern ihre Wohnung, um den Sonntagnachmittag in der ihren Nachbarn gehörigen Laube einer Laubensolone zu verleben. Etwa gegen 5 Uhr kamen dorthin die Kinder mit der Meldung, daß es in der Rostoderstraße 17 brenne. In der That war dort Feuer ausgebrochen. Hausbewohner hatten wahrgenommen, daß Rauch aus der Jauernischen Wohnung drang, sie alarmierten die Feuerwehre und als diese die verschlossene Wohnungsthür sprengte, zeigte sich, daß die Wohnung stark verqualmt war. Die Feuerwehre entdeckte nun, daß mehrere Brandherde vorhanden waren, die mit einander in keiner Verbindung standen. Außer diesen von einander getrennten Brandstellen im Wohnzimmer fand sich eine solche auch in der Küche vor. Hier brannten Viehstollen im Kohlenkasten. Dieser immerhin seltsame Befund und die Thatfache, daß das Mobiliar nach sachverständigem Gutachten viel zu hoch versichert war, gaben Anlaß, Frau Jauernick wegen Verdachts der Brandstiftung in Haft zu nehmen. Sie bestritt gestern mit aller Entschiedenheit jede Schuld und behauptete, daß sie sich nicht erklären könne, wie das Feuer in ihrer Anwesenheit ausgebrochen sein könne. Ihre Mutmaßung, daß ihr fünfjähriger Sohn vielleicht am Vormittag mit Streichhölzern gespielt und das Feuer unbewußt angelegt habe, wollte der Staatsanwalt nicht gelten lassen, da die Angeklagte alsdann Brandgeruch hätte wahrnehmen müssen. Er beantragte gegen sie das Schuldig, da nur sie die Brandstiftung sein könne. Die Geschwornen hielten aber mit ihrem Verteidiger Rechtsanwalt Mayerl die Schuld der Angeklagten nicht für erwiesen, sie verneinten die Schuldfrage, und der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. — Die Angeklagte wurde nach dreimonatiger Haft ihren Kindern wieder zurückgegeben und konnte eine Summe von 50 Mark, die schnell durch eine Sammlung unter den Geschwornen aufgebracht worden war, mit hinaus nehmen.

Strafbare Veranstaltung des Compagniepiels in der preussischen Staatslotterie. Der Kaufmann und Agent Görke hatte einen Lotterieverein gegründet, dem etwa 100 Mitglieder beitraten. Nach den Statuten bezweckte der Verein behufs Erhöhung der Gewinnchancen das gemeinschaftliche Spielen einer Anzahl Loose der preussischen Staatslotterie. Görke leitete die Geschäfte und erhielt für Anzeigen und Wahlverwaltung pro Mitglied und Serienpiel 5 M., so daß ihm bei 100 Mitgliedern während eines Spiels durch alle Klassen etwa 500 Mark zufließen. Jedes Mitglied bekam ein Verzeichnis der vom Verein gespielten ganzen und Teillose und eine Bescheinigung, daß er Miteigentümer der angeführten Lose sei. — Görke wurde nun des Vergehens gegen das Gesetz vom 18. August 1891 angeklagt, wonach der staatlichen Ermächtigung bedarf, wer Lose oder Losabschnitte der königlich preussischen Staatslotterie oder Urfunden, durch welche Anteile an solchen Lose oder Losabschnitten zum Eigentum oder zum Gewinnbezug übertragen werden, feilhalten will. Schöffengericht und Landgericht verurteilten den Angeklagten zu einer hohen Geldstrafe, indem sie annahm, daß er ohne die staatliche Ermächtigung Urfunden im Sinne des Gesetzes feilgehalten habe. Durch seine Mitbeteiligung am Spiel als Mitglied des Vereins werde die Annahme der Gewerbsmäßigkeit seines Handelns nicht ausgeschlossen. — Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, sein Verhalten könne gar nicht unter das angezogene Gesetz fallen, durch welches lediglich der unlautere Zwischenhandel mit Lotterielosen getroffen werden solle. Man könne hier aber nicht sagen, daß er mit seinen Mitgesellschaftern Geschäfte gemacht habe. — Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf indessen die Revision mit folgender Begründung: Es sei ohne Rechtsirrtum festgestellt worden, daß der Angeklagte Urfunden im Sinne des Gesetzes vom 18. August 1891 gewerbsmäßig feilgehalten habe. Die den Mitgliedern des Lotterievereins ausgestellten Bescheinigungen seien solche Urfunden, denn die Lose seien berechtigt gewesen, auf Grund derselben die Auszahlung etwaiger Gewinnanteile zu verlangen. Die Gewerbsmäßigkeit des Verhaltens des Angeklagten sei bedenkenfrei angenommen worden, indem für erwiesen erachtet worden sei, daß der Angeklagte durch seine fortgesetzte Tätigkeit einen sogar erheblichen Gewinn erzielt habe. Nun sei ja das sogenannte Gesellschafts- und Compagniepielen mit Loose der preussischen Staatslotterie an sich gestattet. Verboden sei aber durch das Gesetz vom 18. August 1891 die gewerbsmäßige Veranstaltung eines solchen Spiels, wie sie dem Angeklagten mit Recht vorgeworfen werde.

Sociales.

Kunstliche Streikstatistik. Für das 2. Quartal des laufenden Jahres giebt die amtliche Statistik an, daß 879 Streiks begonnen und 80 noch aus dem ersten Quartal weitergeführt wurden. Beendet wurden 394 Streiks, darunter 68, die aus dem 1. Quartal übernommen waren. An den beendeten Streiks waren 1728 Betriebe mit 48 390 beschäftigten Arbeitern getroffen. Zum völligen Stillstand kamen 406 Betriebe. Die Höchstzahl der gleichzeitig freitenden Arbeiter betrug 18 916, wozu noch 1240 „gezwungene Feiertage“ kommen. Als vollständig erfolgreich beendet werden 89 Streiks bezeichnet und 128 als teilweise erfolgreich, die übrigen als erfolglos. Ausperrungen werden verzeichnet 17 als im 2. Quartal begonnen und 2 als aus dem 1. Quartal fortgesetzt, 12 als beendet. An den beendeten Ausperrungen waren 89 Betriebe mit 2076 Arbeitern beteiligt. Als Höchstzahl der gleichzeitig Ausgesperrten werden 1202 angegeben. Als erfolgreich beendet nennt die Statistik 7 und als teilweise erfolgreich beendet 2 Ausperrungen. Außerdem wird diesmal mit der Bemerkung „soweit Mitteilungen vorliegen“ berichtet über die am 2. Mai 1901 wegen unerlaubter Rauferei erfolgten Ausschließungen von der Arbeit. Solcher werden 21 genannt; darunter 8 in Berlin und Vororten mit zusammen 17 betroffenen Betrieben, wovon 8 zum völligen Stillstand kamen. Aus Halle werden 2 Ausschließungen mit 3 Betroffenen genannt, je 1 aus Altona, Dömitz, Riesa, Öhringenswalde, Dittmannsdorf, Müllau, Bremen, Hermsdorf, die übrigen in Leipzig und Vororten. Als Höchstzahl der gleichzeitig Ausgeschlossenen, womit in diesem Falle wohl auch die Zahl der wirklich Betroffenen angegeben sein dürfte, werden 975 genannt.

Sociale Rechtspflege.

Ingenieursfähigkeit des Gewerbegerichts. Der Kärntner Feldgramm, der im Hause 4 und außer dem Hause 10 bei 14 Personen beschäftigt, hatte den Fabrikanten Wolf beim Gewerbegericht verklagt. Wolf hatte ihm eine Anzahl Nägen,

angeblich wegen schlechter Arbeit, nicht bezahlt. Der Beklagte wandte Ingenieursfähigkeit des Gewerbegerichts ein, weil der Kläger selbständiger Unternehmer sei. Es betriehe die Fabrikation geschäftsmäßig und arbeite bald für diesen, bald für jenen. Der Kläger betonte dem gegenüber, er sei Hausindustrieller und das Gewerbegericht deshalb zuständig. Er arbeite für bestimmte Geschäfte und erhalte das Material von diesen geliefert. Aus eigenem Material fertige er nur in seltenen Ausnahmefällen etwas an. Selbstverständlich gehe er auch zu anderen, wenn einer seiner Auftraggeber seine Beschäftigung für ihn und seine Leute habe. Er müßte doch für Arbeit sorgen. Die Kammer II unter dem Vorsitz des Gewerberichters v. Schulz wies den Kläger wegen sachlicher Unzuständigkeit des Gewerbegerichts ab. Begründend wurde ausgeführt: Das Gericht sei zum Teil auf Grund der eigenen Angaben des Klägers zu seiner Entscheidung gekommen. Der Kläger müsse selber zugeben, daß der Kreis seiner Kunden ein unbestimmter sei. Demgemäß könne sich das Gericht nach § 4 des Gewerbegerichts-Gesetzes nicht für zuständig erklären.

Unfähigkeit zur Fortsetzung der Arbeit als Entlassungsgrund. Der Bäcker F. litt mehrere Tage an schwerem Durchfall und konnte deshalb seiner Beschäftigung bei dem Schneidermeister Fischer nicht nachgehen. Er schickte einen Kollegen zum Meister, damit er ihn dort vertreten. Der Meister ging aber darauf nicht ein, sondern engagierte einen anderen Bäcker und nahm auch F. später nicht wieder an. F. verklagte darauf Fischer beim Gewerbegericht und betonte noch, daß ihm der Beklagte versprochen habe, er könnte wieder eintreten, wenn dem neuen Bäcker gekündigt sei. Der Kläger wurde mit seinem Entlassungsanspruch abgewiesen. Gewerberichter Dr. Leo führte begründend aus: Es sei anzunehmen, daß der Kläger während seiner Krankheit entlassen worden sei. Und daraus, daß der Kläger einen Vertreter sandte, geht hervor, daß er seine Unfähigkeit für eine längere Zeit andauernde hielt. Es greife darum hier § 123, Nr. 8 der Gewerbe-Ordnung Platz, wonach Unfähigkeit zur Fortsetzung der Arbeit ein Entlassungsgrund sei. Daß Kläger dem Beklagten einen Stellvertreter schickte, sei unerheblich. Denn ebenso wenig, wie der Arbeiter sich gegen seinen Willen einen anderen Arbeitgeber aufzwingen lassen brauche, sei der Arbeitgeber verpflichtet, den ihm vom Arbeiter geschickten Stellvertreter zu beschäftigen. Und die Äußerung, daß der Kläger wieder eintreten könnte, wenn der andere gekündigt wäre, sei eine jener vagen Versprechungen, die besser unterblieben, denen aber eine rechtliche Bedeutung für die Fortsetzung des alten Arbeitsverhältnisses nicht im mindesten beizumessen sei.

Veranstaltungen.

Der Verein socialdemokratischer Gast- und Schanktrete hielt seine Versammlung beim Kollegen Kleinert ab mit der Tagesordnung „Kaischen- und Gefährtsfrage“. Kollege Jubel berichtete, daß die Kommission folgende Punkte für die Petition an den Reichstag aufgestellt hat: 1. Einschränkung der Waffenfertigung. 2. Verbot der Konzession an Warenhäuser. 3. Abgabe sämtlicher Gefährts für Norddeutschland wie der bestehende in Süddeutschland. 4. Die Polizeistunde einheitlich zu regeln und dahin zu erweitern, das Verweilen der Gäste eine halbe Stunde nach der bisher gebotenen zu gestatten. Die Versammlung übertrug der Kommission die weitere Ausarbeitung dieser Forderungen. Die Stellungnahme zur Erteilung des Eigentumsrechts an Plätzen festlicher Gestalt wurde von der Versammlung den davon betroffenen Bräuereien und Selterwasser-Fabrikanten selbst überlassen. Aufgenommen in den Verein wurden 7 Kollegen. Ferner teilte Erwald mit, daß die Beteiligung an den Nachgehenden der Polizeistunde eine sehr schwache ist, er deshalb bisher nichts haben machen können, da sich bei ihm nur 3 Kollegen mit ablehnenden Bescheiden gemeldet haben.

Die Tapezierer hielten am Montag eine zahlreich besuchte Versammlung im Gewerkschaftshaus ab, in der Leo Schmidt über: Die Zustände im Beruf in der letzten Saison vor Ablauf des Vergleichs-Vertrages referierte. Der vor 2 Jahren vor dem Gewerbegericht zu stande gekommene Vertrag mit den Arbeitgebern hat im allgemeinen günstig auf die Verhältnisse des Berufs eingewirkt. Auf Grund des Vertrages war es möglich, die 62stündige wöchentliche Arbeitszeit mit den 60 Pf.-Stundenlohn in den meisten Werkstätten zur Durchführung zu bringen. In einzelnen Werkstätten ist es freilich noch nicht gelungen und gerade sind es auch Vorstands-Mitglieder der Innung, die sich gegen die Durchführung der vertragmäßigen Bestimmungen sträubten. Zum großen Teil tragen die Arbeiter selbst die Schuld daran, da sie nicht energisch genug die ihnen vertragsmäßig zustehenden Rechte fordern. Von einzelnen Firmen, besonders auch von der Firma Pfaff, wurde versucht, die Vertragsbestimmungen zu durchbrechen. Den Vertretern der Arbeiter wurde mit Mahnregelung gedroht, weil sie energisch für die Aufrechterhaltung des Tarifs eintraten. Der Referent sprach sich für eine Verlängerung des im nächsten Frühjahr ablaufenden Vertrages aus und für eine Verbesserung einzelner Positionen des Tarifs. Wenn es nicht anders ginge, müsse man durch Kampf dafür eintreten.

Nach lebhafter Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Tapezierer-Versammlung erklärt sich mit der bisherigen Haltung ihrer Interessen, soweit dieselben im Rahmen des Vergleichstarifs vom März 1900 liegen, einverstanden und erklärt sich prinzipiell mit der eventuellen Verlängerung des Vertrags einverstanden.“

Eine Taktiker- und Sattlerversammlung, die am 19. d. M. tagte, nahm einen Vortrag Wiesentals über die jetzige wirtschaftliche Krise entgegen und beschloß dann, wo es irgend angeht, die Lieferungen zu verweigern, damit auch die arbeitslosen Kollegen untergebracht werden können.

Schöneberg. Eine am Sonntag in Obfisch-Jessälen abgehaltene öffentliche Versammlung aller Krankentafelmitglieder am hiesigen Orte beschäftigte sich vornehmlich mit dem augenblicklichen Stande des Apotheken-Bohotts und der bekannnten Verfassung des Landrats gegen die hiesige Ord.-Krankenkasse. Herr Dr. Freudenberg empfahl ein einheitliches Vorgehen aller am Orte befindlichen Krankentafeln, insbesondere bei dem Bezuge von Medikamenten, welcher durch die hiesige Ord.-Krankenkasse aus der Lutterfischen Apotheke in Potsdam vermittelt wird. Mit welchen Mitteln indes die Sache der „armen“ Apotheker, die nach dem Eingeländnis eines hiesigen Befehrs bereits bis zum äußersten geschädigt ist, seitens einiger Dienstbesitzer, ob direkt oder indirekt, unterstützt werden soll, beweist eine Petition, die dem Landrat, mit ungefähr 140 Unterschriften versehen, zugegangen ist und die angeblich gegen den eingeführten Probus des Medikamentenbezugs Protest erhebt. Nach einer Mitteilung setzen sich diese Petenten zusammen aus Arbeitern der hiesigen Schloßbrauerei, einer Ironenanstalt und eines Warenhauses. Nachdem die Versammlung ihrer Entrüstung darüber Ausdruck gegeben hatte, daß sich Arbeiter zu solchen Diensten hergeben, statt mit ihren Arbeitskollegen Hand in Hand zu gehen, um im Krankentafelwesen bessere Verhältnisse zu schaffen, wurde das Bureau beauftragt, bei der Leitung der Schloßbrauerei vorstellig zu werden, ob diese sogenannte Petition mit ihrem Einverständnis oder ihrer Kenntnis erfolgt ist.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Friedrichshagen hielt am 22. September seine regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokal von Conrad ab. Genosse Dr. Wehl hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: Die stellen wir uns zur Alkoholfrage. Redner schilderte die Gefahren des Alkohols und forderte zum Kampf gegen den Mißbrauch alkoholhaltiger Getränke auf; er könne aber aus taktischen Gründen keine Abstinenz predigen, weil unsre Parteigenossen bei der Agitation sowie bei den Parteiarbeiten nach Lage der Verhältnisse auf den Wirtshausbesuch angewiesen seien. Der Mißbrauch des Alkohols vertiert und verblödet aber die Menschheit, und solche sind in unserem Kampf nicht zu gebrauchen. Die Materie lasse sich auch nur auf

geselligem Wege regeln und könne die socialdemokratische Partei die Frage daher so ohne weiteres nicht von der Hand weisen. In der darauf folgenden Diskussion traten die beiden Herren Würger und Roselowski konsequent für Abstinenz ein.

Unter Vereinsangelegenheiten beschloß die Versammlung, die Parteiangelegenheiten nicht in öffentlicher, sondern in der ordentlichen Vereinsversammlung zu erledigen, und findet dazu die nächste Versammlung am 19. Oktober in demselben Lokal statt.

Der socialdemokratische Wahlverein für Adlershof hielt am 19. d. M. seine Mitgliederversammlung bei Scheer in Köpenick ab. Genosse Schubert-Schöneberg hielt einen Vortrag über das Thema: Die beteiligten wir uns an der Landtagswahl. Redner erläuterte das Wahlreglement und kam zu dem Schlusse, daß wir trotz aller Hindernisse uns an der Landtagswahl beteiligen müssen, weil auch in Landtags Besetze gemacht werden, die tief in das Volksleben eingreifen. In der Diskussion äußerte sich im selben Sinne Genosse Hilbrand. Nachdem noch unter Vereinsangelegenheiten eine längere Debatte in der Lokalfrage stattgefunden hatte, schloß der erste Vorsitzende die Versammlung.

Charlottenburg. Der socialdemokratische Wahlverein hielt am 19. d. M. eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Eduard Bernstein einen interessanten und beifällig aufgenommenen Vortrag über „Erinnerungen aus der Zeit vor dem Sozialistengesetz“ hielt. Nach einer hierauf folgenden kurzen Diskussion gab Genosse Sellin den im Vorwärts schon bereits veröffentlichten Bericht über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Nach Erledigung der neuen Bezirksteilung wählte die Versammlung die Genossen Bunge, Vogel und Thiem als Mitglieder der Baukommission des Gewerkschaftshauses. Genosse Ehrlich gab sodann bekannt, daß von den zehn, demnächst zu wählenden Stadtverordneten der dritten Abteilung sechs Hausbesitzer sein müssen, und forderte zur kräftigen Agitation auf. Zum Schluß ließen sich 28 neue Mitglieder aufnehmen.

Holzarbeiter Rixdorf. In der Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes der Rahlstelle Rixdorf, die am 18. d. M. stattfand, wurde folgende Protestresolution einstimmig angenommen: Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen das Verhalten der Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“, insbesondere gegen den Artikel vom 1. September, welcher sich mit dem Glasarbeiter-Streik befaßt. Ferner spricht die Versammlung den Glasarbeitern, nachdem dieselben 58 Wochen um ihr Koalitionsrecht hungerten, ohne zu murren, gelämpft haben, ihre volle Sympathie aus mit der Bitte, jene großmütigen Genossen in ihrem harten Kampfe nach Kräften weiter zu unterstützen.

Eingegangene Druckschriften.

Der „Wahre Jacob“ hat seinen die 20. Nummer seines 18. Jahrganges erscheinen lassen. Das farbige Titelbild schildert den Empfang, der dem seligen „Serenissimus“ einst bei der Beerdigung seiner Landesbrüder anhaft zu teil wurde. Das farbige Bild „Deutsche Fortschritte in Ostasien“ ist die Illustration zu einer der vielen von Waldreiter nach seiner Mitternacht gehaltenen Reden. In dem Bilde „Der sinesische Botan in Frankreich“ wird die Lage scharf kritisiert, in welche sich die französische Republik infolgedes des Parisbesuches gebracht hat. Ferner sind in der Nummer noch zahlreiche politische Bilder enthalten. Das Zeitgedicht „Väcker Thing“ ist dem socialdemokratischen Parteitage gewidmet; die Gedichte „Der Schneepflug“, „Der geborgte Wögel“ und die Satire „Ein verunglücktes Projekt“ sind politische aktuelle Zeitgedichte. Außerdem sind Humor und Satire noch in zahlreichen Textbeiträgen der 12 Seiten starken Nummer enthalten, so daß wir unsern Lesern die Anschaffung derselben nur empfehlen können. Der Preis der Nummer ist 10 Pf.

Marktpreise von Berlin am 25. September 1901

nach Ermittlungen des kgl. Volksgewerksamts.		Kornpreise, neue D.M.		8 —	5 —
Weizen, gut	14,80	14,10	14,10	1,70	1,20
„ mittel	14,00	13,20	13,20	1,50	1,00
„ gering	13,20	12,50	12,50	1,30	0,80
Roggen, gut	14,80	14,10	14,10	1,70	1,10
„ mittel	14,00	13,20	13,20	1,50	1,00
„ gering	13,20	12,50	12,50	1,30	0,80
* Hafer, gut	16,10	15,30	15,30	2,20	1,20
„ mittel	15,30	14,50	14,50	2,00	1,00
„ gering	14,50	13,70	13,70	1,80	0,80
Gerst, gut	7,00	6,50	6,50	2,40	1,20
„ mittel	6,50	6,00	6,00	2,20	1,00
„ gering	6,00	5,50	5,50	2,00	0,80
Erbsen, gut	40,00	35,00	35,00	16,00	2,50
„ mittel	35,00	30,00	30,00	14,00	2,00
„ gering	30,00	25,00	25,00	12,00	1,50

* frei Wagen und ab Bahn.

Produktionsmarkt vom 24. September. Am Getreidemerkte herrschte maitte Haltung. Als Veranlassung wurde angegeben, daß der vorgekehrte veröffentlichte amtliche statistische Bericht das Gegenteil dessen enthalte, was er vor einigen Monaten gebracht hatte. Es stellt sich heraus, daß die dies-jährige Anbaufläche für Wintergetreide sich gegen das Vorjahr weniger verringert hat, als angenommen wurde und daß sich die Erntebeschädigungen als weniger bedeutend erweisen haben, als man bisher befürchtete. Auf den hiesigen Markt brachten starke Realisationen angedacht für die Provinz. Schon der Preismarkt setzte mater ein, im Mittagsverkehr sanken die Preise für Weizen um 1/2 M., dieselben für Roggen um 1/2 M. unter gestern. Aus Amerika kamen wenig niedrigere Preise; auch Oestreich-Ungarn war wenig verändert. Aus Hamburg wurden große Weizenanfaufe gemeldet. Wehl 10—15 Pf. niedriger. Hafer still, behauptet. Wehl fest auf America. Wehl war behauptet, hiesigen etwas abgeschwächt. — Schluss für Getreide unerholt.

Briefkasten der Redaktion.

Die kritische Zurechnung findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

W. V. bitten, im Adreßbuch nachzusehen, wo der Herr Baron wohnt.

G. A. 77. Was die Mäher in Pausen, Sachsen-Weinungen.

J. Z. 22. Die Gehaltsfrage ist unerheblich. Was der Krankentafelmitglieder betrifft die Handlungsgeschäfte verhält es sich folgendermaßen: Handlungsgeschäfte und Handlungsgeschäfte unterliegen der Aufsichtspflicht nur dann, wenn das Unternehmen ein Handelsgeschäft ist. Wenn ein Unternehmen ein Handelsgeschäft ist, ist es verpflichtet, die Aufsichtspflicht zu übernehmen oder beschränkt ist. Das Recht ist aufgehoben oder beschränkt, es tritt also der gesetzliche Beschränkungsanspruch ein, wenn durch Vertrag direkt oder indirekt das Recht aus Artikel 63 (H.-G.-B.) beschränkt ist. Eine direkte Beschränkung dieses Rechts — Vereinbarung, daß der Vertragspartner für die Dauer der Krankheit Gehalt nicht sechs Wochen lang zu zahlen habe — ist selten, gebräuchlich fast nur für Bedrungen. Deswegen häufiger ist die indirekte Beschränkung des Rechts aus Art. 63 insbesondere durch Abkündigung der geschäftlichen Verbindlichkeiten, nur zum Schluß des Kalenderjahres zulässigen Abkündigung. In allen Fällen, in denen diese geschäftliche Verbindlichkeiten in allen Fällen, in denen Monatsabkündigung vereinbart ist, unterliegen die Handlungsgeschäfte der gesetzlichen Krankentafelversicherung. Daß diese Versicherung, und nicht die letztere, zutreffend ist, ist vom Oberverwaltungsgericht und vom Kammergericht anerkannt. Der Handlungsgeschäfte bezieht neben dem Krankentafel sein volles Gehalt weiter.

Witterungsübersicht vom 24. September 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (mm)	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Stationen	Barometer (mm)	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter
Stromede	764,80	4	wolklos	16	Daparanda	767,30	3	bedeckt	11
Dampburg	760,00	4	bis bed.	17	Beiersburg	772,30	2	wolklos	11
Berlin	762,00	4	wolklos	17	Boch	758,00	2	bis bed.	14
Frankf./M.	757,00	1	leiser	16	Herberden	—	—	—	—
Hannover	769,00	2	hefter	13	Paris	768,00	0	bedeckt	13
Wien	763,00	2	wolklos	18					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 25. September 1901. Bistell wollos, am Tage etwas kühler bei mäßigen südlichen Winden. Feins oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 25. September.
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Götterdämmerung. Anfang 8 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Rädel, sei schön. Der Hochzeitstag. Anf. 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Rameau's Ragot. Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Trianon-Theater. „Lebende Leber“. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Heimat. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Nora. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft (2. Teil). Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Hans Hofenbagen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weidens. Sein Doppelgänger. Vorher: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Feig-Weibchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesken. Jar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Dassel's Viten-cron's Bantel Breitl. Anfang 8 Uhr.
Central. Groß-Groß. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luft. Die Leibrente. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Die Bandhändler. Anf. 7 1/2 Uhr.
Welle-Mittelpunkt. Talalo. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Anna. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Ringsämpfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Sittlicher Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Rosenmontag. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Berlin W. — Berlin N. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater).
 Mittwochabend 8 Uhr: **Helmut.**
 Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
 Donnerstagabend 8 Uhr: **Die Kronprinzen.**
 Freitagabend 8 Uhr: **Jugend.**

Central-Theater.
 Heute Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 5. Male mit gänzlich neuer Ausstattung: **Giroflé-Giroflá.**
 Kom. Operette in 3 Akten von Lecocq.
 Hauptdarsteller:
 Mia Werber, Edmund Runstadt, Carl Schulz, Emil Sondermann.
 Morgen und folgende Tage Anfang 7 1/2 Uhr: **Giroflé-Giroflá.**
 Sonntag nachmittags halbe Preise.
 Zum 758. Male: **Die Geisha.** Abds. **Giroflé-Giroflá.**

Metropol-Theater.
Schön war's doch!
 Gr. Berliner Ausstattungsspiel mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Emil Thomas a. G.
Joseph Josephi a. D.
H. Bender. G. Kaiser.
Else de Veré a. D.
Frid-Frid. F. Georgette.
Gastspiel: Saharet!
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Reichshallen.
 Stettiner Sänger.
 Serisches Programm, u. a. „Bosco“.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
 Invalidenstr. 57/62.
 Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.
 Friedrichstr. 165.

Neu! Neu! Neu!
Der künstliche Mensch!
 Die sensationellste Erfindung der Neuzeit:
 Der „Clou“ der Pariser Welt-Ausstellung.
 Vorstellungen: 12 Uhr mitt., 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Zoologischer Garten
 Täglich nachm. 4 Uhr:
Grosses Konzert.
 Bei ungünstiger Witterung im Saal.
 Entree 1 Mk.; von 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder die Hälfte.

Thalia-Theater.
 Dresdenstr. 72. Heute u. folg. Tage:
Ein tolles Geschäft.
 Große Aufstufungsspiele mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
 Paula Worm in 8 Bewandlungen.
 Guido Thielscher in 11 Bewandlungen.
 Fritz Helmerding als Wölzogen.
 Junkermann, Böse. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater
 Große Frankfurterstr. 132.
 Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Jubiläumsvorstellung unter persönlicher Leitung des Komponisten R. Leonard.
 Zum 25. Male:
Berliner Rangen!
 Große Aufstufungsspiele mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert.
 Musik von R. Leonard.
 Jeder Besucher der heutigen Jubiläumsvorstellung erhält als Souvenir eine Kollektiv-Miniatur-Sammlung der Darsteller und Haupt-szenen aus „Berliner Rangen“.
 Morgen: Derselbe Vorstellung.
 Sonnabendnachmittag Kinder-Vorstellung: **Wochenend.** Sonntag nach-mittag: **Pläne, die zweite Frau.**

W. Noacks Theater.
 Blumenstraße 16.
Schuldig.
 Drama in 3 Akten von R. Sch. Donnerstag:
Die wilde Katze.

Palast-Theater
 St. Neuen-Palast, Burgstr. 22.
 Direction: Winkler u. Fröbel.
 Täglich: Unbeschreiblicher Erfolg des Sensations-Programms.
Spätinteressantes Künstler-Perfomel.
William Neubert.
Karl Braun.
 Endlich allein.
 Der Komponisten-Wettstreit.
 Director Wilhelm Fröbel in der abendlich bejubelten Gesangsspiel.
Rosenmontag
 Lebende Riesen-Photographien.
 Anfang 8 Uhr. Raftöffnung 7 Uhr. **Wet-Verkauf** von 11-1 Uhr.
 Chordamen können sich melden im Bureau von 11 bis 1 Uhr.

Sanssouci
 Kottbuserstr. 4a.
 Wiederauftreten von **Adolf Hoffmann.**
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
 Nach jeder Soiree: **Tanz.**
 Anfang Sonntag 7 Uhr, von 5-7 Uhr **Konzert.**
 Entree 50 und 75 Pf. **Wochentags** Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf.
 Wochentags Vereinsbilletts gültig und **Tanz** frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und **Ber-sammlungen** frei.

Deutsche Konzerthallen.
 An der Spandauer Brücke 3.
 Vornehmst. Vergnügungsort!
 Täglich: **Internationale Konzerte.**
 Spezialität: **Doppel-Vorstellung** von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
 Vorzügliche Küche.
 Gut gepflegte Biere.

Apollo-Theater.
 10 Spezialitäten.
Grandel. * Steidl.
Frau Luna
 Luftballett Grigolatis
 Anfang 8 Uhr.

Cirkus Busch
 Bahnhof Börse.
Gala-Premiere
 Sonnabend, den 28. September.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Billets sind an der Kasse und im „Invalidendank“ zu haben.

Casino-Theater
 Lothringerstrasse 37.
 !Glänzender Erfolg der Saison!
Steidl.
 Berlin N. — Berlin W.
 Anf. wochent. 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante **Herren-Garderobe**
 nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Fert. Garderobe stets vorräthig.
 Schneidermeister, Tomporowski, Neanderstr. 16. II.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erklaffige **Spezialitäten. J. M. Hätt.**
 Sonntag 5 Uhr. **Spezialitäten. J. M. Hätt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Wo amüsiert man sich grossartig?
 in **Schnegelsbergs Festsälen**
 Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
 Inh.: **Max Schindler.**
 Heute: **Grosser Ball und Thaler-Regen**
 verbunden mit Cigarren, Bonbon-Regen und diversen Ueberraschungen. 21000*
 Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Achtung! Allen Vereinen und Gewerkschaften zur Nachricht, daß ich das früher **Willeke Lokal** übernommen habe und als **Gastwirthschaft** und **Logierhaus** weiter-führen werde. Sämtliche Räume sind vollständig renoviert und stehen die **Säle, Vereinszimmer** sowie **Regelbahn** noch für einige Tage, auch **Sonnabends**, frei. Es wird mein Bestreben sein, durch vorzügliche und preiswerte Küche und gepflegte Biere meinen werthen Gästen den Aufenthalt in meinem Lokal so angenehm wie möglich zu machen, und lade ich zu recht zahlreichem Besuch freundlich ein.
 2353L* **Franz Merkowski.**

Grösstes Möbel-Kaufhaus
 für complete Wohnungseinrichtungen u. einzelne Stücke auf **!!Credit!!**
 bei kleiner Anzahlung u. auf Jahre hinaus verteilten Raten
 Kompl. Einrichtungen von Mk 300 bis Mk 5000
 und mehr auf Teilzahlung
Central-Möbel-Halle
 S. Kommandantensfr. 51 Ecke Alexandrinenstr.
 Bitte die 7 grossen Schaufenster zu beachten

Nordhäuser Kautabak
 Athenstadt & Bachrodt, Nordhausen,
 sehr bestes Fabrikat (Gouttlofrei), überall käuflich. Generalvertrieb:
H. Preuss, Berlin N., Schwimmbrunnstr. 60, I. [2362L*]

Neueste Nachricht!
 Vollständige Wohnungs-Einrichtung für Mark **250.** [2134L*]
 Sofa
 Bettstellen mit Federboden und Rissen von Mark 30 an
 Tischgarnituren 100
 Paneelsofas 60
Berlin O., Holzmarktstr. 21.

Ausverkauf
 a. b.
Schlesinger'schen Konkursmasse
 Erste Berliner Patent-Schlafmöbelfabrik
Spandauer Straße 48, am Mollsenmarkt.
 Patent-Sofas, ein- u. zweifachförmig, Bett-Stühle, Bett-Chaise-longue, Metallbettstellen mit Matratzen sowie komplette Betten sollen **zum billigsten Preise** verkauft werden. Der Verkauf findet statt **vormittags 8-12 Uhr, nachmittags 2-8 Uhr.** [2987L*]

Cirkus
Albert Schumann.
 Ronz-Gabäude, Karlstrasse.
 Mittwoch, den 25. September, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung.
 Neu! u. a.: Neu!
Ein Ständchen in der Arche Noahs.
 Dir. Albert Schumann.

Reu! Die 3 Wehara in der hohen Schule geritten von den Französinen **Mlle. Blanche Martin, Mlle. Rita Marty** und **Mlle. Savel.** Neu! Original **Abolop** und **Coco.** Neu! **Cottrell.** Neu! **Mad. C. Renz.** Neu! **Herr C. Renz.** Neu! Die phänomenalen **Amerikaner 5 Johnson-Glub-Jugglers.** Neu! Die **Chinesen Garro** und **Waria.** Neu! 8 Engländer. Neu! **Der Serpentin-Tanz** mit einem **Schnipsler.** Director **Alb. Schumann.** Neu! **Wiß Flora.** Neu! **Roni. Marquis.** Neu! **Wei-hai-wei,** **March** von 100 Damen. Neu! **Schul-reiterin** **Hrl. Fredora,** sowie das übrige vorzügliche Programm.

Neues Klubhaus
 72. Kommandantenstr. 72.
 Habe noch **Sonnabende u. Sonntage** im **November, Dezember, Januar** etc. einen **größeren Saal** zu vergeben.
H. Ebert.

Engl. Garten.
 Alexanderstr. 27 c.
 Säle im **November**, sowie der **Totenfeier** und **1. 2. Weihnacht-** **Feiertag** zu **Bestlichkeiten** noch zu vergeben. 2309L*

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Mittwoch, den 25. September, abends 8 Uhr:
Bezirksversammlung für Ober-Schöneweide
 bei **John, Wilhelmshofstr. 18.** [119/4]
 Zahlreiches Erscheinen erwartet. **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Sattler und Berufsgenossen
 (Filialen Berlin).
 Donnerstag, 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus,** Engel-Ufer 15, Saal IV:

Kombinierte Mitglieder-Versammlung
 sämtlicher 6 Filialen Berlins.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des **Genossen Link** über: **„Wend und Nutzen der Centralisation heutiger Filialen“.** 2. Diskussion. 3. **Erfolgswahl zum Central-** **vorstand.** 4. **Paritätischer Arbeitsnachweis.** 5. **Berichtendes.** 157/15
 Der überaus wichtigen Tagesordnung wegen versteht es sich von selbst, daß ein jedes Mitglied unseres Verbandes auf **Berlin** dazu anwesend sein muß.
J. W. Georg Standke.

Achtung, Männer Rixdorfs!
Männer-Vortrag
 morgen **Donnerstagabend 8 1/2 Uhr,** **Germania,** **straße 49 bei Thomas.**
 Prof. **Naturheilkundiger Grundmann** erklärt an großen Lichtbildern **Männerleben, Leiden und Nervenschwäche.**
 Gabe 20 Pfennig, dafür eine **Profschüre.** Um zahlreiches Erscheinen bittet **Grosser Berliner Naturheilverein, Ortsverein Rixdorf.**

Schöneberg.
 Heute, **Mittwoch, abends 8 Uhr,** im **Obstischen Lokale,** **Meiningerstrasse 8:**
Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehenden **Stadtverordneten-Wahlen.** Referent: **Stadts-** **verordneter Dr. Curt Freudenberg.** [203/9]
 2. **Diskussion.**
 3. **Aufstellung der Kandidaten.**
 Die dringende Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, in dieser **Versammlung** zu **ercheinen.**
Das Wahlkomitee.

Achtung! Rixdorf. Achtung!
 Donnerstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr:
Volks-Versammlung
 in **Gröpplers Salon, Bergstr. 147.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag der **Genossen Hartha Tiets** über: **„Die willkürliche Milch- und Fleischvertierung, ein neuer Raubzug gegen die Besitzlosen.“** 2. **Diskussion.**
 Zur **Deckung der Unkosten** 10 Pf. **Entree.**
 Frauen, erscheint zahlreich in dieser **Versammlung.**
 1/6 **Die Vertrauensperson.**

Partei-Expeditionen:
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Stalitzerstr. 35, vorn part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzweberstr. 8, part. im Vaden. — **Wedding und Oranien-** **burger Vorstadt:** Emil Stolgendurg, Biesenstr. 41/42. — **Gesundbrunn:** Wilhelm Gschmann, Nachfolger Hermann Rastke, Grünhaldenstr. 65. — **Rosenthaler Vorstadt** und **Schönhauser Vorstadt:** Carl Mars, Kallmann-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Schwarzberg, Selenheimerstr. 1, Ecke Goethestr. u. I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Th. Müller, Berlinstr. 152/153, rechter Seitenf. — **B. Ridel,** Kugelhstr. 3, v. I. — **Friedrichsberg - Friedrichsfelde:** Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. — **Grünau:** Adolf Gandel, Rosenfelderstr. 89. — **Rixdorf:** O. Hermann, Gröbnerstr. 6. — **Schöneberg:** Wilh. Bäumer, Apffel Paulstr. 13, Querweg. **Neu-Schöneweide:** Otto John, Wilhelmshofstr. 18. **Neu-Nieder-Schöneweide:** Carl Deber, Cigarrengeheiß. — **Johannisthal:** Paul Mann, Friedrichstr. 89, I. — **Adlershof:** Gustav Hise, Gadenbergstr. 8. — **Köpenick:** Friedrich Wolf, Schönerlindestr. 8. — **Friedenau - Steglitz:** G. Bernier, Rixstr. 15 in Friedenau. **Befragungen** nehmen entgegen in **Steglitz:** S. **Robert,** Doppelstr. 8, und **Hr. Schellhase,** Adornstr. 15a. — **Baumshulenberg:** Stodt, Grünstr. 2, II. — **Neu-Weissen-** **sée:** Heinrich Bachmann, Leberstr. 1, part. links. — **Rummels-** **berg:** Borgberg, Prinz Albertstr. 6a.
 Außerdem ist sämtliche **Parteiliteratur** sowie alle wissenschaftlichen **Werke** dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts“** entgegengenommen.
Bitte ausschneiden!

Brauerei Germania
 Aktien-Gesellschaft
 Berlin O. 34
 Frankfurter Allee 53
 Teleph. Amt VII 2645
 empfiehlt für **1,50** frei Haus
 18 Fl. 4/10 Lagerbier [2316L*]
 15 Fl. 1/3 Lagerbier
 15 Fl. 4/10 Pilsener Art
 15 Fl. 4/10 Münchener Art
 15 Fl. 00 Weissbier
 20 Fl. Doppel-Weissbier.

Steppdecken
 kauft man am besten und billigsten nur direkt in der **Fabrik B. Strohmandel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,** wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 2137L*
Geld!
 Darlehen oder Hypothek sucht, verlange untern **Hypotheken- und Darlehens-Rachweis.**
H. Bittner & Co., Hannover-Z.
 Kautabak-Fabrik-Lager von **Hugo Karl Hagenbruch** **Höhlhausen** in Thür., bei **Ang. Kleinert, Berlin SW., Groß-** **beerstr. 39, Fernspr. VIIa 10560.** **Bestreiter für Berlin und Sororte.** *
Gardinehaus **Bernhard Schwarz**

Einsegnungs-Anzüge, neueste Fagons in blau und schwarz Kammgarn u. Cheviot **Julius Lindenbaum,** Große Frankfurterstr. Nr. 141, Ecke Fruchtstr. 2215L*
 Verantwortlicher Redacteur: Carl Reid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Radins in Berlin.

Fünfter Kongress der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften Deutschlands.

2. Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Samt Präsenzliste sind auf dem Kongress 18 233 Mitglieder vertreten. 5 Organisationen mit 231 Mitgliedern sind nicht vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird beschlossen, die Verhandlungen des Kongresses auf Mittwoch auszuweihen, um die reichhaltige Tagesordnung erledigen zu können. Außerdem gelangte ein Antrag zur Annahme: durch eine aus verschiedenen Branchen zusammengesetzte Kommission alle zum 3. Punkt: Streiks, deren Regelung und Unterstützung, vorliegenden Anträge prüfen zu lassen und dem Kongress entsprechende Vorschläge zu machen.

Hierauf referierte Kessler über die Bestrebungen der Centralisation gegenüber den neutralen Gewerkschaften.

Der Redner schildert eingehend das Vorgehen der verschiedenen bürgerlichen Parteien und der Socialreformer, die ansehend den Arbeitern seiner Zeit ein gewisses Wohlwollen entgegenbrachten, aber hauptsächlich nichts weiter bezweckten, als die Arbeiter von der Socialdemokratie abzuwenden. Sobald die Arbeiter aber Forderungen stellten, so war es mit der Arbeiterfreundlichkeit dieser Leute vorbei. Wenn sich nun noch Gewerkschaften finden, die die Arbeiter verwirren, indem sie ihnen die Ansicht beizubringen suchen, daß durch die Verbände alles erreicht werden könne, so müßten sie entschieden bekämpft werden, weil diese Gewerkschaften dadurch die Arbeiter der Socialdemokratie entfremden. Auch in der gewerkschaftlichen Organisation müsse den Arbeitern die Notwendigkeit des politischen Kampfes stets klar gemacht und im Sinne der socialdemokratischen Prinzipien gelehrt werden. Die Vertrauensmänner-Centralisation ist auf diesem Standpunkt geblieben und nicht sie, sondern die Verbände sind es, die eine Sonderstellung einnehmen. Die Vertrauensmänner-Centralisation seien auch bereit, bei bestimmten wirtschaftlichen Kämpfen mit den Verbänden zusammenzugehen. Eine gemeinsame Organisation sei infolge der Verschiedenheit der Gegensätze nicht möglich. Man solle nur die Vertrauensmänner-Organisation zufrieden und gewähren lassen, sie sind es nicht, die den Zweipakt hervorgerufen wollen. Der Referent fährt dann an, daß die Verbände bestrebt sind, den Parteivorstand, die Parteicontroleure und auch die Parteipresse zu ihren Gunsten zu beeinflussen und vertritt die Ansicht, daß die Angriffe gegen die Vertrauensmänner-Centralisation, deren Bestehen durch das Verhalten der Verbände begründet, vollständig unberechtigt sind. Die Verbände hätten Flakso gemacht, denn trotz ihrer jahrelangen Thätigkeit sei es ihnen nicht gelungen, auch nur den zehnten Teil der Arbeiter zu organisieren. Die Vertrauensmänner-Centralisation hätten jedenfalls keinerlei Veranlassung, von ihrem Standpunkt abzugehen.

Obermeyer-Braunschweig kann sich mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden erklären und erachtet ein Zusammengehen der Organisationen für unbedingt notwendig. Es müßten allerdings Unterschiede bei den einzelnen Verbänden gemacht werden. So sei der Raumerverband in jeder Weise bemüht, seine Mitglieder zu zielbewußten Socialdemokraten zu machen. Er geht allerdings von dem Gesichtspunkt aus, daß dort, wo notwendig, die Verhältnisse berücksichtigt werden. Dasselbe gelte aber auch von den Vertrauensmänner-Centralisationen. In Braunschweig konnte die Organisation dem Verband nicht mehr entgegenstehen, weil kein Anlaß zur Opposition und nichts Trennendes vorhanden ist. Die Vertrauensmänner-Centralisation war bisher stolz auf das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen dazu gehörigen Organisationen. Das hat aber auch ausgehört, denn Lohnbewegungen können selbständig von den einzelnen Organisationen nicht unternommen werden. In Berlin seien die verschiedenartigen Organisationen für denselben Beruf vielleicht weniger schädlich, andere Orte aber könnten eine solche Zersplitterung, die dazu geführt hat, daß ein Teil der Gelder nicht zum Kampf gegen die Unternehmer, sondern zur gegenseitigen Belämpfung der Organisationen verwandt wurde, nicht ertragen.

Puttky-Berlin erörtert den Zusammenhang des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes und meint, daß der Raumerverband sich nur da als socialdemokratisch aufspielt, wo es keine Gefahr für denselben bedeutet. Diese Fälschung der Verbände dürfe die Vertrauensmänner-Centralisation nicht mitmachen, sondern sie müsse energig ihre Grundzüge vertreten.

E. Wötcher-Berlin behauptet, daß der verkloppene Glasarbeiterstreik lediglich durch das Verhalten der Verbände, die auch trotz der gefällten Rassen die notwendige Unterstützung verweigerten, zu Ungunsten der Arbeiter beendet werden müßte.

Nachdem noch Behrend und Barick-Berlin sich in längeren Ausführungen im Sinne des Referats geäußert, wurde folgende Resolution beschlossen:

In der Erkenntnis, daß in der Gegenwart Schroffer denn je die Merkmale des Klassenstaates zu Tage treten und die wirtschaftlichen Kämpfe eine immer härtere Form annehmen, andererseits durch fortwährende Anebelungs- und Unterdrückungs-Veruche seitens der Besitzenden die Rechtsmoralität der Arbeiter systematisch betriebe wird und zu diesem Zweck die Besitzenden aller religiösen und politischen Schattierungen sich geschlossen der ihnen wirtschaftlichen Macht bedienen, insbesondere die Unternehmer gegen die das ihnen gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht ausübende Arbeiter durch Verbot, schwarze Listen usw. brutal vorgehen, sieht der 5. Kongress der Vertrauensmänner-Centralisation in dem Bestreben, die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter politisch-neutral zu gestalten, einen bedauerlichen Irrtum in der Bestimmung des wirtschaftlichen Kampfes und eine Verfälschung der Gewerkschaftsbewegung und dadurch eine Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung.

Der Kongress ist vielmehr der Ansicht, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nach den Grundzügen des socialdemokratischen Parteiprogramms errichtet und geleitet werden und sie Pflichten des socialistischen Gedankens sein müssen. Die politisch neutralen Gewerkschaftsorganisationen betrachte der Kongress als nicht zeitgemäß und hinderlich für den Emancipationskampf der Arbeiter aus geistiger und physischer Anrecht.

Der Kongress erklärt ferner seine Uebereinstimmung mit der am 12. März d. J. in Kellers Festsaal beschlossenen Resolution und stellt sich nach wie vor auf den Boden der Programm-Resolutionen, die auf dem 1. und 4. Kongress beschlossen wurden.

Es folgt hierauf das Referat von E. H. Fischer über: Organisation, Streiks, deren Regelung und Unterstützung.

Der Redner verweist darauf, daß der Kleinkrieg, wodurch sich die Arbeiter früher bessere Arbeitsbedingungen erringen konnten, nicht mehr durchführbar ist, nachdem sich auch das Unternehmertum Organisationen geschaffen hat, und daß jetzt allgemeine, umfangreichere Kämpfe erforderlich sind, um für die Arbeiter Erfolge zu erzielen. Die ganze Kampfesweise hat eine Änderung erfahren, insbesondere auch dadurch, daß zwischen Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen Verträge über die Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbart werden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Verträge von langer Dauer nur den Unternehmern zum Vorteil gereichen, daß aber kurzfristige Verträge auch für die Arbeiter von großem Nutzen sein können. Auf alle Fälle erfordern die gegenwärtigen Kämpfe größere Mittel als die früheren und die Organisationen müssen, um leistungsfähig zu sein, hohe Beiträge erheben. Mit den niedrigen Beiträgen und mit den bisherigen Mitteln ist ein Vorwärtsschreiten nicht möglich. Nachdem die Erwartungen, die man an die bisherigen diesbezüglichen Ein-

richtungen geknüpft, sich nicht erfüllt, müßten andre Maßnahmen getroffen und der Geschäftscommission die notwendigen Mittel angegeben werden, damit sie im Stande ist, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Redner begründet sodann ein neues, von den Vertrauensmänner-Centralisation beantragtes Regulativ und empfiehlt dessen Annahme. Zu diesem Punkt liegen außerdem Anträge vor von der Geschäftscommission der Läger, von den Berliner Maurern, den Musikinstrumenten-Arbeitern, vom Verein der Tischler Berlins und vom Genossen Kessler, die alle über die Ausbringung der Gelder und Unterstützung bei Streiks sowie über die Zugehörigkeitsbedingungen zur Geschäftscommission handeln.

Nachmittags-Sitzung.

Gesl.-Berlin wendet sich in längeren Ausführungen gegen das bisherige Umlageverfahren und stellt im Einverständnis mit seiner Organisation den Grundlay auf, daß die erforderlichen Mittel zur Unterstützung der Streiks u. jede Gewerkschaft selbst aufzubringen hat und zu diesem Zweck neben den Vereinsfonds einen Streikfonds einrichtet und einen Jahresbeitrag von mindestens einem halben Wochenlohn erhebt. Eine auf solcher Grundlage aufgebaute Gewerkschaft soll dann, wenn die Mittel zum Streik nicht ausreichen, von den andern Organisationen unterstützt werden.

Händler-Berlin empfiehlt die Schaffung eines „Central-Streikfonds“, wozu jede Gewerkschaft 40 Proz. ihrer Vierteljahres-Einnahmen an die Geschäftscommission abführen soll. Das bisherige Umlageverfahren soll bestehen bleiben und sechs Lohnklassen gebildet werden.

E. Wötcher-Berlin befürwortet die von den Musikinstrumenten-Arbeitern gestellte Resolution, nach welcher u. a. jede Gewerkschaft, die Geldmittel entsprechend den Lohnverhältnissen wie beim bisherigen Umlageverfahren, jedoch nicht über 50 Pf. pro Mitglied an die Geschäftscommission abführen soll. Der so geschaffene Streikfonds ist nur zu größeren, allgemeinen Kämpfen bestimmt und sollen Verhältnisse und kleinere Streiks von den in Betracht kommenden Gewerkschaften selbst gedeckt werden.

Auf eine Anfrage wird vom Geschäftsführer Thiele mitgeteilt, daß die Einnahme der „Einigkeit“ bei 17 000 Abonnenten und wenn der bisherige Preis derselbe bleibt, inf. der Inflationserhöhung 10 850 M. pro Quartal betragen würde. Demgegenüber ist mit einer Ausgabe von 7326 M. zu rechnen, so daß noch nach Abzug der Agitationskosten vierteljährlich ca. 2700 M. Gewinn verbleiben würde.

Nachdem noch Baer, Hessem, Straffer, de Price, Behrend, Seyden und Klammed zum 3. Punkt der Tagesordnung, wozu 26 Redner eingezeichnet, gesprochen, wurde eine fünfgliedrige Kommission beauftragt, aus den vorliegenden Anträgen dem Kongress einbezügliche Vorschläge zu unterbreiten.

Hierauf referierte A. Kleinlein über die deutsche Handelspolitik und die Lage der Arbeiter. Von einer Diskussion über den Vortrag, in den der Referent die gegenwärtig beliebte Politik einer sehr zutreffenden Kritik unterzog und die traurigen Zustände, unter denen die arbeitende Bevölkerung leidet, schilderte, wurde Abstand genommen und einstimmig nachstehende Resolution beschlossen:

Der fünfte Kongress der Vertrauensmänner-Centralisation der Gewerkschaften Deutschlands protestiert energig gegen den von der Regierung veröffentlichen Entwurf eines Posttarif-Gesetzes.

Durch diesen Posttarif würde, wenn er Gesetz werden sollte, 1. die Volksernährung bedeutend verteuert, und 2. der Abschluß von Handelsverträgen mit andern Staaten zur Unmöglichkeit gemacht werden.

Durch die Verteuerung der Lebensbedürfnisse des Volkes, der die Löhne der Arbeiter nicht in der nötigen Höhe mit der erforderlichen Schnelligkeit folgen könnte, würde die Gesundheit, die Sittlichkeit und die wirtschaftliche Lage des Volkes bedeutend gefährdet und geschädigt werden. Es würden dadurch endlose schwere Kämpfe zwischen den Betriebsunternehmern und den Arbeitern wegen der notwendig werdenden Lohnerhöhung hervorgerufen werden, die den Volkswohlstand schwer erschüttern müßten. Da sie besonders wegen der mangelhaften Koalitionsfreiheit der deutschen Arbeiter sehr häufig zu Ungunsten der Arbeiter ausfallen werden, würde eine wesentliche Herabminderung der Lebenshaltung der Arbeiter eintreten, die den Verbrauch an Waren noch weiter herabmindert, als es jetzt schon sehr zum Schaden von Industrie und Landwirtschaft der Fall ist. Um die Krisen in unserem Wirtschaftsleben, unter welchen wir so oft, und auch gegenwärtig so schwer leiden, zu beseitigen, ist es notwendig die Volksmassen verbrauchsübiger zu machen, als sie es sind. Die durch den Tarifentwurf hervorgerufene Verteuerung der Waren würde aber den Verbrauch vermindern und dadurch die Krisen öfter und schwerer machen. Diese Wirkung müßte besonders auch deshalb eintreten, weil die Behinderung des Absatzes von Handelsverträgen die andern Völker zu Gegenmaßnahmen gegen unsere Ausfuhr anregen müßte, wodurch unsere Industrie lahm gelegt, also die Arbeitslosigkeit für die deutschen Arbeiter vermehrt und dadurch weitere Ursache zum Herabmindern der Arbeitslöhne gegeben würde. Es würde also der Fall eintreten, daß Deutschland seine Bevölkerung nicht mehr würde ernähren können, und daß sie noch mehr wie bisher durch Not und Elend zur Auswanderung getrieben werden würde, damit sie noch weiter durch Nachschub aus weniger kultivierten Ländern des Ostens ersetzt und der nationale Bestand Deutschlands gefährdet werden müßte.

Der Kongress läßt daher den Mahnruf an die gesamte deutsche Arbeiterschaft ergehen, alle Mittel zu benützen, um den neuesten Anschlag auf noch größere Ausbeutung des arbeitenden Volkes zu Schanden zu machen.

Berichtigung. Vom Genossen Baer-Krefeld werden wir ersucht, dem gestrigen Bericht nachzutragen, daß die Zwistigkeiten zwischen dem Weberverband und dem Kartell in Krefeld darauf zurückzuführen sind, daß das Kartell den Weberverband nicht als gleichberechtigt anerkennt und dessen Auflösung zu Gunsten des Textilarbeiter-Verbandes verlangte.

Versammlungen.

Gegen die willkürliche Milchverteuerung

nahm am Montag wiederum eine gut besuchte, von den socialdemokratischen Frauen einberufene Volksversammlung Stellung, welche im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagte. Die Frauen waren zahlreich vertreten. Genossin Martha Tiech hatte wieder, wie in der früheren Versammlung, das Referat übernommen. Klar und übersichtlich legte sie auch hier dar, wie in dem heutigen Kampfe gegen die Milchverteuerungspläne der nimmermatten Agrarier, denen sich leider auch viele der wirtschaftlich-Kleinen angeschlossen hätten, das Interesse der konsumierenden Bevölkerung, namentlich ihres proletarischen Teils und ganz besonders das der Frauen mit dem Interesse der Milchpächter zusammenfalle. Nach Lage der Verhältnisse könnten die Milchpächter Verluste die von den Milch produzierenden Gutsbesitzern und Bauern bestimmte Erhöhung des Preises nicht selber tragen; im Falle des Unterliegens wären sie gezwungen, sie auf das Publikum abzuwälzen. Was das für tausende und abertausende Arbeiterfamilien bedeute, liege auf der Hand. Den Säuglingen zum Beispiel müßte entweder die Nahrung verkürzt oder verschlechtert werden oder die übrigen Familienmitglieder müßten sich noch schlechter ernähren, als bisher. In unserer Zeit des wirtschaftlichen Rückgangs, der ungeheuren Arbeitslosigkeit, der Verteuerung vieler anderer Nahrungsmittel sei das Vorgehen der in der Milchcentrale vertretenen Milchproduzenten, zu dem sie nicht etwa die Not zwingen, ein freies Spiel mit der Volksgesundheit. Dagegen müßte energig Front ge-

macht werden. Den Agrariern, deren angebliches Gottvertrauen Rednerin unter großem Beifall treffend glosierte, müsse die Luft zu weiteren Beutezügen gegen die Konsumenten genommen werden. Vor allem liege es hier an den Frauen, ihr eigenes Interesse und das der Familie zu wahren. Plakate, versehen mit dem Stempel des Vereins Berliner Milchpächter, würden anzeigen, wo ringfreie Milch verkauft werde. Nachdem Rednerin sich noch über die Lebensmittelverteuerung im allgemeinen kritisch ausgelassen hatte, schloß sie ihre mehrfachen von Beifall unterbrochenen Ausführungen mit einem Mahnruf, den Kampf gegen die Riegelsetzigen in jeder Beziehung durch Agitation innerhalb und außerhalb des Hauses zu fördern und ihn energig durchzuführen. (Unhaltender, donnernder Applaud.)

Nach dem Vortrage verließ Herr Kolb von der Milchcentrale trotz stürmischer Junge, zu bleiben, den Saal. An der Debatte beteiligten sich mehrere Männer und Frauen, die sämtlich den Wozfott der Milchcentrale, welche dreihundert Läden errichten will, lebhaft befürworteten. Unter andern wurde vor einer Genossenschaft mit beschränkter Haftung „Dargel, Sämiedel u. Comp.“ gewarnt, die voraussichtlich dem Ring-Ring-Düppel, Vorspanndienste leisten würde. — Einstimmig wurde die schon neulich beschlossene Protestresolution angenommen und beschlossen, von der Milchcentrale vorläufig keine Milch zu beziehen und die Händler zu unterstützen, welche den bisherigen Preis aufrechterhalten wollen.

Der socialdemokratische Arbeiterverein in Spandau hielt am Donnerstag eine außerordentliche Generalversammlung ab. Genosse Th. Wegner-Berlin hielt einen Vortrag über „Die wirtschaftliche Krise, ihre Ursachen und Wirkungen“, der mit Beifall aufgenommen wurde. Alsdann rief die Angelegenheit des Genossen Dusch eine stundenlange, stellenweise sehr hitzige Debatte hervor. Dem Genossen D. wurden aus seiner Stellungnahme zu einzelnen Fragen in der Stadtverordneten-Versammlung, ganz besonders aber aus der etwas starken Hervorhebung seines eignen Geschäftsinteresses in Sachen der Maschinen und Feiger und in einem weiteren Fall betreffend die Empfehlung seines Lokals im „Vorwärts“ unter „Berliner Parteinachrichten“ seit einiger Zeit Vorwürfe gemacht.

Eine von der letzten Wahlkreis-Konferenz eingesetzte Kommission hat in Gemeinschaft mit der örtlichen Parteileitung und unter Hinzuziehung des Genossen Dusch getagt; nach eingehender Aussprache hatte dann D. die Erklärung abgegeben, daß er auf sein Stadtverordneten-Mandat verzichte. Daraufhin hatte die Kommission den Vorschlag gemacht, daß der Genosse Dusch sein Stadtverordneten-Mandat bis zum Ablauf (1. Januar 1902) ausfülle und alsdann bis auf weiteres auf jedes öffentliche Amt in der Partei verzichte, und daß damit alle Streitigkeiten beigelegt sein sollten. Dieser Vorschlag wurde von der kombinierten Konferenz und auch von dem Genossen Dusch einstimmig acceptiert. Nachträglich glaubte D. jedoch mit der Stadtverordneten-Fraktion (ausschließlich Riegler) gegen diesen Ausgleich remonstrieren zu sollen, obgleich fünf der Stadtverordneten trotz erfolgter Einladung zu jener kombinierten Sitzung überhaupt nicht erschienen waren. Deshalb mußte sich die außerordentliche Generalversammlung mit der Angelegenheit beschäftigen. Nach einer sachlichen Darlegung durch den Genossen Kemme, welcher namens der Parteileitung den Schiedsspruch aufrecht erhielt, erfolgte eine ausgedehnte heftige Auseinandersetzung. Dann wurde ein Antrag Wozfott, welcher dem Genossen Dusch zu seinem Verhalten das Mißfallen der Generalversammlung ausdrückt und seine der Kommission gegebene Erklärung aufrecht erhält, mit großer Majorität angenommen. Bei der Gegenprobe stimmte niemand dagegen.

Stadtv. Kunkel kündigte hierauf die Niederlegung seines Mandats an.

In dem Bericht über die Steinseger-Versammlung in gestriger Nummer ist ein furchtbarer Druckfehler enthalten. Es muß auf der 10. Zeile u. ff. heißen: Denjenigen Firmen, welche den Tarif bis 31. März 1903 anerkennen haben... soll der Vorschlag gemacht werden, ebenfalls der Verlängerung des Tarifes bis 1904 zuzustimmen.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Gatte und Vater, der Gastwirt **Gustav Meyer**, im Alter von 55 Jahren nach längerem Verden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Charité aus nach dem Charité-Friedhof, Sec. und Rillertstrassen-Gäßchen statt. Um stille Teilnahme bitten **Die trauernde Gattin nebst Tochter.**

Allen Genossen des 6. Wahlkreises zur Nachricht, daß unser alter Parteigenosse, der Schankwirt **Gustav Meyer**

im Alter von 55 Jahren am 22. d. M. gestorben ist. Die Genossen des 644. Bezirks.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schankwirt **Gustav Meyer**,

Reinholdsdorferstr. 57b, am 22. d. M. verstorben ist. Um stille Teilnahme bitten **Die trauernde Gattin nebst Tochter.**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Charité aus nach dem Charité-Friedhof, Sec. und Rillertstrassen-Gäßchen, statt. Um stille Teilnahme bitten **Die trauernde Gattin nebst Tochter.**

Am 23. d. M. fand sanft nach kurzem Verden mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager der Tischler **Otto Weinert** im 37. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrauert an im Namen der Hinterbliebenen **Adwig Weinert, geb. Höppler.**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Charité aus nach dem Charité-Friedhof, Sec. und Rillertstrassen-Gäßchen, statt. Um stille Teilnahme bitten **Die trauernde Gattin nebst Tochter.**

Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. Sprechstunden: 1/2-12, 1/3, 1/4-1/8.

Roh-Tabak 19000*) Max Jacoby, Streiferg. 52.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Osten.

Todes-Anzeige. Am Montag, den 23. d. M., fand unser Mitglied, der Wobelpolierer **Albert Vanshke.**

Gehr seinem Andenken: Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. M., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhaus Friedrichshagen nach Wilhelmshagen statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten **Der Vorstand.**

Verband der Wobelpolierer. Am 22. d. M. verstarb unser Kollege **Albert Lauschke**

im Alter von 36 Jahren. [147/16 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhaus Friedrichshagen nach Wilhelmshagen statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten **Der Vorstand.**

Dankagung. Für die zahlreiche Blumenwendung, sowie für die bewiesene Teilnahme beim Glngehen meines treuen Gatten, unsern guten Vaters sagen wir allen Freunden und Bekannten, besonders den Vereinen unsere herzlichsten Dank. 23913

Minna Stoerbeck, nebst Kindern.

Herren-Vortrag **Carl Bruckhoff,** Friedrichstr. 10, über: Sogenannte unheilbare Rückenleiden Mittwoch, den 25. Sept., abends 1/2 Uhr, im Allen Bürgergarten, Lindenstr. 105. Nur Herren! Eintritt frei! [5715

Möbel Spiegel u. Polsterwaren reich, zu soliden Preisen, empfiehlt **H. Streilow,** Tischlermeister, Rixdorf, Richardstr. 116, am Deutmal.

Während der Umzugszeit

Kann die Hausfrau auf die Herstellung der täglichen Mahlzeiten nicht viel Arbeit verwenden. Da bilden die bekannten Maggi-Erzeugnisse eine vollkommene Erleichterung. Mit **Maggis Suppenwürfeln a 10 Pf.** lassen sich in kürzester Zeit — nur mit Wasser — 2 Teller vorzüglicher Suppe herstellen. Mehr als 30 Sorten. — **Maggis Bouillonkapseln a 12 und 16 Pf.** geben sofort, durch einfaches Uebergießen mit heißem Wasser, 2 Tassen ausgezeichnete Fleischbrühe bezw. feinsten Kraftbrühe. — (Zu haben, wie auch das beliebte „Maggi zum Würzen“ in allen Kolonialwaren- und Mehlgeschäften.)

An die

Berliner Milch-Verbraucher!

1875 erhielt der Landwirt für 1 Liter Milch franco Berlin 15—16 Pfennig, 1900 war der Preis franco Berlin bis auf 11—11½ Pfennig heruntergetrieben. **Trotz dieses Preisfalles nahm der Handel von der Hausfrau nach wie vor in diesen 25 Jahren 20 Pf. pro Liter Milch ab Laden.**

Bei 8600 Proben, die die Milchzentrale in den letzten Wochen kaufen und untersuchen ließ, kostete 1 Liter Milch ab Laden:

in 4 Fässen 30 Pfennig,	
11 "	18 "
2 "	16 "
8643 "	20 "

(Allen zur Einsicht.)

Während der Milchhandel also 4—5 Pfennig den Liter billiger kaufte als vor 25 Jahren, bezahlte die Hausfrau denselben Preis von 20 Pf. Jahr aus Jahr ein.

Von Jahr zu Jahr erhoffte der Milchbauer ein Steigen der Milch-Engrospreise, da seine Bedarfsartikel (Eisen, Kohle, Kleider etc.)

und die Löhne in diesen 25 Jahren 40 % stiegen und der Preis seiner Erzeugnisse dauernd gefallen ist.

Der Versuch einer großkapitalistischen Gesellschaft, im Winter 1900/1901 auf Grund eines Patentbesitzes ein Milchmonopol für Berlin auszubringen, brachte den Stein zum Rollen.

Die Landwirte forderten im Frühjahr 1900 vom Milchhandel 18½ Pf. pro Liter Vollmilch frei Berlin im Großhandel — die Milchhändler lehnten ab, rieten aber, nur einen Pfennig mehr zu nehmen. Die Landwirte gaben nach und so kam der Milchpreis auf 12—12½ Pf. frei Berlin Bahnhof für 1901.

Im Winter 1900/1901 erforderte der größte Teil der Saat und der Klee; der trockene Sommer 1901 ließ eine Futtermittelnot entstehen, wie sie schlimmer seit 34 Jahren nicht gewesen ist.

Trotz alledem lehnten die Milchpächter jede Verhandlung mit den, in der Milchzentrale geeinigten 5000 märkischen Bauern brüsk ab!

Kein Wort des Angriffs ist bis heute seitens der Milchbauern gefallen, in allen Veröffentlichungen ist gesagt worden: „Nur mit dem realen Berliner Milchhandel wollen wir das Geschäft zusammen machen.“

Unsere Molkerei ist nur erbaut, um den oft um 100 000 Liter in einer Woche schwankenden Bedarf zu befriedigen oder den Markt zu entlasten. Wir wollen den Berlinern das Beste bieten, was an Milch und Sahne zu beschaffen und erklären heute:

Hat der Berliner Milchhandel, dem wir 100 000 Liter Milch ab Bahnhöfen, ab Molkerei und ab 3 in verschiedenen Teilen der Stadt gelegenen Verkaufsstellen am 1. Oktober zur Verfügung stellen, am 10. Oktober nicht gekauft und gepachtet, so eröffnen wir am 15. Oktober 300 Läden für Milch- und Sahne-Verkauf, und dann wird die Hausfrau dort kaufen, wo sie das Beste und Billigste für ihre Familie erhält; dann kann Konsument (die Hausfrau) vom Produzenten (den Bauern) direkt Milch kaufen. Sollte die Hausfrau den Bauer, der seine Produkte möglichst direkt an sie liefern will, ohne daß sich der Preis erhöht, boykottieren?

Wir glauben es nicht!

Centrale für Milchverwertung e. G. m. b. H.

Berlin, Köthenerstr. 39.

und vom 1. Oktober an Schilling-Strasse 12.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Rekoration wegen Krankheit billig zu verkaufen. Näheres Charlottenburg, Schloßstraße 30. 1144*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Vorjährlige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Weiße Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Aufahrt, Compotz Rasterstraße 25A, früher Bornimstraße 4 und 5. 8082*

Große Betten, 11 Mark an, echt chinesische Mandarinenbauern Pfund 1.90. Fabriklager Landsberger Allee Nr. 57, I. 842R*

Möbelverkauf, neue und gebrauchte. Römer, Sebasteinstr. 81.

Leinwand Möbel, Oranienstraße 173, am Oranienplatz. Wenn Sie gute und gediegene Möbel billig kaufen wollen, so beschäftigen Sie meine bedeutenden Vorräte, denn ich liefere schon geschmackvolle Einrichtung von 200—300, elegante 400 bis 5000, zum Beispiel: Ratschestr. 10, Vertico 45,00, Herrenschreibtisch 60,00, eleganter Büffet 150,00, Ruhebett 30,00, Tischschreibtisch 45,00, Tischschreibtisch 80,00, Trumeau 45,00, Spiegelstühle 28,00, verleihe und zurückgeleitete Möbel billig. Auch Teilzahlung.*

Vorjährlige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 848R*

Kanarienhöhne, Vorjäger, Knorr, Gohl- und Ringelroter. Köpferstraße 15-16, IV. 1527B

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung. Woche 1,00 Lieferung sofort. Landsbergerstraße 82

Metallbetten, hochlegant, Patentmatratzen 40. Kappold, Pfingststr. 17, Quergebäude. 508B

Teppiche mit Farbenfehlern, Badziederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Kindertwagen, Sportwagen, Kleinauswahl, Bazar Baby, Invalidenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinholdendorferstraße 24, e, Charlottenburg, Wilmerdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 722R*

Nähmaschinen und Feder-Beschreibung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857B

Haarfärbemittel, unübertroffen, Lederzeugungsbilder fünfzig Pfennig-Probekapseln, Charlottenstraße 3.

Teppiche billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Destillation, Brauerei-Rudolfshaus, passender Gefäße (eventuell Tonnenpaß) Kaufleute halber direkt vom Wirt. Näheres Schmedterstraße 247.

Wirtschaft spottbillig. Regierstraße 30, II. rechts. 1185*

Rüchenschrank, großen, verkauft Budjinski, Wilhelmstr. 42.

Verkauf billig eines meiner Materialien, Tisch- und Geschäfte. Offerten H. K. 1864 Boham 104.

Milchreinigung billig zu verkaufen Stargarderstraße 57. 154*

Bräutchen laufen horrend billig bei kolossaler Auswahl, garantiert reell und gediegen gearbeitet, Tischelschänke 28, echt tournierte Säulenstühle 60, Trumeau mit Stuhl 45, Tischschreibtisch, elegant, 65, Küchenschrank, eigne Werkstätten, Girschowitz, Mariannenstraße 7a. 851R*

Möbel, Gelegenheit. Gartenstraße 148 I links. Sofa 12,00, eleganter Tisch 30,00, Tischspiegel 10,00, geschliffener Trumeau 30,00, Kommode 10,00, Kleiderständer, Vertico, Bettstellen, Teppich, Delgemälde 3,00. Mehreres spottbillig.

Spottbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoiruhren, Regulatoren, Operngläser, Winterpaletots, Bettstellen verkauft Verhagen Reanderstraße 6. 71/14*

Jeden Donnerstagabend frische Blut- und Leberwurst. Franz Hauser, Schöneberg, Sedanstr. 31. 7123

Vermischte Anzeigen.

Unfallklagen, Invalidentafeln, Ehrenträge, Eingaben, Raterteilung, Schulz, Bergmannstraße 107. 3006*

Rechtsbureau, Teilhaberstraße fünfundsiebzig, Eingabengeld, Raterteilung. 8172*

Rechtsbureau, Rechtsfälle, Raterteilung, Andreadstraße dreihundsechzig. 6085*

Patentanwalt Dammann, Korrigplatz 57, Auskunft bis abends neun. 767R*

Unfallklagen, Klagen, Eingaben, Refutationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. 1406*

Kunstkopiererei von Frau Kolodtz, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. 852R*

Augustabad, Köpferstraße 80 Bäder jeder Art für sämtliche Krankheitsfälle. 738R*

Achtung! Empfehle meine Rekoration zur freundlichen Benützung. Vereinszimmer mit Pianino noch einige Tage in der Woche frei. Paul Rodus, Andreadstraße 33. 8055R*

Bereinszimmer zu 30 und 60 Personen, auch Sonntags, Posenstraße 89, Köpfer. 488B

Bereinszimmer, geräumig, Simeonstraße 23. 845R*

Bereinszimmer mit Piano zu vergeben, passend für Kabuffe. Rudolf Juran, Raunungsstraße 86. *

Schauspiel - Ensemble sucht talentierte Damen und Herren (Arbeiter) als Mitglieder. Offerten „Thalia“, Boham 28. 139

Bereinszimmer zu vergeben, bis 25 Personen fassend. Ludwig, Schillingstraße 13. 110

Platina, altes Gold, Silber, Gebisse, alte Uhren, künstliche Zähne laßt Brod, Wangelstraße 4. 113/14

Platina, altes Gold, Silber, Gebisse, künstliche Zähne, alte Uhren laßt Blumenstraße 47, parterre.

50 Pfennige, Unfallrenten, Ehescheidungs-, Beleidigungs-, Alimentenklagen, Stellungsgelüste, Raterteilung Vintzenstraße 38. 7036

Vermietungen.

Läden für jedes Geschäft passend (Kolonial, Möbel, Herrengarderobe etc.), große Schaufenster, Kellereien eventuell Wohnung, Stallung, billig Schwebelstraße 247. 852R*

Stube, Mitte 1. Oktober Memelerstraße 34 bei Dabelow. 139

Zimmer.

Möbliertes Zimmer Dreddenstraße 65 I, Franke 20 Mark. 7066

Stübchen, möbliert, Thiele, Staligerstraße 29a, vorn III. 110

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, 8 Mark, Wienerstraße 31, vorn II, Meiss. 488B

Unständige Dame kann mit einwohnen Reichbergerstraße 61a, 1 Treppe rechts. 710

Braunenburgstraße 82, vorn 4 Treppen links, möblierte Schlafstelle für zwei Herren. 77/15

Mietgesuche.

Zimmer, einfach möbliert, von 2 jungen Herren zum 1. Oktober im Südwesten gesucht. Offerten erbeten R. R. 5, Boham 61. 708B

Gelucht Schlafstelle in der Gegend des Detmoldplatzes, allein August Hahn, Stralauerstraße 48. 139

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Minder Stuhlrechter blüht um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gekocht, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Aufahrtstraße 27, II. Stäfer. *

Mann mittlerer Jahre sucht Wäckerstelle. Gebauer, Uebowstraße 13. 766

Stellenangebote.

Balkenarbeiter, geübt auf Holzbohlen, erhalten Arbeit. Gier, Marktstraße 50. 589B

Tischlerlehrling verlangt G. Hoffmann, Holzstraße 9. 1125*

Tüchtige Rahmenmacher verlangt G. Hoffmann, Marktstraße 146.

Tüchtige Farbmalermaler verlangt G. Hoffmann, Marktstraße 146.

Rahmenmacher verlangt Schulze, Oranienstraße 185. 702B

Tüchtige Glasbläser auf Facetten verlangt Vitol, Stallbreiderstraße 18.

Jungen Tischler verlangt Weber, Reanderstraße 4. 704B

Goldschmied Lehrling verlangt Köhler, Mariannenstraße 17. 110

Kartonarbeiterin, geübt, verlangt Anders Nachfolger, Adalbertstraße 7. 6845*

Junge Mädchen auf Woyden bei sofortigem Verdienst und dauernder Beschäftigung suchen Ehrlich u. Co., Wallstraße 57. 3095*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Zur Bedienung von Automaten suchen wir einen selbstständigen, zuverlässigen 77/13*

Arbeiter.

Offerten unter Angabe der bisherigen Tätigkeit erbeten an **N. W. 1764** an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Achtung, Korbmacher!

Zu der Korbwaren-Fabrik von **Schmidt & Co.,** Trebbenerstraße 81, befinden sich sämtliche Korbmacher wegen Preisdifferenzen auf Angelhöhe im Streit. Junges ist streng fernzuhalten. **Die Ortsverwaltung.**